

Magazin für die deutsche Ex-Frau und den deutschen Ex-Mann

Nr. 1

NÄNCY



**TOTSPRITZEN • KRIEGSTREIBEN • ZENSIEREN
WIE MAN EIN LAND RUINIERT – ENTHÜLLUNGEN!**

Verlagshaus Sodenkamp & Lenz Berlin | DemokratischerWiderstand.de



STABIL

Der Buchautor und Journalist Jürgen Elsässer, jahrzehntelang einer der angesehensten »Linken«, wechselte aus Überzeugung nach »Rechts« – dorthin, wo das Volk ist, die Menschen sind. Auch heute ist er einer der meistgelesenen Autoren in deutscher Sprache.

Auf alle Zeit unsterblich gemacht hat ihn zuletzt die Bundesregierung, indem sie im Juli 2024 Elässers Verlag zum Verlein verklärte, stürmen und auslöschen ließ. Ein brutaler Schlag krimineller Politikreise gegen die Presse-, Veröffentlichungs- und Vereinigungsfreiheit.

Mehr dazu lesen Sie u.a. von Prof. Dr. jur. Martin Schwab sowie Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz in der 181. Ausgabe der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand am Samstag, 3. August 2024.

Wissen Sie noch, die vermeintlichen »20.000«? Am 3. August beginnt auch die große Querdenken-Demonstration ab 12 Uhr nahe dem Berliner Ernst-Reuter-Platz. Schon am 2. August findet die Eröffnung des Corona-Tribunals »Der Querdenkergerichtshof« u.a. mit Dr. Werner Köhne und Gabriele Gysi statt.

Doch das ganz große Wunder der Wende 2.0 manifestiert sich in den täglichen bundesweiten Demonstrationen seit 28. März 2020, siehe NichtOhneUns.de.

Das deutsche Volk gibt sich selbst eine neue Verfassung.

DIE NEUE NÄNCY!



Titelthema
Euer Ernst?!



Politik
Das Erwachen des Joshua Kimmich



Dossier
Rechte Friedenspläne



Leben
Beruf: Digitale Verführerin

- 05 Foto des Monats
- 06 Leserbrief
- 07 Zitate des Monats
- 08 Intern

- 10 Euer Ernst?!
BSW will mit CDU koalieren
- 13 «Das überrascht mich nur wenig»
Wagenknecht-Biograf Feher im Interview
- 14 Inzucht in kleinen Gruppen
BSW-Landesverbände unter der Lupe
- 16 Im Osten nichts Neues
Die rote Katja will Thüringen regieren
- 19 «Das wird zu Unruhen führen»
Jörg Urban, AfD-Chef Sachsen, im Gespräch

- 23 Das Erwachen des Joshua Kimmich
Ein Fußball-Nationalspieler mit Rückgrat
- 26 Die mit dem Wolf tanzen
Antifa-Aufstand gegen türkische Fans
- 29 Dem Virus die Daumen drücken
Vogelgrippe-Theater im Sommerloch
- 32 Die gestohlene Wahl
Wie Macron der Antifa zur Macht verhalf
- 36 Auf der Flucht vor meinem Mercedes
Die orwellischen Leiden eines Autofahrers

- 40 Zwei Männer, eine Mission
Entspannungspolitik mit Orban und Trump
- 44 Sein Friedensplan
Variationen zur Aufteilung der Ukraine
- 46 Ein Amerikaner in Moskau
Rückblick auf Trumps 1980er Jahre

- 49 Beruf: Digitale Verführerin
Influencerinnen wissen alles besser
- 52 Der Überläufer
Reportage von der Donbass-Front
- 55 Tütensuppen mit Fledermaus
Zombie-Filme und Corona

- 57 «Hawk Tuah!»
Memes mit Durchschlagskraft
- 60 Rebellen mit dem Pinsel
Neo Rauch, Wolf PMS, Georg Buhl
- 63 Tragödien und Triumphe
Wladimir Putins «Geschichte Russlands»

- 64 Hartlages BRD-Sprech _ Besser erklären
- 65 Hampels Rückblick _ Amis français
- 66 Sellners Revolution _ Wir sind die Guten!

IMPRESSUM

Näncy – Magazin für die deutsche Ex-Frau und den deutschen Ex-Mann

Ausgabe No. 1 vom 27. August 2024
ISBN 978-3-98 265 43-0-0

Herausgeber: Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz

Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye

Verlag: Verlagshaus Sodenkamp & Lenz GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp
Chefin vom Dienst: Susanne Altenburg-Agape
Redaktion dieser Ausgabe: Batseba N'Diaye, Johnny Rottweil
Redaktionsassistentz: Linda ter Meulengracht, Dr. Marianne Damersdorff.
Ressort »Rechts«: Johannes Mierenbach
Ressort »Links«: Gabriele Soraya Yilmaz
Wir danken den Autoren (w/m) für das Recht zur Veröffentlichung.
Layout Cover 1: Rudolph Bauer, Ute Feuerstacke, Anselm Lenz
Layout »Stabil« und Innenteil: Anselm Lenz
Layout-Assistenz: Birger Timoschtschuk
Korrektur: Tanja Erfurt, Manfred Kracht, Hermann v. Hinten

Bildnachweise Cover 1 und 2 sowie Vorwort der Herausgeber: Shutterstock / indira's work Michael Derrer Fuchs; IMAGO / teutopress, Christian Thiel; Montage Rudolph Bauer; DemokratischerWiderstand.de. Nicht bezeichnete Fotos: von privat.

Rechtsberatung: Internationale Anwälten und Anwälte, Frankfurt am Main

Redaktionskooperationen (DW) und Verlagsvertragspartner: United Free Press UFP London, De andere Krant Amsterdam, Indepen.nl Rotterdam, Edition du Seuil Paris.

Hergestellt in Deutschland / EU.

Abonnement JETZT:
DEMOKRATISCHER
WIDERSTAND.DE

Der unsterbliche Trump

Dieses Foto wird in die Geschichte eingehen: Donald Trump mit blutverschmiertem Gesicht, er reckt die Faust hoch und donnert seinen Anhängern zu: «Kämpft, kämpft, kämpft!» (siehe auch Seite 5). Sekunden vorher war auf ihn geschossen worden, die Kugel hatte ihn am Ohr verletzt. Nur ein Zentimeter trennte ihn vom Tod, eine winzige Kopfbewegung eine Millisekunde vor dem Einschlag rettete ihn. Sicherheitsbeamte warfen sich jetzt auf den Geduckten, schützten ihn mit ihren Körpern, wollten ihn schnell weg eskortieren. Und was macht der Teufelskerl in diesem Augenblick, kaum eine Minute nach dem Attentat? Er schüttelt seine Bodyguards ab, taucht zwischen ihren Leibern in die Höhe, sodass ihn alle sehen können, ballt seine Rechte und brüllt seinen Schlachtruf in die tausendköpfige Menge.

Hatte er keine Angst, dass er sich damit zur Zielscheibe für weitere Schüsse macht? Doch bevor sein Verstand ihn lähmen konnte, reagierte schon sein Instinkt. In diesem Mann schlägt ein Herz, das keine Furcht kennt – das im Angesicht des Feindes nicht zur Vorsicht mahnt, sondern zum Angriff ruft. Donald Trump gab an diesem 13. Juli ein Beispiel nicht nur für Heldennut, sondern sogar für sprichwörtlichen Todesmut. Es gibt keinen Staatsmann in der modernen Geschichte, der in dieser Situation so kaltblütig geblieben wäre. Oder besser: so heißblütig geworden wäre. Denn als der blutende Trump im Getümmel auf der Tribüne wieder hochschoss, war keine Kühle oder Gefasstheit in seinen Zügen, sondern heiliger Zorn: ein Rachegott, der die Teufel, die ihn jagen, endlich zu Gesicht bekommen hat und ihnen gerechte Strafe ankündigt.

Die Wirkung auf die Masse war ungeheuerlich: Zunächst hatten sich die meisten in Panik kleingemacht und auf den Boden gekauert. Aber kaum war ihr Held wieder zu sehen, ging eine Bewegung durch die Reihen, Jubel brandete auf – die vorher auf die Erde Gepressten richteten sich ebenfalls auf und fanden zu ihrem Stolz zurück. Selten war die Wirkung eines Einzelnen auf die vielen in einer winzigen Zeitspanne so eindrucksvoll bewiesen worden: Er gibt ihnen Halt, elektrisiert sie, führt sie in die Schlacht.

An diesem 13. Juli ist Trump unsterblich geworden. Selbst wenn ihn ein weiterer Meuchelmörder doch noch zu Fall bringen sollte, wird er auf ewig im kollektiven Gedächtnis des Volkes bleiben. Seinen Körper können sie töten, sein Vermächtnis wird leben. Er wird für das nächste Jahrtausend als der Präsident in Erinnerung bleiben, der das Tier herausgefordert hat, auch wenn es ihn das Leben kosten sollte.



Während er in den Olymp steigt, wartet auf seine Feinde die Verdammnis. Der Tiefe Staat steht in aller Hässlichkeit da: Es ist offensichtlich, dass zumindest Teile des Secret Service bei dem Anschlag die Finger im Spiel hatten, sonst wäre der Attentäter nie in Schussposition gekommen. Und dann haben sie ihn liquidiert, bevor er befragt werden konnte – so wie Lee Harvey Oswald, bevor er die Auftraggeber beim Kennedy-Mord ausplaudern konnte.

Ebenfalls vernichtet ist das Ansehen von Joe Biden. Er galt schon vorher als amtsunfähig, aber im Wesentlichen wegen seiner Demenz. Jetzt ist er auch moralisch am Ende. Nur fünf Tage vor den Schüssen in Butler sagte er: «Ich habe nur eine Aufgabe, nämlich Donald Trump zu schlagen. Ich bin mir absolut sicher, dass ich die beste Person bin, die das tun kann. So, wir sind fertig damit, über die Debatte zu reden, es ist Zeit, Trump ins Fadenkreuz zu nehmen.» Das war die präsidentiale Kill-Direktive, zumindest aber das Absolvo te für jeden Mordwilligen.

Fest steht: Biden kann gegen Trump nicht mehr gewinnen. Mit Trump aber wird es keinen Dritten Weltkrieg geben. Diesen jedoch braucht das Globalistenregime, um zu überleben. Was wird der Tiefe Staat also tun, um trotzdem an sein Ziel zu kommen?

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. Trump'. The signature is stylized and somewhat cursive, with a large 'M' at the beginning and a long, sweeping underline.



Vielleicht das Foto des Jahrhunderts: Donald Trump, mit Blutspuren im Gesicht, reckt die Faust und ruft seinen Anhängern «Fight, fight, fight!» zu. Am 13. Juli 2024 um 18:03 Uhr (Ortszeit) hatte ein Attentäter auf ihn geschossen, als er vor Tausenden seiner Anhänger in Butler/Pennsylvania sprach. Der 78-Jährige entging nur knapp dem Tod, eine Kugel verletzte ihn am Ohr. Schnell wurden Fragen laut, wie der Secret Service zulassen konnte, dass der Schütze sich auf einem nahegelegenen Dach positionieren konnte, ohne dass die Sicherheitsleute eingriffen. Er wurde erst, wie Lee Harvey Oswald 1963, nach der Tat liquidiert. Foto: picture alliance / AP

wir mittlerweile leben. Die dunkelrote Nancy Faeser versucht nach Stasi-Manier, abweichende Meinungen und die Pressefreiheit zu unterdrücken. Ihren eigentlichen Aufgaben, etwa die Bekämpfung der Ausländerkriminalität, kommt sie aber nicht nach. Das ist beschämend!
Ch. Mann per E-Mail

Zu «Foto des Monats»

Eine sehr schöne Aufnahme! Sehen so Menschen aus, die Deutschlands Untergang planen? Ich kann und will dieses Gehetze der Altparteien, die ständig nur Gerüchte über die AfD verbreiten, ohne dass sie etwas konkret belegen können, einfach nicht mehr ertragen. Die Blauen sind schließlich an den herrschenden Katastrophenzuständen ganz und gar unschuldig. Die Ampel sitzt doch in der Regierung und hat jämmerlich versagt. Deutschland ist quasi ruiniert!
K. Rausch per E-Mail



Zum Titelthema «Deutschland den Deutschen»

Als Mannheimerin bedanke ich mich für ihren detaillierten und gut recherchierten Bericht. Und wieder geschah dieses Unheil durch einen illegal eingewanderten und abgelehnten Asylbewerber, dieses Mal aus Afghanistan. So eine Schlaperei der Bürokratie tut besonders weh! Ich hoffe, dass die Bestrafung des Mörders so hart ausfällt, dass sie dem Schmerz der Familien beider Polizisten und der Wut der Mannheimer Bürger gleichkommt.

H. Rentsch-Millin per Brief

Es ist erschütternd, was aus Deutschland geworden ist. Längst ist jedes Maß verloren. Während Lappalien wie die Singerei von Sylt aufgebauscht werden, fließt Blut durch Messergewalt. Dazu äußern sich Bundeskanzler Scholz und Innenministerin Faeser aber nicht. Widerlich, diese Doppelmoralisten! Sie tragen die Hauptverantwortung.

S. Reimann per E-Mail

Wie eiskalt BRD-Politiker nach Mord- und Messerattacken zur Tagesordnung übergehen, schreit zum Himmel. Der Eindruck: Sobald Migranten an Verbrechen als Tatverdächtige beteiligt und Deutsche Opfer sind, wird die Untat kleingeredet, wenn nicht vertuscht. Sobald Ausländer in irgendeiner Form in Bedrängnis geraten, wird ein riesengroßes Fass aufgemacht. Der Gipfel war ja wohl

der Vorfall in Grevesmühlen, als Medien und höchste Politiker bemüht waren, einen Streit unter Kindern als bedrohliche Ausländerkriminalität zu verkaufen und dabei auch noch mit Fake News nachhelfen.

F. Duchow per Webseiten-Kommentar

Freue mich sehr über das interessante Interview mit Rupert Scholz, den ich als Verfassungsrechtler, aber auch als Politiker immer geschätzt hatte. In den vergangenen Jahren habe ich ihn dann aber aus den Augen verloren. Umso schöner, ihn jetzt bei COMPACT zu erleben.
K. Schleider per E-Mail



Zu «Befehl zum Sterben»

Dass aus dem Schoß der CDU solche Figuren wie dieser Roderich Kiesewetter kriechen, entlarvt die Partei, die zwar das «C» im Namen führt, jedoch den Krieg vorantreibt. Der Typ kann doch morgens nicht mehr in den Spiegel schauen!

B. Moser per Webseiten-Kommentar

Zu «Neue deutsche Härte»

Ein erfrischendes und interessantes Interview mit Sacha Korn. Besonders seine Worte: «Wir haben uns nie von irgendwem distanziert, das ist für mich charakterlos», finde ich großartig. So sollten sich Patrioten grundsätzlich untereinander verhalten. Wir haben es nicht nötig, uns voneinander zu distanzieren: nicht von der AfD oder der Jungen Alternative, aber auch nicht von Pegida, den Freien Sachsen oder der Identitären Bewegung. Patrioten stellen das Verbindende über unsinnige Abgrenzungen und suchen nach gemeinsamen Möglichkeiten im Kampf für ein geistig-moralisch erneuertes Deutschland in freier Selbstbestimmung.

R. Plewka per E-Mail



Zu «Hartlages BRD-Sprech»

Wie sich Polizeigewerkschafter Rainer Wendt nach dem Terror-Anschlag des wahnsinnigen Mörders von Mannheim geäußert hat, stellt meines Erachtens die niedrigste Stufe unserer Zivilisation dar. Das sind doch Scheusale, die unser Heimatland auf diese Weise verraten und verkaufen.

R. Dorsch per Webseiten-Kommentar

Ihr werdet immer besser. Das COMPACT-Magazin begeistert und begleitet mich von Monat zu Monat. Es ist kein Wunder, dass die Mächtigen Angst vor den Fakten haben, die COMPACT bringt. Deswegen werdet Ihr mit Schikanen überzogen. Der Kampf, der gegen Jürgen Elsässer und seine Mannschaft geführt wird, ist auch eine Auszeichnung. Wo immer es möglich ist, empfehle ich Euch weiter! Bitte bleibt beständig.

F. Hain per Brief

Danke für Ihre Aufklärungsarbeit! Aus meiner Sicht ist es besonders wichtig, das BSW zu entlarven. Denn das ist am Ende ja doch nur alter Wein in neuen Schläuchen. Wagenknecht ist in meinen Augen lediglich ein Irrlicht über dem Sumpf ihrer unabänderlich demagogischen Linkspartei. Sie soll mitsamt ihren Genossen von der Antifa Stimmen fangen, um sie von der AfD weg und in die Irre zu führen. Es ist schäbig, dass sie sich von diesem System derart einspannen und missbrauchen lässt.

S. Hellemann per E-Mail

Von Herzen wünsche ich Euch weiter viel Erfolg. Ich kaufe das COMPACT-Magazin jeden Monat an der Tankstelle meines Vertrauens. Dort gibt es Ihr Heft zu meiner Freude immer noch, wie auch die jeweiligen Geschichtsausgaben.

R. Schwarz per E-Mail

Es war wunderbar, die COMPACT-Akteure unlängst in Magdeburg bei der Blauen Welle live erleben zu können. Solche Veranstaltungen sind wichtig, denn sie zeigen auf, dass wir uns nicht einschüchtern lassen. Es ist nämlich schlimm, in welchem Saustall



Frauenbündnis gegen Höcke. Foto: derFreitag

«Euer Ernst?!»

«Für mich sind die Grünen die heuchlerischste, abgehobenste, verlogenste, inkompetenteste und – gemessen an dem Schaden, den sie verursachen – derzeit auch die gefährlichste Partei, die wir aktuell im Bundestag haben.» (Sahra Wagenknecht, Youtube, 20.10.2022)

«Sahra Wagenknecht ist eine gefährliche Populistin, die das Land brennen sehen will. Mit ihrem Querfront-Kurs zwischen Links- und Rechtsextremismus ist sie mittlerweile nicht mehr als eine Art Horst Mahler im Pelzmantel.» (FDP-Bundestagsfraktionsvize Konstantin Kuhle, Twitter, 21.10.2022)

«Das ist völlig klar, das haben wir auch immer gesagt. Wir arbeiten mit solchen rechtsextremen und linksextremen Parteien nicht zusammen. Für Frau Wagenknecht gilt ja beides: Sie ist in einigen Themen rechtsextrem, in anderen wiederum linksextrem.» (Friedrich Merz, ARD, 10.6.2024)

«Die Ko-Vorsitzende des BSW, Amira Mohamed Ali, bekräftigte ihre Bereitschaft zu Koalitionen mit der CDU. Im gemeinsamen Morgenmagazin von ARD und ZDF sagte sie, "wenn es eine Regierungsbeteiligung oder Regierungsmehrheit mit der Union geben könnte, dann sind wir für Gespräche bereit" .» (Tagesschau, 13.6.2024)

«Wenn die CDU in einem Bundesland möchte, dass wir ihren Ministerpräsidenten wählen, kann sie sich nicht in einem anderen weigern, uns zu unterstützen, sollten wir vor ihr liegen. Es gibt ja Regeln in einer Demokratie.» (Sahra Wagenknecht, Magdeburger Volksstimme, 8.7.2024)

Bomben ohne Ungarn

«Wichtiges Treffen heute mit dem NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Wir haben vereinbart, dass Ungarn nicht gezwungen wird, an den NATO-Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine teilzunehmen.» (Victor Orban, X, 12.6.2024)

Fähnchen-Faschos?

«Deutschlandfahnen bei der EM: Flaggen am rechten Kotflügel. Wer Fahnen hisst, markiert damit sein Revier. Wenn Schwarz-Rot-Gold gezeigt wird, setzt sich die Mehrheitsgesellschaft über andere Gruppen hinweg.» (Taz, 13.6.2024)

Dollarzeichen in Sicht

«Die Ukraine könnte das reichste Land in ganz Europa sein. Ich möchte nicht, dass Putin diese Ressourcen bekommt und sie mit China teilt. Wenn wir der Ukraine jetzt helfen, könnte sie der beste Geschäftspartner sein, den wir je hatten.» (US-Senator Lindsey Graham, Münchner Merkur, 14.6.2024)

ZDF-Sprachdiktat

«Spielermaterial (...): Ich weiß, das wird bei einigen Fans zu Hause kritisch gesehen, weil Menschen kein Material sind. Vielleicht sagen wir in Zukunft einfach "Kader" oder "das Spielerpotenzial" .» (Moderator Jochen Breyer, ZDF, 15.6.2024)

Krieg als Strategie

«Amerika steht nicht aus Nächstenliebe an der Seite der Ukraine, sondern weil es in unserem strategischen Interesse ist.» (US-Vizepräsidentin Kamala Harris, Deutsche Welle, 16.6.2024)

Katrins Traum-Elf

«Diese Mannschaft ist wirklich großartig. Stellt euch kurz vor, da wären nur weiße deutsche Spieler.» (Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt, X, 21.6.2024)

Olaf merkt

«In Berlin regiert noch immer Angela Merkel. Sie nennt sich jetzt zwar Olaf Scholz, aber das ist eine nonbinäre Äußerlichkeit. Die Politik ist immer noch dieselbe.» (Neue Zürcher Zeitung, 21.6.2024)

Wer messert da?

«Nach unseren Zahlen ist die Gewalt in Berlin jung, männlich und hat einen nicht-deutschen Hintergrund. Das gilt auch für Messergewalt.» (Berlins Polizeipräsidentin Barbara Slovik, NTV, 21.6.2024)

Alles Müller oder was?!

«Ich bin stolz, ein Teil dieses Team zu sein, und vor allem stolz, ein Deutscher zu sein.» (Thomas Müller, X, 6.7.2024)

Stolz ist Hass

«Der rechtsextremistische Stolzmonat ist aufgeladen mit Nationalismus, Diskriminierung und Hass. Er ist demokratiefeindlich und verstößt gegen unser Grundgesetz.» (Verfassungsschutz Niedersachsen, X, 8.7.2024)

Fünf Tage vor dem Attentat

«Ich habe nur eine Aufgabe, nämlich Donald Trump zu schlagen. Ich bin mir absolut sicher, dass ich die beste Person bin, die das tun kann. So, wir sind fertig damit, über die Debatte zu reden, es ist Zeit, Trump ins Fadenkreuz zu nehmen.» (Joe Biden, X, 8.7.2024)

Fünf Stunden nach dem Attentat

«Absolut niemand zwingt einen, Mitleid mit Faschisten zu haben, man kann es ohne die geringste Konsequenz einfach lassen.» (ARD-Comedian «El Hotzo», X, 14.7.2024)



Biden: Panik nach der TV-Blamage gegen Trump. Foto: Time Magazine

Anonym

DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST

Verlagshinweis: »Wir sind Verschwörungstheoretiker, wie von nun an alle vernünftigen Menschen.«

Als »Das Konspirationistische Manifest« in Frankreich erschien, löste es eine Empörungswelle im Establishment aus. Es ist der Grundlagentext für unsere Gegenverschwörung, verfasst von überaus prominenten Anonymen.

Die Originalübersetzung liegt im Verlagshaus Sodenkamp & Lenz Berlin vor, die in eingehendem Kontakt mit den Pariser Verlag und den Autorinnen entstand, die einiges an Ergänzungen für die deutsche Ausgabe beitrugen. Es ist die umfassende Tiefenbohrung in die historischen Ursprünge des Coronaregimes. Ein Muss für jeden, der die Gegenwart verstehen will und nach Auswegen aus der sich entfaltenden Barbarei sucht.

Im jedem Buchhandel bestellbar und via SodenkampLenz.de

Sodenkamp & Lenz



DIE LIEBE

von Friedrich Hölderlin

Wenn ihr Freunde vergeßt, wenn ihr die Euern all,
O ihr Dankbaren, sie, euere Dichter schmäht,
Gott vergeb es, doch ehret
Nur die Seele der Liebenden.

Denn o saget, wo lebt menschliches Leben sonst,
Da die knechtische jetzt alles, die Sorge, zwingt?
Darum wandelt der Gott auch
Sorglos über dem Haupt uns längst.

Doch, wie immer das Jahr kalt und gesanglos ist
Zur beschiedenen Zeit, aber aus weißem Feld
Grüne Halme doch sprossen,
Oft ein einsamer Vogel singt,

Wenn sich mählich der Wald dehnet, der Strom
sich regt,
Schon die mildere Luft leise von Mittag weht
Zur erlesenen Stunde,
So ein Zeichen der schönern Zeit,

Die wir glauben, erwächst einziggenügsam noch,
Einzig edel und fromm über dem ehernen,
Wilden Boden die Liebe,
Gottes Tochter, von ihm allein.

Sei gesegnet, o sei, himmlische Pflanze, mir
Mit Gesange gepflegt, wenn des ätherischen
Nektars Kräfte dich nähren,
Und der schöpfrische Strahl dich reift.

Wachs und werde zum Wald! eine beseeltere,
Vollentblühende Welt! Sprache der Liebenden
Sei die Sprache des Landes,
Ihre Seele der Laut des Volks!

Euer Ernst?!

von Jürgen Elsässer

Sahra Wagenknechts dreister Machtpoker: Ihre neue Partei BSW will im Osten mit der CDU koalieren. Aber die rote Diva hat eine noch schlimmere Variante in petto.

Ohne das BSW hat die Union im Osten keine Machtperspektive.

Pat und Patachon: Der Thüringer CDU-Chef Mario Voigt (li.) und sein Amtsbruder und Parteigenosse in Sachsen, Ministerpräsident Michael Kretschmer. Foto: IMAGO/Chris Emil Janflen

Friedrich Merz ist in Schwulitäten. Am Tag nach der EU-Wahl lehnte er jede Kooperation mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) ab, denn die Partei sei «linksextrem und rechtsextrem» zugleich. 24 Stunden später ruderte er zurück und erklärte, er habe aus der Perspektive der Bundespolitik gesprochen, das Tabu gelte nicht für Koalitionen in den Ländern.

Warum der Eiertanz? Offensichtlich hatte im Konrad-Adenauer-Haus jemand die Rechenmaschine angeworfen. Bei den Europawahlen am 9. Juni hatte das BSW nämlich aus dem Stand 6,2 Prozent erzielt, östlich der Elbe lagen die Ergebnisse sogar mehr als doppelt so hoch. Noch schlimmer sah es aus, als man die Umfragen für die anstehenden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg analysierte: Die CDU liegt überall hinter der AfD, und ihre etablierten Koalitionspartner SPD, FDP und Grüne müssen sogar fürchten, unter der Fünf-Prozent-Sperrklausel zu landen. Vor diesem Hintergrund haben die CDU-Regionalfürsten Mario Voigt (Erfurt)

und Michael Kretschmer (Dresden) bei Merz interveniert: Ohne das BSW hat die Union keine Machtperspektive. Der Osten würde ansonsten nach den Urnengängen im September 2024 unregierbar.

Brisante Nähe

Aber es drohte an diesem 10. Juni noch etwas Schlimmeres als die Unregierbarkeit: dass nämlich die Brandmauer zur AfD, die das BSW nach dem Vorbild der Altparteien hochgezogen hatte, bröckeln könnte und die beiden Flügel des politischen Spektrums sich annäherten. Denn die BSW-Bundestagsabgeordneten kündigten an, dass sie den Besuch des ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski am 11. Juni boykottieren würden – und die AfD zog nach. Wagenknecht bezichtigte den Staatsgast, er trage dazu bei, «eine hochgefährliche Eskalationsspirale zu befördern, und nimmt dabei das Risiko eines atomaren Konflikts mit verheerenden Konsequenzen für ganz Europa in Kauf (...).» Das AfD-Führungsduo Alice Weidel und Tino Chrupalla tönnte ins gleiche Horn: «Wir lehnen es ab, einen Redner im Tarnanzug anzuhören.» Die Systemschranzen heulten auf. «AfD und BSW unter einem Hut?», fragte die *Frankfurter Rundschau*. «Sie gingen doch zusammen raus!», assistierte SPD-Parteichef Lars Klingbeil. «Es ist eine Schande für ein demokratisches Europa, dass es solche Parteien gibt», ließ das ZDF einen Interviewgast sagen.

Für Wagenknecht wurde nach diesem – unbeabsichtigten – Zusammenspiel mit den Blauen die Situation etwas kitschig. Eigentlich hatte sie schon im Januar jeder Zusammenarbeit eine beinharte Absage erteilt. Die AfD, gerade im Osten, sei «eine Partei mit einem starken rechtsextremen Flügel». Und «mit Rechtsextremisten können wir nicht zusammenarbeiten», sagte sie damals gegenüber der *Welt*. Aber nach den EU-Wahlen signalisierte die BSW-Vorsitzende im Saarland, Astrid Schramm, dass man kommunal doch zusammen abstimmen könne. Daraufhin gab es zwei prominente Austritte aus dem Landesverband. Eine neue Querfront-Debatte, selbst unter den wenigen handverlesenen Mitgliedern ihrer Partei, war so ziemlich das Letzte, was Wagenknecht vor den Wahlen im Osten brauchen konnte. Zumal die Demoskopie Argumente für ein Links-Rechts-Bündnis lieferte: Sowohl in Thüringen als auch in Sachsen sahen die Umfragen eine absolute Mehrheit für eine BSW-AfD-Koalition zum Greifen nah. Doch das durfte keinesfalls geschehen. Wagenknecht zog die Notbremse – und erfand eine ganz andere, vorher unvorstellbare Machtoption.



Bündnis Sahra Wagenknecht



Salto mortale

Anfang Juli sickerte durch, woran Wagenknecht bastelte: an Koalitionen mit der CDU in den beiden Freistaaten im Osten. In Thüringen strebe das BSW an, mit der ehemaligen Eisenacher Oberbürgermeisterin Katja Wolf die Ministerpräsidentin zu stellen, so Wagenknecht (siehe S. 16ff). Auf die Frage, ob es realistisch sei, dass die CDU Juniorpartner des BSW werde, antwortete sie: «Wenn die CDU in einem Bundesland [gemeint: Sachsen] möchte, dass wir ihren Ministerpräsidenten wählen, kann sie sich nicht in einem anderen weigern, uns zu unterstützen, sollten wir vor ihr liegen. Es gibt ja Regeln in einer Demokratie.» An dieser Aussage sind mehrere Dinge bemerkenswert. Zum einen lobte sie ihre Parteifreundin Wolf zu einem Zeitpunkt an die Regierungsspitze Thüringens, als das BSW in Umfragen noch hinter der CDU lag. Zum anderen, und das ist wichtiger, ignorierte sie die wichtigste «Regel in einer Demokratie», dass nämlich mit der Regierungsbildung zunächst der Chef der stärksten Partei beauftragt werden müsste, und das wären Björn Höcke im einen und Jörg Urban im anderen Fall. Des Weiteren will sie ihre künftigen sächsischen Abgeordneten vom Stimmverhalten der Thüringer CDU abhängig machen und nicht eigenständig für ihr Bundesland entscheiden lassen, was ein despotisches Gschmäckle hat. Die *Bild*-Zeitung war mit einigem Recht empört: Das Ganze sei ein «politischer Kuhhandel, den es so in Deutschland noch nie gab und der viel über den Respekt der ehemaligen Chefin der Kommunistischen Plattform in der SED-Nach-

folgepartei PDS vor freien und geheimen Wahlen verrät». Was die Springer-Leute zu dieser harschen Kritik gebracht hat, ist nicht ganz klar – ansonsten geben sie Wagenknecht bekanntlich ordentlich Rückenwind. Vielleicht fürchten sie aber, dass die Diva, wenn sie zu stark würde, doch unkontrollierbar wäre. Besser, so denkt man wohl bei *Bild* und den dort tätigen Geheimdiensten, sie begnüge sich mit der Rolle als Steigbügelhalterin für die CDU, also letztlich für Merz und seinen Kriegskurs.

Genau an diesem Punkt aber hat sich Wagenknecht schon jetzt durch ihre Einladung an die CDU entzauert. Denn wenn auch alles beim BSW programmatisch sehr vage ist – die Forderung nach Frieden und Abrüstung ist der Leuchtturm ihres Projektes. Damit hat sie einen Großteil der Genossen ihrer ehemaligen Partei auf ihre Seite gezogen, damit kann sie vor allem im NATO-kritischen Osten punkten. Wenn sie aber jetzt mit einer CDU kungelte, die «den Krieg nach Russland tragen» (Roderich Kiesewetter) will, hätte sie ihren Markenkern für das Linsengericht einer Regierungsbeteiligung verkauft. Wenn das die Wähler bis zum Herbst 2024 nicht merken sollten – bis zum Herbst 2025, also bis zur Bundestagswahl, werden sie es gemerkt haben.

Grün, rot, tot

Aber es kommt noch schlimmer. In der linksliberalen Wochenzeitung *Freitag* erschien Anfang Juli ein Streitgespräch zwischen Wagenknecht und Katrin Göring-Eckardt. Die Grünen-Politikerin hatte sich an-

Schlägt Kapriolen für die Macht-ergreifung: Sahra Wagenknecht. Früher SED, dann SED-PDS, dann PDS, dann Die Linke.PDS, dann Die Linke, jetzt BSW. Foto: IMAGO/Bernd Elmenthaler



Ein antikommunistisches CDU-Wahlplakat der CDU aus den 1950ern. Heute führen alle Wege zu Sahra. Foto: KAS

«Ein politischer Kuhhandel, den es so in Deutschland noch nie gab.» *Bild*

AfD bleibt stabil



«Die auch von bürgerlicher Seite propagierte Erwartung, die neue Wagenknecht-Partei werde die AfD erhebliche Stimmen kosten – das BSW quasi als letzte Chance –, hat sich dagegen als Chimäre erwiesen. Obwohl Wagenknecht die Wählerinnen und Wähler der AfD im Wahlkampf regelrecht umgarnte, blieb der Zufluss spärlich, ungeachtet der Skandale um Maximilian Krahn und Petr Bystron. Daran zeigt sich, dass die Wählerbindung der AfD in den letzten Jahren enorm zugenommen hat. Viele ihre Anhänger wählen die Rechtsradikalen ungeachtet ihres Rufes – oder vielleicht sogar gerade deswegen. Gerade im Osten verfügt die AfD inzwischen über eine feste Stammwählerschaft, die sich durch Verfehlungen von AfD-Politikern in keiner Weise irritieren lässt.» (*Blätter für deutsche und internationale Politik*, Ausgabe Juli 2024)

AfD-Werbeaktion in Thüringen.
Foto: AfD Thüringen

gesichts der Grenzöffnung 2015 mit dem Satz hervorgetan «Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich darauf», und auch seither an dieser Position nichts geändert. Wagenknecht wiederum hat die Grünen als «gefährlichste Partei im Bundestag» bezeichnet. Man hätte also annehmen können, dass es beim Aufeinandertreffen der beiden ordentlich knallt. Aber das Gegenteil war der Fall! Der *Freitag* betitelte den Beitrag mit «Wir können Björn Höcke verhindern», daneben ein Wir-Foto der zwei Damen. Dem entsprachen die Ausführungen der BSW-Chefin in dem Gespräch: Im Osten seien «alle gehalten», «nach den Wahlen zu versuchen, eine stabile Regierung mit einer vernünftigen Ausrichtung zu bilden. (...) Aber es gibt gravierende Differenzen zwischen uns und den Grünen, das wäre ganz sicher nicht unser Wunschpartner.» Mit anderen Worten: Wunschpartner nicht, aber ein möglicher Partner. Ganz im Unterschied zu Höcke und der AfD, die sind für Wagenknecht keine möglichen Partner. Obwohl doch die Grünen für sie bis vor zwei Jahren die «gefährlichste Partei im Bundestag» waren... Da hat sich also ordentlich etwas verschoben im Kopf von Wagenknecht. War ihr Bestseller *Die Selbstgerechten* (Neuaufgabe 2022) noch eine einzige Kampfansage gegen Grüne und Woke gewesen, so ist sie jetzt wieder in das alte Antifa-Lager-Ghetto zurückgekehrt.

Es wäre noch mit einigen Verrenkungen erklärbar, wenn sich das BSW mit der CDU verbünden würde, um sozusagen eine (halluzinierte) neue Mitte zu bilden, die gleichermaßen die Linken (Linkspartei, SPD und Grüne) wie die Rechten (AfD) von der Macht fernhält. Etwas ganz anderes und damit bar jedes Anstands ist es aber, wenn Wagenknecht, die sich gerade erst aus dem linken Sumpf gelöst hat, jetzt

wieder in diesem fauligen Morast nach Partnern wühlt. Das ist nicht nur Verrat am Wähler (das ist die Kopulation mit der CDU auch) – das ist zusätzlich Verrat an dem, was sie bis vor Kurzem noch selbst postuliert hat.

Sie verkauft ihre Friedenspolitik für das Linsengericht einer Regierungsbeteiligung.

Mit ihren machttaktischen Kapriolen folgt Wagenknecht dem Beispiel von Jean-Luc Mélenchon. Der einstige Promi der französischen Sozialisten – übrigens ein alter Kumpel von Oskar Lafontaine – hatte 2016, ebenfalls mit guter Kritik an der Wokeness, seine eigene Partei gegründet, und zwar mit dem durchaus patriotischen Namen La France insoumise (LFI, Das unbeugsame Frankreich). In den Folgejahren pulverisierte er Sozialisten, Kommunisten und Grüne und wurde zum neuen Leitstern der Linken, landete bei den Präsidentschaftswahlen 2021 nur hauchdünn hinter Marine Le Pen. Doch der irrationale «Kampf gegen Rechts» hat ihn wieder zu seinen Ursprüngen zurückgeführt: Bei den jüngsten Parlamentswahlen schmiedete er die Neue Volksfront, in die er alle Fußkranken und Hirntoten wieder aufnahm, denen er eigentlich mit LFI entkommen wollte. Jetzt sind die Irren sogar so stark, dass sie, nachdem sie mithilfe von Emmanuel Macron den Sieg des Rassemblement National verhindert haben, auch noch Mélenchon stürzen wollen. Kaum anzunehmen, dass Wagenknecht daraus lernt. ■



Frieden als zentrales Wahlkampfthema: BSW-Abschlusskundgebung am 6. Juni 2024 in Berlin, kurz vor dem Urnengang zum EU-Parlament.
Foto: IMAGO/IPON

«Das überrascht mich nur wenig»

— Hans M. Feher im Gespräch mit Karel Meissner

Ist die jüngste Kapriole Wagenknechts ein Bruch mit ihrer bisherigen Biografie? Fragen an einen Autor, der den Weg der Politikerin seit über 25 Jahren verfolgt.

Sie haben eine «unautorisierte Biografie» über *Die rote Diva* geschrieben, die im Herbst 2023, kurz vor der Gründung des BSW, auf den Markt kam. Haben Sie den Fortgang der Parteigründung weiterverfolgt?

Ja natürlich, das ist ja sozusagen mein Leib-und-Magen-Thema. Seit ich Sahra Ende der 1990er Jahre zum ersten Mal im Wahlkampf in NRW traf, habe ich alles gesammelt, was es zu ihr oder von ihr gibt.

Was ist Ihnen in den letzten Monaten an ihr aufgefallen?

Sie zieht das durch, lässt keine Anzeichen von Schwäche erkennen. Das sind die guten preußischen Tugenden, die sie mit der DDR-Muttermilch eingesogen hat, verstärkt durch bolschewistische Parteidisziplin. Sie ist ja ein Arbeitstier. Bedenken Sie, dass sie als Jugendliche Goethes *Faust* auswendig gelernt hat! Andererseits hatte sie, bei aller intellektuellen Strenge gegenüber sich selbst, lange Zeit organisatorische Schwächen, deswegen hat sie ja bei ihrem außerparlamentarischen Projekt Aufstehen! so sehr versagt und sich dann in einen Burn-out geflüchtet. Aber beim Aufbau des BSW klappt nun alles.

Mit freundlicher Unterstützung der Leitmedien, die sie pushen, als Waffe gegen die AfD...

Das mag sein. Aber Sie müssen auch den anderen Aspekt sehen: Die ganzen Auftritte in Talkshows sind eine Riesenwerbung. Andererseits muss sie das auch durchstehen, physisch und mental. Bedenken Sie, wie oft Alice Weidel bei Talkshows gekniffen und dann ihren Co-Vorsitzenden Tino Chrupalla geschickt hat. Wagenknecht nimmt jeden Termin wahr. Im EU-Wahlkampf hatte sie den ganzen Mai über zwei, drei Kundgebungen pro Woche...

Jetzt treibt Wagenknecht Koalitionen des BSW mit der CDU voran. Eigentlich eine unglaubliche Wendung für eine Frau, die jahrzehntelang Kommunistin war, oder? Immerhin war es doch ein CDU-Kanzler, der Wagenknechts heiß geliebte DDR beerdigte?

Das überrascht mich nur wenig, gab es schon früher. Die wichtigste Wandlung fand unter dem Einfluss von Oskar Lafontaine statt. Er bekehrte sie ab Ende der Nullerjahre schrittweise zur Sozialen Marktwirtschaft und damit weg von ihrem DDR-Ideal. Das war ein Riesensprung, sozusagen weg von Walter Ul-



bricht hin zu Ludwig Erhard. Seither ist sie auch keine Kommunistin mehr, sondern eine Sozialdemokratin, allerdings nicht im heutigen Verständnis des Wortes, sondern eine Sozialdemokratin in der Tradition von Willy Brandt und dessen gleichnamigem Enkel Lafontaine.

Bei allen Wendungen war ihr Einsatz für den Frieden aber immer prägend, inklusive der Kritik an NATO und USA. Und jetzt will sie mit einer Partei koalieren, die «den Krieg nach Russland tragen» will, so CDU-Wehrexperte Roderich Kiesewetter...

Ja, schon in der PDS hat sie sich mit den Strömungen um Gregor Gysi angelegt, die den Antimilitarismus aufweichen und Außeneinsätze der Bundeswehr, zumindest unter UN-Mandat, möglich machen wollten. Dass sie jetzt, zum Beispiel in Thüringen, mit der CDU koalieren will, bedeutet übrigens nicht zwingend, dass sie auf Bundesebene mit Friedrich Merz und Roderich Kiesewetter zusammenarbeiten wird. Die Ost-CDU hält sich ja in der Kriegsfrage zurück; Michael Kretschmer kritisiert sogar ab und zu die Sanktionen. Allerdings hat sich Wagenknecht mit diesem Koalitionsvorstoß auf eine schiefe Ebene begeben, die über Länderregierungen dann mittelfristig auch zu einer Bundesregierung BSW/CDU führen dürfte. Analog verlief die Entwicklung bekanntlich bei den Grünen. ■

Wagenknecht am 13. Juni 2013 mit Oskar Lafontaine und dem damaligen Chef der griechischen Linkspartei Syriza, Alexis Tsipras (der übrigens 2015 mit der AfD-Schwes-terpartei ANEL eine Koalitionsregierung bildete). Foto: IMAGO



Die von Wagenknecht nicht autorisierte Biografie aus der Feder unseres Interviewpartners gibt es unter compact-shop.de. Foto: Verlag der 300

— Hans M. Feher ist Autor des Buches «Die rote Diva – Sahra Wagenknecht». Zu bestellen über compact-shop.de.



Inzucht in kleinen Gruppen

von Karel Meissner

Nach den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg erhofft sich das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) überall Regierungsbeteiligungen. Der Karrierismus ist überwältigend – aber es gibt auch Idealisten.

Quietschfidel: Szene von der Gründung des Berliner Landesverbandes des BSW am 14. Juli 2024. An die Spitze gewählt wurden Alexander King, bisher Abgeordneter der Linkspartei (2.v.l.), und Josephine Thyrêt, Betriebsratsvorsitzende bei Vivantes (daneben). Foto: IMAGO/Funke Foto Services

«Die AfD zu stoppen, wäre die wichtigste Kampagne meines Lebens.»

Steffen Schütz

Erstes Juli-Wochenende, Potsdam: gute Laune auf dem Listenparteitag des BSW-Landesverbandes. Man bestimmt die Kandidaten für die Brandenburg-Wahl am 22. September. Es herrscht Inzucht, man wählt sich gegenseitig: 31 Mitglieder sind anwesend, 30 werden nominiert. Die Stimmung im Saal fasst der Mann auf Listenplatz elf zusammen. «Wir kriegen garantiert irgendwelche Ministerien», sagt Theaterregisseur Reinhard Simon in seiner Bewerbungsrede.

Der Optimismus scheint gerechtfertigt. Das BSW steht zu diesem Zeitpunkt im Bundesland in Umfragen bei zehn Prozent, Mitte Juli werden es schon 16 Prozent sein. Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) gratuliert den Wagenknechten in einem RBB-Interview auf seine Weise: Er könne sich eine Koalition mit ihnen vorstellen. Das gelte auch für die «Personen vom BSW, die er kennengelernt» habe. Offensichtlich gibt es also schon Kungeltreffen.

Die eierlegende Wollmilchsau

Der Brandenburger Parteitag beschließt ein Programm, das ein Bündnis mit der SPD ermöglicht, indem es hauptsächlich gegen andere schießt: Jede Stimme für die CDU bei der Landtagswahl sei «auch

Rückenwind für Friedrich Merz im Bund». Der wolle Deutschland tiefer in den Ukraine-Krieg hineinziehen. Seltsam nur: In Sachsen und Thüringen, wo am 1. September gewählt wird, will man mit der Partei des langjährigen Blackrock-Chefs koalieren. Woher der Unterschied? Ganz einfach: Die Sozis sind nur im einstigen Preußen stark, in den beiden Freistaaten dagegen könnten sie an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern. Der Machtinstinkt diktiert die Partnerwahl, auch bei der jüngsten politischen Kraft.

Im Übrigen ist sich Brandenburgs Linkspartei sicher: Das BSW hat Teile seines Forderungskatalogs, etwa zu «den Bereichen Wohnen und Mieten, Bildung, Gesundheitsversorgung», fast vollständig bei ihr abgeschrieben, so Linke-Chef Sebastian Walter. Den Vorwurf konterte BSW-Spitzenkandidat Robert Crumbach sehr selbstbewusst: «Da wir das Programm der Linken, einer Kleinstpartei, die es nicht mehr in den Landtag schafft, nicht gelesen haben, kann auch nichts abgeschrieben sein.» Der Wahrheit am nächsten dürfte kommen, dass die Wagenknechte nicht nur bei den Dunkelroten, sondern bei allen Konkurrenten ein bisschen abgekupfert haben: bei der Inneren Sicherheit von der CDU, bei der Sozialpolitik von der SPD. Der sogenannte Klimaschutz soll, wie bei der FDP, mit neuer Technik gelingen, und die migrations- und friedenspolitischen Thesen sind nahe bei der AfD. Nur auf das – sehr begrüßenswerte – Verbot von Handys und Tablets in Grundschulen hat das BSW das Copyright.

Ansonsten sind die Programme der drei wahlkämpfenden BSW-Landesverbände über weite Strecken identisch. Es gibt freilich Unterschiede im Detail. Die Abschaffung der Kita-Gebühren findet sich nur bei den Sachsen und Brandenburgern. Beide wollen auch ein Schließungsmoratorium für Krankenhäuser. Die Thüringer hingegen liebäugeln mit der Umwandlung in medizinische Zentren nach Vorbild der DDR-Polikliniken. Das mag Zufälligkeiten geschuldet sein. Eine andere Abweichung hat dagegen Kalkül: Einen Corona-Untersuchungsausschuss fordert das BSW lediglich für den Dresdner sowie den Erfurter Landtag. Im Brandenburger Programm wird dagegen ein solches Sondergremium für den Bundestag verlangt. Kunststück: Im Potsdamer Parlament gibt es einen Corona-Ausschuss schon seit November 2022, und zwar aufgrund maßgeblichen Drucks der AfD.

Die Woken und die Roten

Inzucht bei der Listenaufstellung gab es nicht nur in Potsdam: Für die Thüringer Landtagswahl stellten 41 stimmberechtigte BSW-Mitglieder 32 Kandidaten auf, in Sachsen war das Verhältnis 65 zu 30. Das hängt mit der rigiden Aufnahmepraxis gegenüber Mitgliedsanwärtern zusammen: Man will unbedingt das Einsickern von Querulanten, aber auch von – echten oder vermeintlichen – Rechten verhindern.

«Die Linken machen längst keine Politik mehr für die Mehrheit der Menschen.» Sabine Zimmermann

In Thüringen gibt es trotz dieser Abschottung schon erste Probleme mit der Basis: Anfang Juni trat dort das Vorstandsmitglied Mario Forchhammer zurück. Er warf der Landesspitze Intransparenz und «Geklügel» vor. Die Listenplätze für die Landtagswahl seien vor allem durch Freunde des Vorstandes besetzt worden, so Forchhammer. Kurz darauf erklärten im Gothaer Kreistag die beiden frischgebackenen Mandatsträger Mike Creutzburg und Jörg Schwerin ihren Austritt. Beide Kommunalpolitiker kündigten an, sich künftig bei der Werteunion engagieren zu wollen. Besonders der Abgang von Creutzburg ist ein Rückschlag. Bei der Kreistagswahl hatte er mit großem Abstand zu den anderen BSW-Kandidaten die meisten Stimmen geholt.

Weitere Spannungen deuten sich zwischen der Landeschefin Katja Wolf und der Bundesspitze an, da die vormalige Eisenacher Oberbürgermeisterin mit ihrem beinharten Antifa-Kurs von der etwas geschickteren Linie Wagenknechts abweicht (siehe den Artikel über sie auf den folgenden Seiten). Um-

gekehrt weiß Wolf ihren Co-Vorsitzenden Steffen Schütz eng an ihrer Seite. «Die AfD zu stoppen, wäre die wichtigste Kampagne meines Lebens», sagte er der *Zeit*. Der Mann, der in den Neunzigern eine Werbeagentur in Berlin aufgebaut hat, wollte eigentlich ein Kinderbuch schreiben, dann kam die Politik dazwischen. Ähnlich wie bei Robert Habeck.

Von anderem Kaliber ist die Chefin des BSW in Sachsen: Sabine Zimmermann, geboren 1960, absolvierte eine solide DDR-Ausbildung im Bereich Baustofftechnologie und wurde 1992 Gewerkschaftssekretärin beim DGB. Die SPD, deren Mitglied sie ab 1995 war, verließ sie 2005 «wegen Hartz IV» und zog dann sofort für die damalige PDS in den Bundestag ein, dem sie 16 Jahre lang angehörte. Bei der letzten Bundestagswahl 2021 kandidierte sie erneut, erhielt aber kein Mandat mehr, da sie keinen vorderen Platz auf der Landesliste bekommen hatte. Beim BSW hat sie nun eine Chance, ihre Karriere fortzusetzen. Immerhin steht sie, anders als Wolf in Thüringen, in der Tradition der Arbeiterbewegung. Bei ihrem Austritt aus der Linkspartei im Oktober 2023 erklärte sie: «Die Linken machen längst keine Politik mehr für die Mehrheit der Menschen. Die kümmern sich ums Gendern und wildern im radikalen Lager.»

Mit ihren Aussagen zur Einwanderung könnte sie auch bei der AfD sein: «Auch die unkontrollierte Migration ist ein Thema, bei dem dringender Handlungsbedarf besteht. Die Zahlen sind viel zu hoch, viele Städte und Gemeinden sind überfordert, und gelingende Integration ist so kaum möglich. Es ist gut, dass in Sachsens Landkreisen die Bezahlkarte eingeführt wurde. Außerdem müssen diejenigen, die kriminell werden, tatsächlich abgeschoben werden. Vor allem aber kann es nicht sein, dass fast jeder, der Deutschland erreicht, unabhängig vom Schutzstatus hierbleiben kann – wir fordern eine Asyl-Prüfung an den EU-Außengrenzen.» Folgerichtig stellt sie fest: «Die Stärke der AfD ist eigentlich die Schwäche der Politik, und das seit 20 Jahren.» Ob sie etwas daran ändern kann? ■

Wenige Direktkandidaten



Kaum Bürgernähe zeigt das Bündnis Sahra Wagenknecht bei den Direktkandidaten in den Wahlkreisen: Man verzichtet bei den Landtagswahlen im Osten von vornherein in vielen Wahlkreisen darauf, überhaupt ein Angebot für die Erststimme zu machen. Hans-Christoph Berndt, Fraktionschef der AfD im Potsdamer Landtag, bezeichnete daraufhin das BSW als «ein Konstrukt, um der AfD Zweitstimmen wegzunehmen». Allerdings dürfte die AfD bei den Erststimmen vom Rückzug der Konkurrenz profitieren: So können die Blauen wohl eine ganze Menge mehr Wahlkreise mit relativer Mehrheit erobern.

Brandenburgs AfD-Chef Christoph Berndt. Foto: AfD

DDR-Urgestein Sabine Zimmermann führt das BSW in Sachsen, könnte aber auch in der AfD sein. Foto: picture alliance / dts-Agentur



Im Osten nichts Neues

_ von Falko Looff

Die Thüringer BSW-Spitzenkandidatin Katja Wolf will nach den Landtagswahlen im September Ministerpräsidentin werden. Kungeleien mit den Systemparteien scheut sie dabei nicht. Hauptsache, es geht gegen die AfD.

Das dürfte manchem Karrieristen gefallen.

Gründung des BSW-Landesverbandes Thüringen am 15. März 2024: Katja Wolf und Steffen Schütz wollen die Brandmauer gegen die AfD noch höher bauen. Foto: IMAGO/Funke Foto Services

Es war ein Tag im Januar, als die Eisenacher Oberbürgermeisterin Katja Wolf bekanntgab, dass sie bei den Kommunalwahlen im Juni nicht noch einmal antreten und darüber hinaus zum neugegründeten BSW wechseln wolle. Die Ankündigung kam für viele überraschend. Dass sie wieder ins Rennen um den Chefposten im Rathaus gehen würde, war nämlich allgemein erwartet worden, offenbar auch von engen Weggefährten. In einer Pressemitteilung des Kreisvorsitzenden der Linken heißt es etwa: «Ihre Erklärung trifft mich persönlich und auch politisch tief. (...) [Es war] immer mein Bestreben, gemeinsam mit ihr darum zu kämpfen, dass sie zum dritten Mal als Oberbürgermeisterin gewählt wird. Noch zu Beginn der Woche standen wir dazu miteinander im Austausch. Umso mehr enttäuscht mich ihr jetziger Schritt. (...) Menschlich bin ich tief verletzt, denn Katja Wolf hat unseren Kreisverband seit Monaten hingehalten.» Geordnete Übergänge sehen anders aus. Und überzeugende Positionsänderungen eben-

falls, zumal wenn man, wie Wolf, einen Wechsel zur Wagenknecht-Partei noch vor einigen Monaten klar ausgeschlossen hatte.

Die Stunde der Karrieristen

Dennoch passt Wolf perfekt ins Bild, wenn man einen Blick auf das übrige politische Personal der jüngsten deutschen Partei wirft. Wie sich mehr und mehr zeigt, rekrutiert sich das BSW nämlich kaum aus neuen Mitgliedern von außen, sondern vornehmlich aus altbekannten Genossen, die ihr Fähnchen erst in den Wind hingen, als das sichere Netz gespannt war. Es gehört schließlich nicht viel Fantasie zu der Erkenntnis, dass sich die Partei Die Linke in großen Schritten in Richtung Bedeutungslosigkeit bewegt. Was enttäuschte Wähler lediglich zur Kenntnis nehmen, dürfte manchem Karrieristen der vormals zweiten oder dritten Garde durchaus gefallen: In dem neuen Projekt locken Chancen auf schon lange anvisierte Mandate, Posten und Pöstchen. Und für Katja Wolf dürfte mit der Landtagskandidatur ein gut dotierter Abgeordnetensitz sicher sein, wohingegen eine erneute OB-Kandidatur, noch dazu unter der Fahne der Linken, Risiken geborgen hätte.



Sie führt nun also die BSW-Liste zur Landtagswahl an und erhebt – man höre und staune – auch gleich den Anspruch, Ministerpräsidentin zu werden. Die Zahlen geben dies zwar nicht so recht her (zum Zeitpunkt der Drucklegung kommt das BSW in Thüringen in Umfragen nur auf Platz drei), doch mit Werten um die 20 Prozent erscheint diese Option auch nicht ganz unrealistisch. Wolf ist jedenfalls das, was man ein «Kind der Partei» nennen könnte, ihren Lebensunterhalt hat sie praktisch nie außerhalb von Strukturen der Linken bestreiten müssen. Gleich nach dem Fachhochschulstudium der Sozialpädagogik ergatterte die damals 23-Jährige zunächst eine Stelle als Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Thüringer Landtag. Nach der Landtagswahl im Herbst 1999 wurde sie schließlich selbst Abgeordnete und blieb dies bis 2012. Sogleich folgte der nächste Karriere-sprung auf den Chefposten im Eisenacher Rathaus.

Bürgermeisterin der Antifa

Kaum ins Oberbürgermeisteramt gewählt, war es ihr sehr wichtig, den seit der Wende in Eisenach stattfindenden Burschentag zu verhindern – wegen «rechtsextremer Tendenzen» –, indem sie den Mietvertrag mit der Tagungshalle auflöste. Im Jahr 2013 beteiligte sie sich persönlich an einem Antifa-Protest gegen eine Demonstration, die sich gegen den Bau einer Moschee richtete. Dabei war es auch zu Handgreiflichkeiten zwischen den Antifa-Protestlern und der Polizei gekommen. Ein Foto zeigt sie inmitten der Krawallmeute.

Wolf ist das, was man ein «Kind der Partei» nennen könnte.

Im Jahr 2014 machte Wolf dann Schlagzeilen, weil sie den NPD-Mitgliedern im Stadtrat den Handschlag verweigerte. Dabei war es nicht nur um eine reine Höflichkeitsgeste wie etwa im Falle der Linken-Fraktionschefin Susanne Hennig-Wellsow gegangen. Diese hatte dem frisch gewählten Thüringer Ministerpräsidenten Thomas Kemmerich im Februar 2020 nicht nur den Handschlag verweigert, sondern ihm auch einen Blumenstrauß vor die Füße geworfen. Wolf hatte dagegen klar rechtswidrig gehandelt, was später auch juristisch festgestellt wurde. Denn die Thüringer Kommunalordnung schrieb damals vor, dass Stadträte durch Handschlag zu verpflichten seien. Parteifreund und Ministerpräsident Bodo Ramelow tat ihr später den Gefallen, diesen Passus zu streichen. So konnte Wolf diese Praxis nach den Wahlen 2019 – und abermals erst kürzlich im Juni – wiederholen, als sie weder den Stadträten der NPD (heute: Heimat) noch denen der AfD die Hand gab. Auf die Beschwerde von AfD-Frak-



tionschef Tim Schnitger, die Oberbürgermeisterin erkenne damit ein Viertel der Eisenacher Wählerschaft nicht an, entgegnete Wolf lediglich, sie habe die Stadtratsmitglieder «ordnungsgemäß verpflichtet». Ein von der NPD initiiertes und trotz massiven Drucks von zahlreichen CDU-Stadträten unterstützter Abwahlenantrag gegen sie schrammte im Jahr 2015 indes mit nur einer Stimme an der absoluten Mehrheit vorbei. Auch wenn der Antrag tatsächlich eine Zweidrittelmehrheit benötigt hätte, um erfolgreich zu sein, spricht dieses Ergebnis nicht unbedingt dafür, dass Wolf in Eisenach mit großem Rückhalt regierte.

Vor allem beim wichtigen Thema Migration wird nicht klar, warum Wolf die Partei Die Linke verlassen hat, denn sie orientiert sich offenbar sehr viel stärker an Ramelows «Willkommenskultur»-Politik als an Wagenknechts migrationskritischeren Positionen. In Eisenach habe sie «eine mustergültige Integration in die Stadtgesellschaft geleistet», sagt sie im Interview mit der *Taz*. «Da bin ich schon stolz drauf.» Man habe die Flüchtlinge in der ganzen Stadt verteilt, «damit in allen Stadtteilen eine Veränderung spürbar ist», so die vormalige Rathauschefin weiter. Immerhin räumt sie ein, dass die Kommunen «an der Belastungsgrenze» seien.

Weitere Spannungen zwischen Wolf und ihrer Parteichefin deuten sich an, etwa bei dem für das BSW zentralen Thema Krieg und Frieden. So distanzierte sich die Eisenacherin vom Fernbleiben Wagen-

Der Ministerpräsident und sein Mädchen: Bodo Ramelow und Katja Wolf besuchten im August 2018 einen Automobilzulieferer in Eisenach. Foto: picture alliance/dpa

Ein Kind der Partei



Nach dem Abitur 1994 am Heinrich-Hertz-Gymnasium Erfurt studierte Wolf Sozialpädagogik/Sozialarbeit an der Fachhochschule Erfurt und schloss 1999 mit dem Diplom ab. Von Januar bis August 1999 arbeitete sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Thüringer Landtag. Nach der Landtagswahl am 12. September 1999 zog sie als Abgeordnete in den Landtag ein und wurde dort Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses. Zudem war sie umweltpolitische Sprecherin der Linken-Fraktion. Seit 2004 gehörte sie dem Stadtrat in Eisenach an. Bei der Kommunalwahl 2012 wurde sie in der Stichwahl mit 51,6 Prozent der Stimmen zur Oberbürgermeisterin gewählt und in der Stichwahl 2018 mit 58 Prozent. Am 19. Januar 2024 gab Wolf bekannt, bei den Kommunalwahlen 2024 nicht erneut für das Amt zu kandidieren. Sie kündigte zugleich ihren Wechsel zum BSW an. Dort steht sie bei der Thüringer Landtagswahl auf Listenplatz eins.

Antifa-Kitschplakat. Foto: Die Linke

knechts von der Rede des ukrainischen Präsidenten Selenski im Bundestag im Juni dieses Jahres. Sie habe das «nicht glücklich» gefunden und hätte selbst «anders entschieden», kritisiert sie. Wolf distanziert sich ganz generell vom «Kommunikationsstil» Wagenknechts, die für ihren Geschmack zu sehr auf «Zuspitzungen» setze. Logisch: Klartext ist nichts für Opportunisten, die geschmeidig formulieren müssen, um sich nach allen Seiten hin offenzuhalten.

Hauptsache gegen die AfD

Es ist fast unmöglich, inhaltliche Argumente zu erfahren, warum die bisherige Eisenacher Oberbürgermeisterin zum BSW gewechselt ist. In Interviews begründet sie diesen Schritt nur vage damit, dass die Linke «den Kontakt zur Basis» verloren habe. Einigkeit scheint zwischen ihr und der Parteichefin vor allem in Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der AfD zu bestehen. Beim *Sonntags-Stammtisch* des *Bayerischen Rundfunks* etwa sagte Wolf, sie habe die Gefahr gesehen, dass «am Ende der lachende Vierte im Spiel ein wirklich unerträglicher Höcke ist». Um diese zu verhindern, hätte sie aber auch auf das Angebot von Regierungschef Ramelow eingehen können, der ihr erst zu Jahresbeginn angeboten hatte, Teil seines Spitzenteams für die Landtagswahl zu werden und anschließend gegebenenfalls einen Ministerposten zu erhalten. Sie lehnte ab, da es nun nötig sei, ein «neues demokratisches Angebot» zu machen. Reine Formsache also, keine neuen Inhalte.

Allmählich zeichnet sich jedenfalls ab, zu welchen Kompromissen das BSW nach den Landtagswah-

len bereit ist. Koalitionsavancen an die Merz-CDU verwundern da schon sehr. Dass aber Parteichefin Sahra Wagenknecht erst kürzlich in einem Gespräch mit Katrin Göring-Eckardt beim *Freitag* ein Zusammengehen mit den Grünen in Aussicht gestellt hat, um die AfD zu verhindern, irritiert geradezu. Dabei war es doch gerade sie gewesen, die in den vergangenen Jahren immer wieder gegen den zu großen Einfluss der «Grün-Woken» gewettert hatte – und dafür viel Kritik einsteckte.

Wolf distanzierte sich vom Fernbleiben Wagenknechts von Selenskis Rede im Bundestag.

Und Katja Wolf? Sie setzt noch einen drauf und hat sich, wie die *Bild* berichtet, sogar zur Möglichkeit einer Tolerierung des gegenwärtigen rot-rot-grünen Bündnisses in Thüringen bekannt. Ein Ausloten eventueller Gemeinsamkeiten mit der bislang einzigen echten Oppositionspartei AfD? Fehlanzeige. Stattdessen setzt man offenbar auch beim BSW auf das altbewährte Kungeln mit den Etablierten, um an die Fleischtöpfe der Macht zu kommen. Sicherlich gibt es in jeder jungen Partei vielfältige Sortierungsprozesse, die es unvoreingenommen zu beobachten gilt. Dass Katja Wolf und das BSW aber erkannt haben, warum es überhaupt zum Niedergang der Linken kam und was die Wähler von einem ehrlichen Neuanfang erwarten, erscheint sehr fraglich. ■



Gewaltbereite Antifa 2013 in Eisenach. Im Bild rechts: Oberbürgermeisterin Katja Wolf. Foto: Privat



«Das wird zu Unruhen führen»

— Jörg Urban im Gespräch mit Jürgen Elsässer

In Sachsen ist die AfD stärkste Partei, doch nach der Landtagswahl könnte sie trotzdem von der Regierung ausgeschlossen bleiben: wenn nämlich CDU und BSW zusammengehen. Wie können die Blauen das verhindern?

Wird in Sachsen nach dem Wahltag am 1. September Geschichte geschrieben?

Das hoffen wir! Wir wissen, dass gerade auf unserem Bundesland eine ganz große Hoffnung liegt, dass wir vielleicht das erste sein werden, in dem die Regierung durch die AfD gebildet wird.

Die AfD wird allen Umfragen nach die stärkste Partei, aber wer ist dann am Schluss Ihr Koalitionspartner? Bei vielen fällt der Blick zunächst auf die CDU, die in den Umfragen zweitplatziert ist. Hat die CDU hier im Landtag schon jemals mit der AfD zusammengearbeitet?

Nein, das hat sie nicht. Die CDU hat einige Antragsideen von der AfD übernommen, da denke ich an die Finanzierung des Breitbandausbaus und an die Landarztquote beim Medizinstudium. Aber einem Antrag der AfD wurde bisher noch nie zugestimmt. Vor diesem Hintergrund sehe ich gerade bei der Landtagsfraktion der CDU noch keine Bewegung in Richtung AfD. Umso wichtiger ist es, dass wir ein deutliches Ergebnis haben, weil ich glaube, dass eine Bewegung innerhalb der CDU nur dann entstehen kann, wenn klar ist, dass sie sich mit ihrem Brandmau-

erkurs selbst sehr schadet. Wir können froh sein, dass wir jetzt die Kommunalwahlen hatten. Da ist die AfD sehr stark geworden, und die Brandmauer-Diskussion in den Kommunen ist verstummt – dort gibt es diese Brandmauer weitgehend schon nicht mehr, und das ist der richtige Weg.

Viele Konservative denken, die CDU sei im Vergleich zur SPD das «kleinere Übel». Aber ist nicht, etwa in der Frage von Krieg und Frieden, die CDU schlimmer als die SPD?

Da muss man ein Stück weit differenzieren, weil Sachsen doch ein kleines bisschen anders ist. Wir haben hier einen sächsischen Ministerpräsidenten von der CDU, der in Interviews und vor Kameras sehr gern sagt, dass wir eine Friedenslösung brauchen. Das ändert sich aber dann, wenn es tatsächlich zur Entscheidung kommt. Wir hatten hier verschiedene Friedensinitiativen im Landtag, bei denen dann die SPD dagegen gestimmt hat, die Grünen sowieso, aber auch die CDU hat diese Initiativen abgelehnt. Das geht weiter mit der Frage zur Sanktionspolitik: Auch hier haben wir das Phänomen, dass der Ministerpräsident nach außen hin sagt, diese Sank-

Im Dresdner Landtag vor der Kulisse von Elbflorenz: Jörg Urban, Partei- und Fraktionsvorsitzender der sächsischen AfD, beim COM-PACT-Interview.

Das BSW ist
noch eine große
Wundertüte.

Der Joker



Er wird der AfD viele neue Wähler verschaffen, vor allem bei der Jugend: der Dresdner Maximilian Krahn. Eigentlich war er Spitzenkandidat für die EU-Wahl Anfang Juni, doch der Parteivorstand um Alice Weidel und Tino Chrupalla untersagte ihm öffentliche Auftritte im Vorfeld, nachdem es eine verlogene Geheimdienstkampagne gegen ihn gegeben hatte. Nach dem Urnengang ging das Mobbing weiter: Krahn wurde nicht in die AfD-Delegation im Straßburger Parlament aufgenommen – und auch nicht in die gemeinsame Fraktion (Europa Souveräner Nationen, ESN), die die AfD mit Partnerparteien bildete.

Doch dieser Ausgrenzungskurs wird vom Landesverband Sachsen nicht mitgetragen: Krahn ist neben Jörg Urban der meistgebuchte Redner im AfD-Landtagswahlkampf, bei den zentralen Großveranstaltungen treten beide gemeinsam auf. Manche munkeln, der redegewaltige Anwalt könnte auch eine Rolle in einer künftigen Regierung im Freistaat spielen.

Wählermagnet Maximilian Krahn.
Foto: IMAGO / Nordphoto

tionen seien schädlich für uns und müssten beendet werden. Wenn im Landtag jedoch eine Initiative zur Beendigung der Russlandsanktionen vorgeschlagen wird – und das passiert regelmäßig, da sie ja alle halbe Jahr in der EU verlängert werden –, dann stimmt die CDU geschlossen gegen diesen Antrag.

Wir streben an, dass wir stärkste Kraft werden, dass wir allein regieren können.

Für das BSW wird in Sachsen mit elf Prozent oder noch mehr gerechnet. Wie ist Ihr Eindruck von dieser Ein-Frau-Partei?

Das BSW muss die Stimmen ja irgendwo einsammeln für die elf Prozent. Verdrängt es vielleicht sogar die SPD – aus dem ersten deutschen Landtag seit Bestehen? Was wird aus den Grünen? Die Linken werden mit hoher Wahrscheinlichkeit verdrängt werden, das zeichnet sich ab. Wir werden also eine ganz neue Zusammensetzung des Landtags haben. Die Frage, die Sie jetzt stellen, kann ich Ihnen – ehrlich gesagt – nicht beantworten, denn das BSW ist noch eine große Wundertüte. Sie haben es gesagt, eine Ein-Frau-Partei. Alle kennen Frau Wagenknecht aus vielen Fernsehinterviews, aber das Personal schält sich erst langsam heraus. Ist es bereit, sachlich zu entscheiden, beispielsweise AfD-Anträgen zuzustimmen, wenn sie inhaltlich dasselbe vertreten, wie zum Beispiel kostenloses Schulesen? Für uns gilt: Wenn es um die inhaltliche Übereinstimmung geht und wir gemeinsam etwas bewegen können, bin ich bereit, mit jeder Partei zu sprechen.

Müsste man nicht sagen: Da die CDU so weit nach links gegangen ist, angefangen mit Angela Merkel, ist das BSW, obwohl von einer ehemaligen Kommunistin gegründet, heute konservativer als die Union?

Nein, das kann man nicht sagen. Dazu ist das BSW tatsächlich noch zu unklar. Ich habe mir das mal angeschaut – die Internetseite hat nur ein sehr kurzes Programm, das sind zwei bis drei Seiten Text, und das war's. Wir haben sicherlich Übereinstimmungen in Bezug auf eine friedliche Außenpolitik, da sind wir auf derselben Wellenlänge. Bei vielen anderen Fragen wird es dann schwierig. Gerade wenn es darum geht, inwieweit wir große Unternehmen verstaatlichen wollen, weil sie Monopolstrukturen haben, stehen wir als freiheitliche Partei natürlich ganz anders da als Sahra Wagenknecht, die das bereits im Programm verankert hat. Es gibt aber auch viele soziale Bereiche, in denen es Überschneidungen gibt.

Im gesamten Bereich der sogenannten woken Themen – also Gender, Frühsexualisierung, Zerstörung der deutschen Sprache sowie Kulturzensur – ist eine Frau Wagenknecht doch eigentlich im Lot, oder?

Ich kann das nicht sagen, ihr Programm ist sehr knapp gehalten, besonders in solchen Detailfragen sehr ungenau. Man muss sich darauf verlassen, dass sie vielleicht in der einen oder anderen Talkshow etwas gesagt hat, aber das ist mir zu wenig. Es sollte schriftlich festgehalten sein, damit man davon ausgehen kann, dass sich die Partei, deren Landtagsabgeordnete dann hier sitzen werden, wirklich daran orientiert. Wir sehen, dass die BSW-Co-Vorsitzende, Frau Mohamed Ali, noch vor Kurzem gesagt hat, dass wir die Zuwanderung nicht begrenzen dürften, was stark im Widerspruch zu dem steht,



Bei Corona ein Hardliner: Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) gibt sich trotzdem bürgerlich. Foto: picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild

was die Partei heute sagt. Daher halte ich es für wichtig, eine Partei an ihrem Programm zu messen, und hier ist Sahra Wagenknecht heute sehr uneindeutig.

Mit wem können Sie in Sachsen eher koalieren? Mit der CDU oder dem BSW? Denn in diesem Dreieck wird sich die Regierungsbildung vermutlich abspielen, und wir sehen bereits jetzt, wie sich ein unheilvolles Bündnis zwischen BSW und CDU herausbildet.

Wir streben an, dass wir hier die stärkste Kraft werden, und zwar so stark, dass wir allein regieren können. Es würde uns genau dieses Dilemma ersparen, dass wir erstens mit der CDU, die an vielen Missständen im Land ursächlich schuld ist, irgendwie kooperieren müssten, oder zweitens mit einer Partei, die von einer ehemaligen Kommunistin geführt wird und deren Programm nicht klar festgelegt ist. Unser Ziel ist es, nicht nur 35 Prozent zu erreichen, sondern an die 40 Prozent heranzukommen. Das ist nicht völlig unrealistisch.

Es wäre für die CDU sicherlich ein gewisser Bruch mit ihrer Parteigeschichte...

Ob es für eine AfD-Alleinregierung reicht? Das ist ein Vabanque-Spiel. Gäbe es nicht die Möglichkeit einer konservativen Regierung ohne Altparteien, wenn man zum Beispiel an die Freien Wähler denkt, die ein Potenzial links von der AfD binden könnten, und an die Freien Sachsen, die ein Potenzial rechts von der AfD binden könnten? Wenn diese beiden Erfolg hätten, könnte die AfD mit ihnen eine Dreierkoalition wie in Italien bauen.

Unsere sächsische Verfassung sagt: Im Landtag sind nur die Parteien vertreten, die entweder zwei Direktmandate erringen oder die Fünf-Prozent-Hürde überwinden. Bei den Freien Sachsen kann man im Prinzip einen Haken machen; sie werden weder ein Direktmandat erringen noch auch nur annähernd die Fünf-Prozent-Hürde erreichen. Die Stimme, die dort verloren geht, wird am Ende nicht im Landtag repräsentiert sein. Auch bei den Freien Wählern habe ich Zweifel, ob sie die Fünf-Prozent-Hürde erreichen werden, da sie mit anderen Parteien konkurrieren. Wir haben auch noch die Werteunion und die FDP, aber sie alle werden es nicht schaffen. Diese Parteien nehmen sich gegenseitig die Stimmen weg, sodass man davon ausgehen muss, dass sie nicht in den Landtag kommen werden. Deshalb mein Appell an die Wähler: Riskieren Sie nicht, dass Ihre Stimme am Ende im Papierkorb landet.



Aus Ihrer Sicht völlig plausibel. Aber stimmen Sie meiner grundsätzlichen Analyse zu, dass es links von der AfD ein Potenzial gibt, das zum Beispiel von den Freien Wählern angesprochen werden könnte und das die AfD möglicherweise nicht erreicht, und dass umgekehrt auch rechts von der AfD ein Potenzial existiert, das die Freien Sachsen besser erreichen könnten als die AfD?

Das haben wir teilweise in den Kommunalparlamenten. Oftmals gibt es dort bereits Kooperationen, das ist überhaupt kein Thema. Wenn man in der Sache entscheidet, können sich Mehrheiten bilden, das ist ja auch richtig so. Jede Stimme ist dort gut aufgehoben. Aber wie gesagt, im Landtag werden diese Stimmen fehlen. Deshalb glaube ich nicht, dass es klug ist, diesen Parteien bei der Wahl Stimmen zu geben.

Gehen wir mal zurück zum Thema CDU und BSW. Die beiden wollen ja koalieren. Glauben Sie, dass in diesem Fall einige CDU-Abgeordnete sagen würden: Wir unterstützen diese Koalition nicht, spalten uns ab und bilden stattdessen eine Regierung mit der AfD?

Das ist ein interessantes Gedankenspiel. Ich kann das schwer beurteilen. Es wäre für die CDU sicherlich ein gewisser Bruch mit ihrer Parteigeschichte, wenn sie sich jetzt tatsächlich mit einer linken Partei einließe, die von einer ehemaligen Kommunistin geführt wird. Die CDU ist ja größer als die Landtagsfraktion, mit sehr vielen Mitgliedern, die eine andere Einstellung haben könnten. Das würde sicherlich zu Unruhen führen. Es würde an der CDU nicht spurlos vorbeigehen. Ich glaube auch mit Blick auf die Bundestagswahl würde das die CDU beeinflussen, wenn sie diesen Weg einschläge, denn das wäre dann tatsächlich die Verabschiedung vom Konservativsein. ■

Demonstration der AfD-Ostverbände am 28. Oktober 2023 in Erfurt. An der Spitze (v.l.n.r.) die Landeschefs Leif-Erik Holm (Mecklenburg-Vorpommern), Björn Höcke (Thüringen) und Jörg Urban (Sachsen). Foto: IMAGO/Funke Foto Services

... Jörg Urban (*1964) ist Landes- und Landtagsfraktions-Vorsitzender der AfD in Sachsen sowie Spitzenkandidat für die Wahl am 1. September. – Die vollständige Fassung des Gesprächs können Sie auf dem Youtube-Kanal von COMPACT-TV sehen.

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND



KOMM ZU DEN BESTEN! *Komm zu uns!* © Seite 15

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 174, Sonntag, 18. Mai 2024 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro; 1 (Bund) € 1,50 Euro mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an Sodenkamp & Lenz - IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange

EMA: ÜBER 20.000 TOTGESPRITZTE • ÜBER 600.000 SCHWERE NEBENWIRKUNGEN

DIE COVID INJEKTIONEN FÜHREN ZU TÖDLICHEN BLUTVERKLUMPUNGEN

In kürzester Zeit entwickelt, rasend schnell und massenhaft unter das Volk gebracht. Pünktlich zum Weihnachtsfest 2020 präsentierten uns Regierung und Pharmakonzerne ihre Messias-Attrappen: »Impfung«.

Allein der Stoff von AstraZeneca wurde über 60 Millionen Mal in der Europäischen Union verspritzt – und nun als erstes Corona-Präparat still und heimlich vom Markt genommen (Seite 3). Nachdem sich bereits Anfang 2021 die Meldungen von Nebenwirkungen bei sämtlichen »Impfstoffen« mehrten, wurde als »Beweis für die Funktionstüchtigkeit« der Arzneimittelsicherheit die »Verimpfung« von AstraZeneca in Deutschland im März 2021 ausgesetzt. Stattdessen gab es Biontech/Pfizer: Ursula von der Leyen hatte für jeden EU-Bürger zehn »Impfdosen« per SMS gekauft.

Von Regierungs- und Konzernseite versucht man nun, das gänzliche Auslaufen der Zulassung für AstraZeneca als normalen Vorgang darzustellen. Dies sei auf Betreiben des Konzerns erfolgt, heißt es, da sich eine weitere Zulassung finanziell nicht lohne. Zu wenig werde derzeit verspritzt.

Doch: Auf die Spritzenkonzerne rollt eine Klagewelle zu. Sie alle stehen im Zusammenhang mit einer massiven Häufung von Thrombosen, die zu Herz- oder Hirninfarkten führen. Andere gemeldete Nebenwirkungen sind u. a. Nervenschäden und Krebs. Bei der europäischen Arzneimittelagentur EMA wurden mit Stand vom 13. Mai 2024 ganze 28.930 Todesfälle im Zusammenhang mit den Coronaspritzen gemeldet, 666.833 schwerwiegende Nebenwirkungen, wovon 16.353 Kinder betreffen. Man geht von einer massiven Untererfassung der Fälle aus.

Fast jeder Mensch, wird er darauf angesprochen, kennt jemanden, der im Zusammenhang mit der sogenannten Impfung schwerwiegende Gesundheitsbeeinträchtigungen erlitt oder gar daran verstarb. Das Ausmaß der Auswirkungen dermaßen zu verschleiern, ist eine der düsteren Glanzleistungen der Gegenwart. Doch dank kontinuierlicher Aufklärungsarbeit (siehe Demokalender auf Seite 6) wird sich die Wahrheit durchsetzen. Es wird eng im Führerhauptquartier.



Seit vier Jahren wohnt diese Zeitung, seit vier Jahren demonstrieren Millionen von Menschen. Vor zwei Jahren wahrte die einzige Demokratiebewegung auf deutschen Straßen den bevorstehenden Injektionszwang ab. Nun bestätigen es sogar die Pharmakonzerne selbst: Die »Impfungen« sind schädlich bis tödlich. Wir hatten leider auf ganzer Linie Recht. Titelgestaltung: DW/Feuerstock/Lenz

5 OMAS FÜR KRIEG?
Juraprofessor Martin Schwab fordert »faktenbasierte Schlüsse«

6 DEMOS ÜBERALL
Vier Jahre neue deutsche Demokratiebewegung

7 CORONA-TRIBUNAL
Gellermann zum Querdenkergerichtshof ab 2. August 2024

12 REGIME-TERROR
Dr. Daniel Langhans zu Überfällen des Regimes auf Oppositionelle

NICHTOHNEUNS.DE

Schon jetzt ist sie eine der einflussreichsten Zeitungen in der deutschen Geschichte. Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand entstand ab März 2020 aus einem Flugblatt und wurde zur Wochenzeitung mit Vollredaktion und mittlerweile über 30 Millionen echt verbreiteten Exemplaren in bis Redaktionsschluss des Nancy-Magazins 180 Ausgaben. Auf dem Bild: Titelseite #DW174 vom 18. Mai 2024. An vielen Kiosken bestellbar und via DemokratischerWiderstand.de

Das Erwachen des Joshua Kimmich

von Sven Eggers

Dieser Fußball-Nationalspieler ist eine Ausnahmeerscheinung: Er sagt klar, was er denkt. Das war aber nicht immer so. Was ihn reifen ließ, hat ihn den Gleichgeschalteten verdächtig gemacht.

Das wird nichts mehr, befürchtet Fußball-Deutschland an diesem 5. Juli 2024. Die DFB-Auswahl liegt im Viertelfinalspiel der Europameisterschaft in Stuttgart mit 0:1 gegen Spanien im Hintertreffen, und es läuft bereits die letzte Spielminute. Ein Tor muss her! Unbedingt! Noch einmal segelt die Kugel in den spanischen Strafraum. Dort tummeln sich fast alle Spieler. Joshua Kimmich steht am Fünfmeteraum, zwei Spanier sind bei ihm. Der Deutsche, mit 1,77 cm Körpergröße nicht gerade ein Riese, schraubt sich athletisch in die Luft, gewinnt das Kopfballduell gegen beide Gegner und bringt damit den Ball zu Florian Wirtz, der per Dropkick zum Ausgleich trifft. Der Rest ist Jubel. Es war der deutsche Moment dieser EM, und Joshua Kimmich hat ihn mit Willens- und mit enormer Sprungkraft ermöglicht.

Der mittlerweile 29-Jährige ist heute ein gestandener Kerl mit Ecken und Kanten. Vor einigen Jahren noch war das anders: Da bereitete er, 1995 im württembergischen Rottweil geboren und aufgewachsen, der bundesdeutschen Journaille viel Freude. Folgsam betonte der recht blasse Schnurrbartträger bei öffentlichen Auftritten die Herrlichkeit von Vielfalt und Toleranz und sprach sich an der Seite

von Mitspieler und Politfigur Leon Goretzka tapfer gegen Rassismus aus. Der Mainstream ließ die beiden im Gegenzug ordentlich hochleben: Der Bayerische Sportpreis für «beispielgebendes Engagement» fiel ab, und auch vom Verein Deutscher Fußball-Botschafter gab es einen Orden. Die Verlogen- und Bösartigkeit dieser ganzen Blase sollte Joshua Kimmich noch kennenlernen.

Ein Ziel, ein Schwur

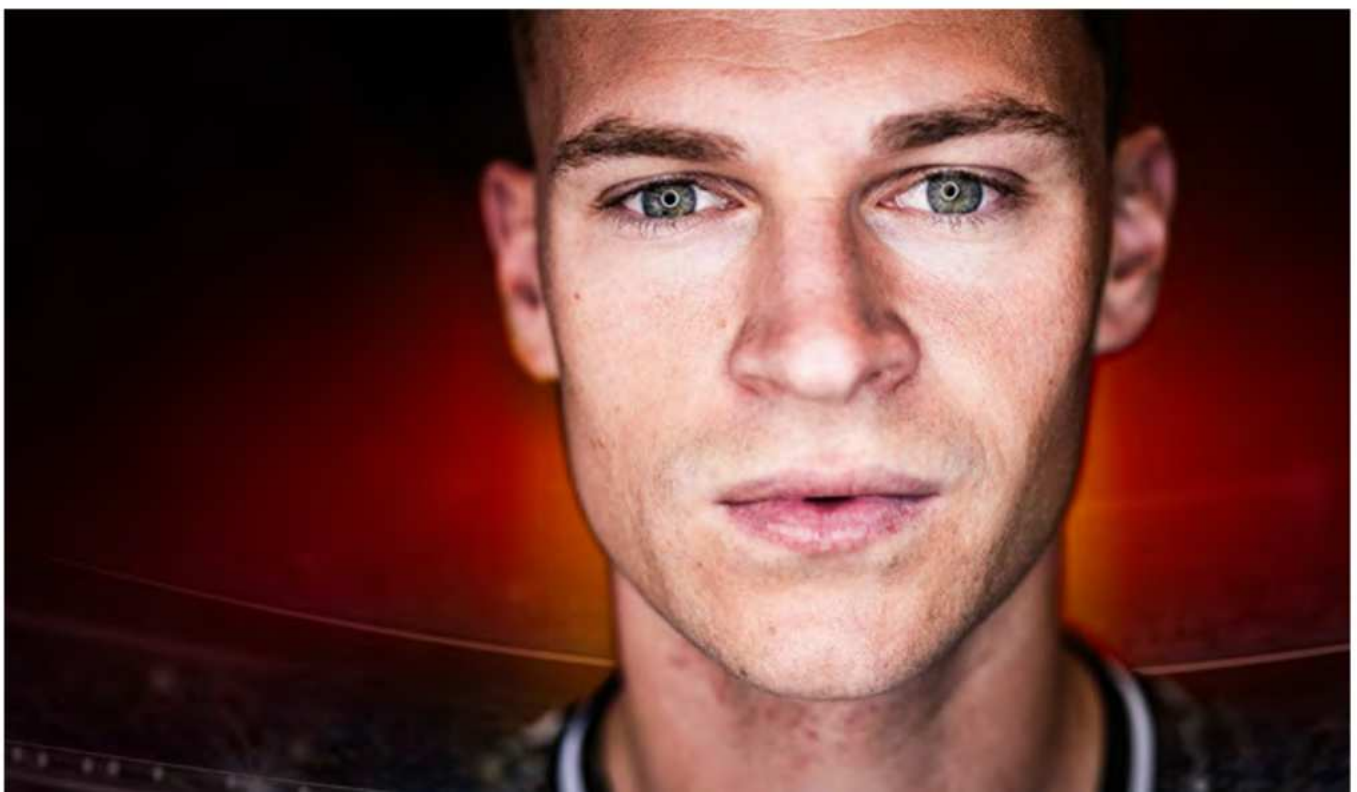
Heute klingt der beste deutsche Abwehrspieler so: Es gebe für ihn «nichts Größeres, als für Deutschland zu spielen». Er wolle mit seinen Sportkameraden für unser Land «Ruhm und Ehre ergattern». Bei diesen Tönen dürften seinem früheren Weggefährten Goretzka vor Schreck die Antifa-Sticker aus der Hand fallen. Der muss sein rotes Gift fortan in andere Richtungen verspritzen, Joshua geht nämlich jetzt eigene Wege. Seine vier kleinen Kinder dürften ihn ebenso geerdet haben wie die Sache mit der Corona-Impfung.

Es war im Herbst 2021, als inmitten der penetranten Spritzenpropaganda von Staatsmedien und Bundes-

«Wir wollen für unser Land Ruhm und Ehre ergattern!»

Joshua Kimmich

Ein guter Wahlspruch für den 29-jährigen Joshua: «Niemand soll gegen dich Stand halten all die Tage deines Lebens.» (Aus dem Buch Josua im Alten Testament)
Foto: Screenshot ZDF-Doku



Der Rausschmeißer tritt nach



Fernsehmoderator Johannes B. Kerner bekommt heute nur noch wenig Aufmerksamkeit. Unvergessen ist aber nach wie vor, wie er im Oktober 2007 die beliebte *Tagesschau*-Sprecherin Eva Herman wegen Abwechslertums aus seiner damaligen Sendung schmiss. Während der Kimmich-Impfdebatte 2021 hatte Kerner versucht, durch verbale Tritte gegen den Fußballstar wieder ins Gespräch zu kommen. Bei *Maybrit Illner* im ZDF sah man ihn Ende Oktober 2021 daher in seiner alten Rolle als verbissener Moralapostel: «Kimmich hat sich in der Argumentation mit den Langzeitfolgen einfach vergaloppiert», befand er. Und: «Das Bedauerliche ist, dass er dem kleinen, aber ziemlich umtriebigen querdenkenden Teil der Bevölkerung argumentativ Vorschub leistet.» Als der Beifall nicht wirklich aufbränden wollte, legte er noch nach: «Die Mannschaftsärzte des FC Bayern München sollten sich den Kimmich morgen früh schnappen und noch mal ganz intensiv mit ihm darüber reden.» Verhaltener Applaus.

Verbale Tiefschläge: Johannes B. Kerner. Foto: Superbass, CC BY-SA 4.0, Wikimedia Commons

regierung der vorher so brave Kimmich plötzlich aufmuckte. Er lasse sich nicht impfen, denn er wisse viel zu wenig über mögliche Nebenwirkungen und Langzeitfolgen. Die Lauterbachs und Drostens dieser Republik waren pikiert, Staatsmedien wetzten ihre Messer in der kompromisslosen Bereitschaft, den Abweichler gesellschaftlich zu vernichten. Da war ein Promi, der den in die Enge getriebenen Demokraten eine Stimme und ihnen Hoffnung gab. Das durfte natürlich nicht sein.

Pharma- und Polit-Bosse hielten mit aller Macht dagegen. Der Druck auf den Sohn betont bodenständiger Eltern nahm brutale Züge an. Sein Fall war wiederholtes Thema in den Hauptnachrichtensendungen von ARD und ZDF, alle Medien und auch die Bundesregierung selbst schalteten sich ein. Regierungssprecher Steffen Seibert empfahl dem Delinquenten vielsagend, quasi als letzte Chance, die verfügbaren Informationen über die zugelassenen Impfstoffe «noch einmal auf sich wirken» zu lassen, und der *Spiegel* sah Kimmich «aus der Vorbildrolle gefallen». Mehrere prominente Stimmen forderten seinen Rauswurf aus Verein und Mannschaft. Das Sportmagazin *Kicker*, bereits unter dem Nationalsozialismus voll und ganz auf Linie, zettelte unter Bundesligaspielern eine Umfrage nach dem «Absteiger des Jahres» an. Kimmich erhielt 234 Stimmen und lag damit, wie einkalkuliert uneinholbar weit vorne.

Unvergessen bleibt darüber hinaus ein Live-Interview aus dem Oktober 2021, direkt nach einem Bundesligaspiel München gegen Hoffenheim. Ein erschöpfter Bayernspieler wurde von Sky-Reporter Patrick Wasserziehr zur Impffrage ins Verhör genommen, und zwar auf eine Art und Weise, die schon

beim Zuschauen schmerzhaft Fremdscham auslöste. Wie in dieser Zeit die Meinungsfreiheit und auch das Recht auf körperliche Unversehrtheit nicht nur ausgehebelt, sondern schier mit Füßen getreten wurden, muss aufgearbeitet werden, und dabei ist Moderator Wasserziehr bitte nicht zu vergessen.

Haltung? Bloß nicht wirklich!

Diese Unerträglichkeiten spielen auch in einer kürzlich im ZDF zur nächtlichen Zeit ausgestrahlten Dokumentation über den «Anführer und Antreiber» eine Rolle. Mehrere Jahre lang hatte sich Kimmich von einer Kamera begleiten lassen. Entstanden ist ein nettes Lebensbild mit ihm und seiner reizenden Ehefrau im Mittelpunkt. Als der Fußballer im Rahmen dieser Reportage auf die Coronazeit zu sprechen kam, musste er das Interview unterbrechen, weil ihm die Stimme stockte. Sichtlich bewegt, berichtet er dann, wie er ins Visier meinungsmachender Akteure geraten war.

Da war ein Promi, der Demokraten Stimme und Hoffnung gab.

Kimmich: «Klar ist, dass ich all das, was geschrieben, was gesprochen, was gesagt wurde, so nicht stehen lassen kann und auch nicht stehen lassen möchte. Da sind viele Dinge passiert, die so nicht richtig sind und die angesprochen werden müssen.» Er nennt erschreckende Beispiele: «Dass die Presse bei meinen Eltern klingelt, dass sie so weit gehen, dass sie selbst zur Beerdigung meines Opas erschei-



25. Oktober 2021: Kimmich begründet sein Nein zur Corona-Impfung im skandalösen «Sky»-Verhör. Foto: Screenshot Youtube

nen, das hat jegliche Grenzen überschritten. Und das sind Dinge, die einen total nachdenklich machen.» Nachdenkliche Zeitgenossen aber kann das herrschende BRD-System am allerwenigsten gebrauchen und dulden. Insofern werden die Zeiten für den jungen Familienvater auch in Zukunft gewiss nicht einfacher. Nur die Klappe zu halten würde ihm helfen. Doch kann er das? Kimmich wird von seinem Umfeld als jemand geschildert, der mit einem außergewöhnlichen Rechtsempfinden und reichlich Leidenschaft ausgestattet ist.

Der enthemmte Fanatismus der geifernden Regierungsmeute und ihrer Helfershelfer wird auch deutlich, führt man sich vor Augen, dass der junge Mann damals keineswegs als hartnäckiger Impfverweigerer aufgetreten ist, sondern lediglich in der Öffentlichkeit seine Verunsicherung zum Ausdruck gebracht hatte. Als Leistungssportler sei er bei jeder Spritze skeptisch. Er vertraue seinem Körper, «so wie er ist». Das reichte bereits aus, um die willigen Vollstrecker der Corona-Propaganda zum Äußersten zu treiben. An seinem Fall ist gut abzulesen, wie es in unserem Vielfaltsstaat um jene bestellt ist, die auch nur einen Millimeter vor der vorgegebenen Regierungslinie abweichen. «Haltung» wird immer dann gefeiert, wenn inhaltsleere Phrasen, im Idealfall gegen Oppositionelle, nachgeplappert werden.

Schäbige Rolle seines Vereins

Wie früher eben auch, waren die Sportvereine spätestens 2021 allesamt auf Regierungslinie gleichgeschaltet. Notiz für Schüler, die aus dem NS-Geschichtsunterricht irritiert herauskommen: Dies geschah fast durchgehend freiwillig. Oft trieb vorseilender Gehorsam zu absurden Übererfüllungen des Solls – damals wie heute. Das gilt auch für die angebliche Bayern-Familie, der eine besondere Solidarität untereinander nachgesagt wird. Doch Pustekuchen! Der Verein nahm seine Impfunwilligen, zu denen zunächst übrigens auch die junge EM-Entdeckung Jamal Musiala zählte, hart an die Kandare.

In der gut 90-minütigen ZDF-Dokumentation packt Kimmich aus: «Es war für mich nahezu unmöglich, ohne Impfung weiter Fußball zu spielen. Ich war mehrere Wochen als Kontaktperson – und ohne Corona gehabt zu haben – in Quarantäne. Es war dann auch noch so, dass Bayern mir in dieser Quarantänezeit das Gehalt nicht mehr ausbezahlt hat. Da stellt man sich dann schon die Frage: Was machst du jetzt? Lässt du dich impfen und kannst dann wieder Fußball spielen, oder bleiben die Bedenken, und du sitzt dann wochen- oder monatelang zu Hause? Am Ende des Tages habe ich mich dann impfen lassen.» Ob diese Aussage vollumfänglich zutrifft oder ob der Ehrgeizige andere Wege gefunden hatte, um als geimpft zu gelten, das geht niemanden etwas



an. Er betont ausdrücklich, von seinem Verein enttäuscht zu sein. Weil ja die Dokumentation sicher nicht gegen seinen Willen ausgestrahlt worden ist, kann man davon ausgehen, dass er den FC Bayern schon bald verlassen wird.

Heckenschützen gegen Kimmich: Bayern-Funktionäre Oliver Kahn, Hasan Salihamidzic, Herbert Heiner (v.r.n.l.) auf der Tribüne der Allianz-Arena. Foto: picture alliance / Eibner-Pressefoto

Beinahe ein Jahrzehnt hat Kimmich nunmehr die Knochen für den Klub von der Säbener Straße in der bayerischen Landeshauptstadt hingehalten. Als Zwanzigjähriger war er auf ausdrücklichen Wunsch des katalanischen Erfolgstrainers Pep Guardiola verpflichtet worden, obwohl er damals noch Zweitligakicker bei RB Leipzig war. Zuvor hatte der talentierte Junge mit dem 1,7-Abitur vor allen Dingen in Jugendmannschaften des VfB Stuttgart Erfolge gefeiert, übrigens gemeinsam mit bekannten Gesichtern, darunter Bayern-Spieler Serge Gnabry.

Kimmich hat der Corona-Diktatur Grenzen aufgezeigt. Das war wichtig. Er hat in einer Zeit Mut bewiesen, als tatsächlich Mut gefordert war; den gab es nicht gratis – er hat dafür teuer bezahlt. Seine Erfolge aber kann ihm keiner nehmen. Mittlerweile hat er 91 Länderspiele absolviert, ist Champions-League-Sieger, UEFA-Cup-Gewinner, achtfacher Meister und dreifacher Pokalsieger. Als mehrfacher Vater (Geburtsdaten der Kinder: 2019, 2020, 2022, 2024) zählt er in dieser Republik ja schon zu den Verdächtigen. Und in der Kabine der Nationalmannschaft war er es, der seine Kameraden nach dem Ausscheiden gegen Spanien tröstete und ihnen Mut für kommende Aufgaben zusprach: «Ich sehe es auch als unsere Aufgabe an, den Menschen in Deutschland etwas zu geben, auf das sie stolz sein können.» ■

**Kimmich hat
der Corona-
Diktatur Grenzen
aufgezeigt.**



Die mit dem Wolf tanzen

_ von Michael Brück

Sportbegeisterung und Nationalstolz gingen früher Hand in Hand. Bei der Fußball-EM wollte das Regime dies streng untersagen. Doch bei den türkischen Fans stieß das auf erfreuliche Gegenwehr.

Merih Demiral mit dem verpönten Siegeszeichen nach dem schnellsten EM-Tor in der Geschichte, am 2. Juli 2024 im Spiel gegen Österreich. Foto: picture alliance / AP

Es war der Höhepunkt eines guten Turniers, das die türkische Fußball-Nationalmannschaft bei der Europameisterschaft 2024 in Deutschland absolvierte: Beim Spiel gegen Österreich traf Merih Demiral nach nur 57 Sekunden zum 1:0, legte damit den Grundstein für den späteren Sieg und das Erreichen des Achtelfinales. Doch statt sich über den neu aufgestellten Rekord (der schnellste jemals erzielte Treffer bei einem K. o.-Spiel in der EM-Geschichte) zu freuen, wurde das Tor plötzlich zur Nebensache. Bei seinem Jubel hatte Demiral nämlich die Finger beider Hände zum sogenannten Wolfsgruß geformt, einem Symbol des türkischen Patriotismus.

Die Selbstgerechten

Schnell baute sich der übliche mediale Shitstorm auf. «Seine Botschaft ist rechtsextrem, steht für Terror, Faschismus», schrieb der Grünen-Politiker Cem Özdemir auf X (ehemals Twitter) über den Wolfsgruß. Ganz vorne an der Front gegen Demiral reihte sich natürlich Bundesinnenministerin Nancy Faeser ein. Üblicherweise sehr wortkarg, wenn es um die

Verurteilung von Ausländergewalt in unserem Land geht, konnte sich die SPD-Politikerin jedoch eine solche Vorlage nicht entgehen lassen. «Die Symbole türkischer Rechtsextremisten haben in unseren Stadien nichts zu suchen», kommentierte sie und teilte gleich mit, welche Konsequenzen zu ziehen seien: «Wir erwarten, dass die UEFA den Fall untersucht und Sanktionen prüft.» Auf die Erfüllung ihrer Erwartungen, die eher als Anweisung kommuniziert wurden, musste die SPD-Politikerin nicht lange warten. Die UEFA verkündete für Demiral eine Sperre von zwei Spielen. Er habe mit seinem Torjubel «die grundlegenden Regeln des guten Benehmens verletzt» sowie «Sportereignisse für Kundgebungen nicht-sportlicher Art genutzt und den Fußballsport in Verruf gebracht».

Welche Doppelmoral die UEFA bei dieser Attacke auf «Kundgebungen nicht-sportlicher Art» an den Tag legt, zeigt sich an der politischen Agenda, die der Fußballverband selbst verfolgt. Genderneutrale Toiletten, übersteigerte Angebote an veganer Ernährung in den Stadien, das verpflichtende Bekenntnis der Mitarbeiter zu «Vielfalt und Integration» – selten war ein Sportevent so überpolitisiert wie diese Europameisterschaft. Bereits bei der Vorauswahl wurden entsprechende Entscheidungen getroffen, etwa der Turnierausschluss Russlands. Einen Spieler des-

«Der Wolf ist ein Symbol der türkischen Staaten seit über tausend Jahren.»

Ugur Meleke

halb abzustrafen, weil er eine patriotische Geste präsentiert hat, ist zwar aus dieser Perspektive heraus konsequent – schließlich wollen die woken Globalisten jedes gesunde Heimatbewusstsein diffamieren –, objektiv betrachtet ist es aber natürlich absurd und selbstentlarvend zugleich.

Die türkischen Reaktionen auf die Sperre ihres Spielers fielen deshalb entsprechend aus. Der deutsche Botschafter in Ankara wurde von der Regierung einbestellt. Der Außenminister erklärte, dass die Diffamierung des Wolfsgrußes «inakzeptabel» sei, es handele sich lediglich um ein «historisches und kulturelles Symbol». Um die Bedeutung der Angelegenheit zu untermauern, sagte Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan sogar eine geplante Reise nach Aserbaidschan kurzfristig ab und entschied sich stattdessen dafür, demonstrativ das Viertelfinalspiel der türkischen Mannschaft gegen die Niederlande in Berlin zu besuchen.

Obwohl der Wolfsgruß nicht verboten ist, löste die Polizei den Fanmarsch auf.

Mit dieser Positionierung stand Erdogan in seinem Land nicht allein, ganz im Gegenteil. Der Sportjournalist Ugur Meleke von der konservativen Tageszeitung *Hürriyet*, der seit vielen Jahren große Fußballturniere begleitet, sieht keinen Bezug der skandalisierten Geste zum Rechtsextremismus: «Der Wolf als Symbol der türkischen Staaten seit über tausend Jahren (...) ist ein Symbol der türkischen Identität» und sei etwa mit dem gallischen Hahn in Frankreich vergleichbar. Und bei dessen Verwendung käme schließlich auch niemand auf die Idee, Spieler zu sperren oder eine öffentliche Empörungsdiskussion loszutreten.

Die Sagen der Ahnen

Über den Ursprung des skandalisierten Grußes gibt es verschiedene Theorien. Einem Mythos folgend, wurden die von Feinden bedrängten Vorfahren des türkischen Volkes aus ihrem Zufluchtsort im Tal Ergenekon durch die Hilfe von Meister Isegrim gerettet. Eine andere, die Asena-Legende, beruht auf der Rettung des Stammvaters der Kök-Türken durch die Wölfin Asena. Politisch aufgeladen ist die uralte Wolfssage jedoch deswegen, weil das entsprechende Symbol in der Türkei nicht nur weit verbreitet ist, vergleichbar etwa mit dem Adler in Deutschland, sondern auch von der patriotischen Ülkücü-Bewegung (in Deutschland besser bekannt als Graue Wölfe oder Bozkurtlar) verwendet wird. Zu

deren Ziel gehört die Vereinigung aller Turkvölker in den Grenzen des ehemaligen Osmanischen Reiches. Parlamentarischer Arm der Bewegung ist die Partei Milliyetçi Hareket Partisi (MHP), Koalitionspartner von Erdogans AKP (siehe Infobox).

Auch in Deutschland genießt die Bewegung große Unterstützung, viele der hier lebenden Türken fühlen sich ihr zugehörig. Dass ihr Symbol plötzlich kriminalisiert werden soll, stößt weit über das Unterstützerumfeld hinaus auf Empörung. Das Vorgehen von BRD-Regierung und UEFA wird als Angriff auf das eigene Nationalgefühl empfunden, weshalb die Reaktionen beim Viertelfinalspiel gegen die Niederlande entsprechend trotzig ausfielen – zigtausendfach zeigten Zuschauer den Gruß im Stadion, auch beim Fanmarsch zum Spiel war er allgegenwärtig. Dann der größte Skandal: Obwohl die Geste in Deutschland – anders als etwa die ausgestreckte rechte Hand – nicht verboten ist, stoppte die Polizei den Fanmarsch und teilte öffentlich mit, in Berlin sei «kein Platz für politische Botschaften». Nachdem sich die Fans davon nicht abhalten ließen, wurde der Umzug sogar polizeilich aufgelöst. Ein offener Rechtsbruch, der einmal mehr unterstreicht, wie die Exekutive auf Zuruf reinschlägt – selbst, wenn es dafür überhaupt keine juristische Grundlage gibt.

Bemerkenswert auch der doppelte Standard im Vergleich zum Kuscheln mit offenem Islamismus: Die Kundgebungen in Hamburg und im Ruhrgebiet, die ein deutsches Kalifat forderten, wurden vom BRD-



Das Emblem der Grauen Wölfe.
Foto: CCO, Wikimedia Commons

Stolz auf ihre Mannschaft und ihr Vaterland: Marsch der türkischen Fans zum EM-Spiel gegen Portugal am 22. Juni in Dortmund. Foto: picture alliance / Matthias Koch



Die Programmatik der MHP

Im Mai 2006 beschrieb der Parteivorsitzende Devlet Bahçeli das Weltbild der Partei wie folgt:

«Es sind Machtzentren am Werk, die die Türkei einerseits von außen umzingeln, andererseits von innen in die Krise führen und ideell zerstören wollen. Die Angriffe auf den nationalen und unteilbaren Charakter der Republik Türkei nehmen tagtäglich zu. Man will die Institutionen, die unsere nationale Identität ausmachen, einzeln zerstören. Es werden immer mehr Ansichten verbreitet, die neben unserer Existenz als Nation und den materiellen Elementen unserer Einheit auch unsere ideellen Werte, unseren Glauben, unsere Sprache, Geschichte, Kultur und Kunst angreifen. Leider stecken hinter der Zunahme dieser aggressiven Haltungen Leute, die mit künstlichen und separatistischen Begriffen wie "türkeistämmig", "verfassungsrechtliche Staatsbürgerschaft" und "ein Mosaik bilden" die nationale Einheit und Integrität leugnen und ethnische Einteilungen und Beimengungen vornehmen. So will man die Türkei außenpolitisch auf das Niveau eines bloßen Satellitenstaates ohne eigenen Weg, eigene Gedanken und Interessen bringen (...).»

Regime toleriert – der keineswegs islamistische Patriotenmarsch der türkischen Fans nicht. Aber selbst bei der Bewertung von rein politischem Nationalismus gibt es bekanntlich Unterschiede: In der Regel ist er für Multikulti-Fans Teufelswerk. Eine Ausnahme wird jedoch gemacht, wenn der jeweilige Nationalismus Teil der westlichen Kriegsfront gegen sogenannte Schurkenstaaten ist, etwa im Falle Israels (gegen den Iran), Albaniens (gegen Serbien) und vor allem der Ukraine (gegen Russland). Den von den Nazi-Kollaborateuren um Stepan Bandera in den 1930er Jahren populär gemachte Kampfruf «Slava Ukraini» (Ehre/Heil der Ukraine) hat Bundeskanzler Olaf Scholz sogar selbst in den Mund genommen, als Präsident Wolodimir Selenski Mitte Juni 2024 im Bundestag sprach.

Kein Patriotismus ist illegal.

Einer der Gründe, weshalb das Establishment nach Demirals Torjubel in Panik verfiel, ist wohl auch das Erkennen des Scheiterns der eigenen Multikulti-Utopie. Viele der türkischen EM-Besucher kamen nicht vom Bosphorus, sondern leben in Deutschland, ihre Familien oft schon seit einem halben Jahrhundert. Sie sind zwar gesellschaftlich deutlich besser integriert als die Einwanderer des letzten Jahrzehntes und häufig als erfolgreiche Unternehmer ein wichtiger Teil unserer Volkswirtschaft, aber sie fühlen sich eben nach wie vor als Türken und sind entsprechend stolz auf ihre Herkunft. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit innehaben oder nicht: Der langjährige BRD-Nationalspieler Mesut Özil, einst von etablierten Politikern als Musterbeispiel gelungener Integration gefeiert, posierte nach dem vermeintlichen Skandal sogar demonstra-

tiv neben Erdogan, und schon früher hatte er in sozialen Netzwerken ebenfalls den Wolf gezeigt. Trotz BRD-Pass lässt er keinen Zweifel daran, welchem Land seine Loyalität gehört.

Mit der Nazi-Keule

Das Establishment, vom Selbsthass auf das Eigene zerfressen, kann sich nicht damit abfinden, dass ein Mensch stolz auf sein Heimatland ist und die papierene BRD-Staatsbürgerschaft diesbezüglich gar nichts ändert. Die Angst, dass wir Deutsche uns daran irgendwann ein Vorbild nehmen und zu einem ähnlichen Selbstbewusstsein zurückfinden, ist in den Köpfen von Faeser und Co. allgegenwärtig. Reflexartig wird auf die Rechtsextremismus-Keule zurückgegriffen, um den Türken ihren positiven Nationalbezug abzusprechen. Sie können (und sollen), so die Denkart der Regierenden, gerne Teil der Multikulti-BRD sein und zu einer wurzellosen, leicht steuerbaren Masse verschmelzen. Aber wehe, wenn an der eigenen Identität und Tradition festgehalten wird – das passt nicht ins politische Drehbuch.

Wir sollten uns deshalb in der aktuellen Debatte davor hüten, türkische Patrioten wegen des Zeigens ihrer Symbole zu verurteilen. Natürlich ist die Zahl der osmanischen Einwanderer in Deutschland insgesamt zu hoch und hat viele Probleme mit sich gebracht (wenngleich die Zahl der Türken in Deutschland zuletzt sogar stagnierte und die Gefahren mittlerweile in viel größerem Maß von Syrern und Afghanen ausgehen). Unabhängig von der notwendigen Begrenzung der Zuwanderung gilt jedoch: Ein positiver Heimatbezug ist die normalste Sache der Welt. Kein Patriotismus ist illegal. Jede Regenbogenfahne im Stadion ist schädlicher für unser Land als tausend Wolfsgrüße. ■

Der langjährige Spieler der DFB-Auswahl Mesut Özil – hier 2023, rechts neben Fitness-Trainer Alper Aksac – hat den Wolf sogar auf seine Brust tätowiert. Foto: Instagram/alperaksac7

Michael Brück (34) ist als Rechtsanwaltsfachangestellter in der Kanzlei Martin Kohlmann (Chemnitz) tätig. Außerdem ist er einer der bekanntesten Köpfe der Freien Sachsen. Er schrieb in COMPACT 2/2024 über Ministerpräsident Michael Kretschmers Opportunismus.



Dem Virus die Daumen drücken

Mit der versuchten Auslöschung des Compact-Magazins geht es der herrschenden Kaste vor allem und die Vertuschung von Kriegstreiberei und Todesspritzen, so die Meinung vieler.



Seit Frühjahr wird die Vogelgrippe als neuer Pandemie-Kandidat gehandelt. Jetzt kommen altbekannte Wirrologen und Pharmariesen wieder aus ihren Löchern. Werden die Bürger erneut in Geiselhaut genommen?

Das Compact-Verbot ist juristisch haltlos (Teil I)

Kolumne Rechtsstaat (Übernahme aus der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand #DW181 vom 3. August 2024)

von Prof. Dr. jur. Martin Schwab

Das Verbot des Magazins Compact lässt sich in einer einzelnen Kolumne nicht sinnvoll abhandeln. Deswegen setze ich mich mit diesem Verbot in einer DW-Kolumnen-Serie auseinander. Heute behandle ich die verfassungsrechtlichen Grundlagen und die Frage, ob das Verbot auf das Streben nach einem »Regime-/Systemsturz« gestützt werden kann.

Die Compact Magazin GmbH wird nach Paragraph 17 Nummer 1 im Gesetz zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (VereinsG) deshalb dem Anwendungsbereich des Vereinsgesetzes unterstellt, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richte. Aufgegriffen wird dabei der Verbotstatbestand des Artikel 9 Absatz 2, Satz 2, Alternative (Alt.), Grundgesetz.

Das Verbot ist, so das Bundesverfassungsgericht (Beschluss vom 13. Juli 2018 – I BvR 1474/12, I BvR 670/13, I BvR 57/14, BVerfGE 149, 160) »nicht bereits zu rechtfertigen, wenn sie sich kritisch oder ableh-

nend gegen diese Grundsätze wendet oder für eine andere Ordnung eintritt. Art. 9 Abs. 2 GG ist – auch unter Beachtung von Art. 5 sowie Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG – kein Weltanschauungs- oder Gesinnungsverbot und zielt weder auf innere Haltungen noch auf bestimmte politische Überzeugungen«. Nicht einmal die Verbreitung verfassungsfeindlicher Inhalte genügt danach für ein Verbot; denn das Grundgesetz vertraue darauf, dass derartige Inhalte sich im freien Diskurs nicht werden durchsetzen können. »Daher ist zur Rechtfertigung eines Vereinungsverbotes entscheidend, ob die Vereinigung als solche nach außen eine kämpferisch-aggressive Haltung gegenüber den elementaren Grundsätzen der Verfassung einnimmt« (beide Zitate ebenda Rn. 108).

ABLÖSBARKEIT DER REGIERUNG

In der Verbotsverfügung wird gerügt, in Beiträgen des Compact-Magazins werde zum Sturz der Regierung beziehungsweise des »Regimes« aufgerufen. Indes: Zu den elementaren Grundsätzen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gehört die Ablösbarkeit der Regierung. Diese kann bei Gelegenheit einer regulären Parlamentswahl geschehen, aber auch während einer laufenden Legislaturperiode – nämlich durch eine gescheiterte Vertrauensfrage, durch ein konstruktives Misstrauensvotum oder einfach dadurch, dass die

*4. Mai 2023, Seuchenübung in Glarus/Schweiz: Ein – nicht infiziertes – Huhn wird aus einem Stall genommen und später getötet.
Foto: picture alliance/KEystone*

Drostens
Horror-Show
besteht nur aus
Wiedergekäutem.



Die Virologin Wendy Puryear forscht am tiermedizinischen Institut der Tufts University am Vogelgrippen-Erreger H5N1. Foto: David L. Ryan / Boston Globe

Falls die Vogelgrippe sich als Flop erweisen sollte: Keine Sorge, die Pharmaindustrie hat noch ein weiteres Ass im Ärmel. Die Tageszeitung *Express* meldete am 8. Juli 2024: «Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) schlägt Alarm. Eine neue Mutation der Affenpocken ist im Umlauf – und die ist noch schneller übertragbar als vorherige Varianten.» (...)

amtierende Regierung zurücktritt.

Wenn die Bundesinnenministerin unterstellt, dass in Compact-Veröffentlichungen andere, nicht im Grundgesetz vorgesehene Mechanismen der Ablösung der Regierung gemeint sein sollen, müsste sie dies belegen. Solche Belege finden sich insbesondere nicht auf Seiten 60 folgende der Verbotsverfügung. Dort wird beanstandet, dass demokratisch gewählte Politiker als personifizierte Feindbilder dargestellt würden, und folgert daraus, dass das demokratische System delegitimiert werde. Schon die Prämisse stimmt nicht: Gewiss werden auf den Abbildungen S. 61 und 62 Politiker abgebildet und in einen negativen Kontext gestellt. Dies geschieht aber immer im Zusammenhang mit Sachthemen, die erkennen lassen, warum jene Politiker negativ konnotiert werden – nämlich deshalb, weil die Compact-Verantwortlichen auf bestimmten Politikfeldern mit dem Reden und Handeln der jeweils abgebildeten Personen in der Sache nicht einverstanden sind. Aber selbst wenn es sich um personifizierte Feindbilder handeln würde, ließe sich daraus keine aggressiv-kämpferische Haltung gegen die Mechanismen demokratischer Willensbildung ablesen. Polemische Angriffe gegen den politischen Gegner *ad personam* sind zwar nicht schön,

Finnland hat bereits 640.000 Dosen Impfstoff erhalten.

gehören aber seit jeher zum Standardrepertoire des demokratischen Meinungskampfes.

Soweit es in Compact-Veröffentlichungen um »Systemsturz« geht, müsste näher beleuchtet werden, welches »System« gemeint ist. Sollte die Beseitigung der im Grundgesetz vorgesehenen Institutionen propagiert werden, wäre in der Tat die Schwelle zu einer kämpferisch-aggressiven Haltung gegen elementare Grundsät-

ze der Verfassung überschritten. Mit »System« könnte aber auch gemeint sein, dass die Compact-Akteure die Verfestigung tatsächlicher Machtstrukturen befürchten beziehungsweise festgestellt zu haben glauben, die ihrerseits der freiheitlich-demokratischen Grundordnung widersprechen und in der Rechtswirklichkeit zu einer Schiefelage in der Ausbalancierung staatlicher und gesellschaftlicher Macht führen. Wenn »Systemsturz« in dem Sinne gemeint sein sollte, dass diese (tatsächliche oder vermeintliche) Schiefelage korrigiert werden soll, wäre ein Vereinigungsverbot nicht begründbar.

Für die Annahme, dass die Compact-Akteure mit »Systemsturz« die zuletzt genannte Variante gemeint haben könnten, sprechen die folgenden Umstände: In der Verbotsverfügung mehrfach der Begriff »Finanzeliten« identifiziert. Ferner werden zahlreiche Compact-Fundstellen identifiziert, in denen die politische Einflussnahme der »Hochfinanz« beklagt wird. Dies deutet darauf hin, dass es den Compact-Akteuren darum gegangen sein könnte, einer Allianz von Macht und Geld entgegenzutreten, die sie identifiziert zu haben glauben. Ich sehe in der Verbotsverfügung noch nicht einmal den Ansatz eines Versuchs, den Begriff »Systemsturz« in der vorstehend angemahnten differenzierten Weise auszudeuten. (Diese Kolumnenserie von Prof. Dr. jur. Martin Schwab wird in mindestens vier weiteren Ausgaben der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* fortgesetzt.)

//

Sogar im Regime-Funk RRB hieß es am 17. Juli 2024 (RBB Inforadio): »Bundesinnenministerin Faeser hat das Compact-Magazin verboten – mit dem Hinweis, es verstoße mit seinen Inhalten gegen die Verfassung. Staatsrechtler befürchten derweil, das Verbot könnte vor Gerichten keinen Bestand haben.

Nach dem Verbot des rechtsextremen »Compact«-Magazins bezweifeln Juristen, ob die Entscheidung verfassungskonform ist. Benjamin Lück, Rechtsanwalt der Gesellschaft für Freiheitsrechte, sagte der Katholischen Nachrichten-Agentur am Mittwoch, es sei »ein totaler Blick ins Ungewisse, wie die Gerichte entscheiden«.

Er gehe fest davon aus, dass die Betreiber rund um den Herausgeber Jürgen Elsässer sich juristisch gegen das Verbot zur Wehr setzten. Auch wenn die Inhalte des Compact-Magazins Lück zufolge »unerträglich, hetzerisch und dumm« seien, fielen sie zu einem Großteil unter den Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit.

Lück: Medien genießen besonderen Schutz

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte am Dienstag zwei Unternehmen verboten, die hinter dem Magazin stehen, die Compact-Magazin GmbH und die Conspect Film GmbH. Faeser nutzte für das Verbot das Vereinsgesetz, nachdem der Staat Vereine und auch Unternehmen verbieten darf, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten.

Jurist Lück sagte dazu, das Vereinsrecht passe nicht zu hundert Prozent auf Presseunternehmen: »Medien genießen einen besonderen grundrechtlichen Schutz. In den Verbotsgrundlagen im Vereinsgesetz findet sich keine Regelung, die sagt, dass ein Verein, der Presse-

erzeugnisse herausgibt, nur unter besonders hohen Voraussetzungen verboten werden darf. <

Auch Journalistenverband hinterfragt Verbot

Ähnlich wie Lück äußerte sich der Oldenburger Staatsrechtler Volker Boehme-Neßler. »Das Grundgesetz räumt der freien Meinungsäußerung und damit

«Ich glaube, es ist im Moment ganz gut in der Kontrolle.»

Karl Lauterbach

der Pressefreiheit einen überragenden Stellenwert ein«, sagte Boehme-Neßler der Oldenburger Nordwest-Zeitung. Die Meinung, Feinde der Pressefreiheit hätten keinen Anspruch auf Pressefreiheit, sei nicht vereinbar mit der Verfassung.

»Freie geistige Auseinandersetzungen sind die wirksamste Waffe gegen totalitäre Ideologien«, sagte der Jurist. Er gehe davon aus, dass das Verbot bei einer Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht keinen Bestand hätte. »Das Gericht hat immer wieder festgestellt: Ohne Pressefreiheit gibt es keine Demokratie.«

Auch der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) hatte sich differenziert zum Verbot geäußert. Mika Beuster, Bundesvorsitzender des DJV, ging im Gespräch mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland zwar davon aus, dass das Bundesinnenministerium sauber gearbeitet habe, und sieht bei Compact die Schwelle zum

Extremismus überschritten. Pressesprecher Hendrik Zörner weist in einem Beitrag auf der DJV-Webseite aber darauf hin, dass es für ein Verbot mehr brauche als die Ausführungen in der Pressemitteilung des Innenministeriums.«

DW-Chefredakteur Anselm Lenz stellte sich – trotz inhaltlicher Unterscheidbarkeit vom Compact-Magazin – seinem Branchenkollegen Jürgen Elsässer und der Redaktion zur Seite. In einer EM-Sondersendung der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand mit Sportweltmeister Thomas Berthold ging er darauf ein (u.a. YouTube Demokratischer Widerstand) und zitierte ein Bundesverfassungsgerichtsurteil aus dem Jahr 2018: »Die mögliche Konfrontation mit beunruhigenden Meinungen, auch wenn sie in ihrer gedanklichen Konsequenz gefährlich und selbst wenn sie auf eine prinzipielle Umwälzung der geltenden Ordnung gerichtet sind, gehört zum freiheitlichen Staat. Eine Verharmlosung des Nationalsozialismus als Ideologie oder eine anstößige Geschichtsinterpretation dieser Zeit allein begründen eine Strafbarkeit nicht.«



Anselm Lenz (li.) und Hendrik Sodenkamp (re.): Die Journalisten, Verleger und Gründer der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020 (NichtOhneUns.de) auf dem Titel.

Auf dem Bild: DW-Frontseite 149 vom 30. September 2023.



Einer der frömmsten Zeugen Coronas: der Bundestagsabgeordnete Janosch Dahmen (Bündnis90/Die Grünen). Foto: IMAGO/dts Nachrichtenagentur

Wirrologe mit Missionseifer: Christian Drosten, hier bei einem Interview Ende Juni 2024. Foto: picture alliance / photothek.de



Die gestohlene Wahl

von Paul Klemm

Bei den französischen Neuwahlen bekommt das patriotische Lager zwar die meisten Stimmen, wird jedoch von Linken und Liberalen überlistet. Jetzt droht Chaos. Ist Le Pen gescheitert?

«Es ist traurig.
Wir verlieren ein
weiteres Jahr.»
Marine Le Pen

Paris nach der Stichwahl: Auf dem Place de la République feiert die extreme Linke ihren Sieg bei der vorgezogenen Parlamentswahl. Die Statue der Marianne wird mit dem Anarcho-A und «Free Gaza»-Parolen beschmiert, schwarz Vermummte hissen ein Großbanner: «Frankreich ist aus Migration gemacht». Kurze Zeit später fliegen Flaschen und Böller auf Polizisten, brennen Barrikaden. Ein Nebel aus Tränengas wabert über die Boulevards, auf denen sich Ladenbesitzer in weiser Voraussicht hinter Spanplatten verschanzt haben. Auch in Lille, Rennes und Nantes gibt es heftige Krawalle. Dem Nouveau Front populaire, der linksgrünen Neuen Volksfront, ist es überraschend gelungen, an diesem 7. Juli die Mehrheit der Mandate zu erobern. Der Rassemblement National (RN) von Marine Le Pen steigt zwar in absoluten Zahlen zur stimmenstärksten Fraktion auf, landet aber bei der Sitzverteilung nur auf Platz drei; sogar noch hinter dem Bündnis des angeschlagenen Präsidenten Emmanuel Macron.

Grund dafür ist ein kompliziertes Wahlsystem, das wahltaktische Mausechelen begünstigt. In hundert Wahlkreisen kam es zu Absprachen und Ver-

brüderungen zwischen Linksaußen und sogenannter Mitte. In der Stichwahl zogen die beiden Lager ihren im ersten Wahlgang jeweils schlechter platzierten Kandidaten zurück, um ihre Stimmen gegen die patriotische Alternative zusammenzuwerfen. Der Plan ging auf, die Einheitsfront gegen rechts stand stabil und ebnete dem Antifa-Bündnis von Jean-Luc Mélenchon den Weg zum Triumph. Eine absolute Mehrheit konnte jedoch keines der Wahlbündnisse erringen. Bei einer Pressekonferenz zeigt sich Marine Le Pen enttäuscht: «Frankreich wird mit drei Blöcken, die in der Nationalversammlung mehr oder weniger den gleichen Einfluss haben, völlig blockiert sein. Es ist traurig. Wir verlieren ein weiteres Jahr. Ein weiteres Jahr mit unregulierter Einwanderung, Kaufkraftverlust und zunehmender Unsicherheit. Aber wenn wir das durchmachen müssen, dann werden wir das durchmachen.»

Game of Thrones bei den Rechten

Die Tage, die der finalen Wahlrunde vorausgingen, waren geprägt von Straßenkämpfen und politischen Intrigen, von Hoffungsrausch und fiebriger Angespanntheit. Mit Macrons Entscheidung, nach der verlorenen EU-Wahl das Parlament aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen, ist die alte politische Welt Frankreichs regelrecht explodiert. Alle Umfragen zeigten die patriotische Bewegung auf der

Linksextreme in Siegesstimmung: Nach der Wahl versammeln sich tausende Anhänger der Neuen Volksfront auf dem Place de la République. Foto: picture alliance / Anadolu





Zielgeraden ins Hôtel Matignon, den Amtssitz des Premierministers. «Es besteht zum ersten Mal seit der Vichy-Regierung die Gefahr, dass die extreme Rechte an die Macht kommt», klagte Olivier Faure, Erster Sekretär der Sozialistischen Partei. Reconquête-Politiker Stanislas Rigault beschrieb die Aufbruchstimmung im COMPACT-Interview wie folgt: «Es gibt eine Erwartungshaltung in diesem Land, die ungeheuerlich ist, ein Verlangen nach Veränderung, das so verrückt ist wie seit 50 Jahren nicht mehr. Was wir erleben, ist absolut historisch, es ist eine Premiere, und wir können das Leben der Menschen verändern, wirklich und vollständig.»

Während Sozialisten, Kommunisten, Grüne und Islam-Unterstützer jedoch in Windeseile ihre teils riesigen Differenzen überbrückt und sich zur Neuen Volksfront formiert haben, brachen innerhalb der Rechten Machtkämpfe los, wie man sie sonst nur aus der Serie *Game of Thrones* kennt. Le Pen spielte dabei die Rolle von Cersei Lannister, der machiavelistisch-skrupellosen Königin. Ein Zusammengehen mit der Remigrationspartei Reconquête lehnte sie rigoros ab – aus denselben Gründen der Mäßigung und «Entdiabolisierung», die bereits bei ihrem Bruch mit der deutschen AfD ausschlaggebend waren. Ihre Nichte Marion Maréchal versuchte zu vermitteln, geriet dabei jedoch zwischen die Fronten und zerstritt sich mit Reconquête-Chef Éric Zemmour, was zum Auseinanderbrechen der einst hoffnungsvollen rechten Alternativpartei führte.

Maréchal, das einzige Familienmitglied, das der alternden Matriarchin Le Pen hätte gefährlich werden können, stürzte ins Bodenlose. Das identitäre Lager wurde pulverisiert. Stattdessen breitete der RN seine Arme in Richtung der Republikaner aus, die wohl am ehesten mit der CDU hierzulande vergleich-

bar sind. Deren Vorsitzender Éric Ciotti erkannte die historische Bedeutung des Moments und ging auf das Bündnis ein, bekam jedoch von seinen eigenen Vorstandsmitgliedern das Messer in den Rücken gerammt, die auf einer Sondersitzung seinen Rauswurf beschlossen. Ein Gericht hat diesen Vorgang für ungültig erklärt. Die Folge: Auch die Republikaner zerlegten sich selbst.

Blaue Marine gegen grüne Marine

Auf linker Seite gelang eine strategisch gewiefte Einigung auf die kleinsten gemeinsamen Nenner: gegen Rechts und pro Migration. Auf rechter Seite wütete ein Hauen und Stechen, das Le Pens Machtposition zwar kurzfristig gestärkt, langfristig aber ein politisches Trümmerfeld hinterlassen hat. Zur Ikone der neuen rot-grünen Eintracht wurde Marine Tondelier, die sogenannte grüne Marine. Deutsche Mainstream-Medien feiern sie als «Superstar der Volksfront» (*Euronews*) oder auch «Premierministerin der Herzen» (*Stern*). Die 37-Jährige, die stets im gleichen apfelgrünen Jackett auftritt, ist seit 2022 Chefin der Les Écologistes, dem französischen Pendant zur Berliner Baerbock-Partei. Sie stammt aus der nordfranzösischen Bergbauregion und RN-Hochburg Hénin-Beaumont und sagt über sich selbst: «Ich heiße Marine, aber ich bin die wahre Marine aus Hénin-Beaumont – die, die vorher da war.» Sie war es, die noch am Abend der Europawahl «eine größtmögliche Versammlung der progressiven Kräfte» forderte und deren Parteichefs zu Verhandlungen einlud. Im Vergleich zum betonsozialistischen Polterer Jean-Luc Mélenchon, dem Gründervater von La France insoumise, halten viele Linke sie für die bessere Frontfigur. Tondelier wirkt gefühlvoller und kompromissbereiter, ist bekannt dafür, bei Auftritten und Interviews auch schon mal kamerawirksam ein

Marine Le Pen war der Macht so nah wie nie zuvor. Doch am Ende geht die Taktik ihrer Gegner auf. Foto: IMAGO/IP3press



Tragische Jeanne D'Arc: Marion Maréchal wollte die Einheit der Rechten – und gerät zwischen die Fronten zweier Parteien. Foto: IMAGO/MAXPPP

Die Rechten führen Machtkämpfe wie bei «Game of Thrones».



Das Original: 1936 haben sich Sozialisten und Kommunisten schon einmal zur Volksfront zusammenschlossen und die Regierungsmacht erobert. Foto: picture alliance / akg-images

«Wir werden ihr eine Kugel in den Kopf jagen.»

Linker Abgeordneter über Alice Cordier

Tränchen zu vergießen. Ihre politische Einstellung jedoch ist radikal. Über den Kampf gegen Rechts hat sie sogar ein Buch geschrieben: *Nouvelles du Front*, (Nachrichten von der Front).

Somit fungiert sie als Weichzeichner für ein Bündnis, das offen mit islamistischen Gruppen und der gewalttätigen Antifa paktiert. Als Abgeordneter der Volksfront wird künftig beispielsweise Raphaël Arnault in der Nationalversammlung sitzen. Der 29-Jährige hat die linksmilitante Jeune Garde Antifasciste, die Junge Antifaschistische Garde, gegründet, die sich zu Dutzenden von Überfällen auf französische Patrioten bekennt. Die Sicherheitsbehörden führen ihn in der Akte S, einer besonderen Datenbank für Gefährder. COMPACT hat in Paris eine junge Frau getroffen, die bereits zur Zielscheibe seines Hasses geworden ist. Alice Cordier ist Sprecherin der migrationskritischen Frauengruppe Collectif Némésis, benannt nach der griechischen Göttin des gerechten Zorns. Die 26-Jährige mit den kristallblauen Katzenaugen sorgt, ähnlich wie Martin Sellner im deutschsprachigen Raum, immer wieder mit friedlichen Protestaktionen für landesweites Aufsehen.

Linke Mordfantasien

Über Arnault berichtet sie: «Vor einigen Monaten hat er mich mit dem Tod bedroht. Bei einer Gedenkfeier für einen Lehrer, der von einem muslimischen Terroristen getötet wurde.» Dort habe er in ihre Richtung gesagt: «Wir werden ihr eine Kugel in den Kopf jagen, das ist alles, was passieren wird.» Cordier warnt vor der wachsenden Gewaltbereitschaft des linken Lagers: «Ich möchte daran erinnern, dass es in den 1980er Jahren in Frankreich

eine Bewegung namens Action directe gab, eine Bewegung von Antifaschisten, die nicht zögerte, ihre politischen Gegner zu töten. Es gab Tote. Es gab Generäle, die getötet wurden, auch Firmenchefs. Sie taten das, um gegen den Kapitalismus zu kämpfen. Und noch heute sind innerhalb der extremen Linken Leute aktiv, die kein Problem damit haben, ihre politischen Gegner zu töten. Wenn ich also von Raphaël Arnault eine Morddrohung bekomme, nehme ich das sehr ernst und habe ihn wegen Aufstachelung zum Hass, aber auch wegen Morddrohung verklagt.»

Um auf die Radikalität der Volksfront aufmerksam zu machen, führten Cordier und ihre Mitstreiterinnen am 27. Juni eine Schilderaktion bei einer Anti-



Bild rechts: Brigaden der Banlieue: Die Pariser Vororte sind schon völlig überfremdet. Hier ein Aufmarsch in Nanterre am Todestag des Nordafrikaners Nahel.

Rechts-Demo auf dem Place de la République durch. Im Handumdrehen eskalierte die Situation. Beleidigungen und Faustschläge prasselten auf die jungen Patriotinnen ein. Eine von ihnen wurde ins Krankenhaus eingeliefert, ein Sicherheitsmann musste sogar genäht werden. COMPACT-TV war mitten im Getümmel und hat die linke Gewaltorgie auf Video gebannt. Üble Drohungen gab es im Vorfeld der Wahl auch gegen die Le-Pen-Familie, speziell gegen Marine und ihre Nichte Marion. Ein Antifa-Rapper hetzte: «Marine und Marion, die Huren, ein Stockschlag auf diese läufigen Hündinnen, wir setzen den Kampf fort, bald werden wir ihren Sturz feiern!» Zum letzten Vers zeigt das Musikvideo einen Lkw, der aus der Spur gerät und tödlich verunglückt.

Die Zeit rennt

Ein Lichtblick: Die antinationale Bewegung hat die Deutungshoheit über die Jugend verloren. Zwar liegt sie bei den 18- bis 24-Jährigen in der Wählergunst noch vorn, doch der Rassemblement National hat mit über 30 Prozent in dieser Gruppe enorme Zugewinne verzeichnen können. Der 28-jährige Jordan Bardella verleiht der Partei als Vorsitzender ein dynamisches Image und ist auf Tiktok ein Superstar. Wo er aufschlägt, ist die Flut von Selfie-Jägern nicht aufzuhalten. Als Sohn einer italienischen Einwandererfamilie, der in den Banlieues, der verarmten Randzone von Paris aufgewachsen ist, bildet er zudem einen guten Kontrast zur Anwältin und Millionenerbin Le Pen. Das Führungsduo kann die Bandbreite der französischen Gesellschaft gut widerspiegeln. Nun will es im Parlament dafür sorgen, dass die neue Regierung keinen Fuß auf den Boden bekommt. Trotz der Niederlage in der zweiten Wahlrunde ist die Ausgangslage dafür gut. Denn immer-

hin haben der RN und die mit ihm verbündeten Ciotti-Republikaner 143 Sitze gewonnen, was rund ein Viertel der Nationalversammlung ausmacht. Das sind 54 Mandate mehr im Vergleich zur letzten Parlamentswahl. Und da die kommende Regierung über keine absolute Mehrheit verfügt, kann sie jederzeit durch einen Misstrauensantrag gestürzt werden. Einen solchen hat Le Pen bereits angekündigt, sollten dem Kabinettsminister von La France insoumise oder den Grünen angehören.

Die neue Regierung kann jederzeit gestürzt werden.

Die französischen Patrioten wissen, dass ihnen die Zeit davonrennt. Gerade in den Großstädten kann der Bevölkerungsaustausch bereits als vollzogen betrachtet werden. Im Pariser Vorort Nanterre kam es kurz vor der Wahl zu einer gespenstischen Veranstaltung. Afroarabische Straßentruppen zogen durch die Innenstadt: Es sind tausende, verummt mit schwarzen Schlauchschalen, begleitet vom Gesang eines Imams. Ein Aufmarsch für den Nordafrikaner Nahel, dessen Tod bei einer Polizeikontrolle im Juni 2023 tagelange Straßenschlachten und bürgerkriegsähnliche Randalen auslöste. Kameraleute wurden bei dem Umzug rabiat abgedrängt, die Polizei hatte die Lage nicht unter Kontrolle. Die migrantisch dominierten Vororte wählen links, weil sie wissen, dass deren Politiker die Grenzen offen halten. ■

Mutige Frauen: Inmitten einer Antifa-Demo protestieren die Patriotinnen vom Collectif Némésis gegen linken Extremismus – eine von ihnen wird ins Krankenhaus geprügelt.

Die wichtigsten Köpfe

Emmanuel Macron

Der Präsident ist angeschlagen. Nach seiner Niederlage bei der EU-Wahl rief er Neuwahlen aus.

Marine Le Pen

Auch wenn sie den Parteivorsitz abgegeben hat, ist sie weiterhin die Übermutter des Rassemblement National. Ihr oberstes Ziel: der Élysée-Palast, Sitz des französischen Präsidenten.

Jordan Bardella

Seit 2022 ist er Vorsitzender des Rassemblement National. Zudem führt er künftig die neue Rechtsfraktion Patrioten für Europa im EU-Parlament, in der sich auch Österreichs FPÖ, Ungarns Fidesz und Italiens Lega befinden.

Jean-Luc Mélenchon

Wahlsieger des 7. Juli und Gründervater von La France insoumise. Innerhalb der linken Bewegung ist er jedoch stark umstritten.

Marine Tondelier

Die französische Grünen-Chefin. Der deutsche *Stern* kürte sie zur «Premierministerin der Herzen».

Éric Ciotti

Der Republikaner-Vorsitzende hat sich mit Marine Le Pen verbündet. Seither ist seine Partei gespalten.



Auf der Flucht vor meinem Mercedes

von Thomas Jäger

Erfahrungsberichte eines leidgeprüften Mercedes-Fahrers: Die Qualität der Modelle hat nachgelassen, und die eingebaute Elektronik bedeutet totale Überwachung. Aber man kann versuchen, Big Brother auszutricksen.

Während der Corona-Zeit kaufte ich im Internet einen Mercedes-AMG C 43 aus Norddeutschland, weil mein 3er BMW Touring schon 200.000 Kilometer runter hatte und ich in dieser Zeit als Impfverweigerer sonst nichts Besseres vorhatte. Einen Mercedes-AMG anzuschaffen, war der Vorschlag meines damaligen Automechanikers. Eine schlechte Idee! Den Pkw ließ ich mir von einem Firmenchauffeur aus dem hohen Norden nach Heidelberg bringen. Kostenlos. Bei der Übergabe sagte er mit großer Begeisterung, dass der Mercedes schon fast «autonom» gefahren sei. Ich wusste nicht wirklich, was er meinte. Zuvor hatte ich mich nicht mit diesem Thema beschäftigt.

Wie in einem Raumschiff, fremdgesteuert von einem Bordcomputer mit Satellitenverbindung zum Big Brother: Blick ins Cockpit eines Mercedes AMG C43 4MATIC. Foto: Mercedes-Benz AG

In der Klapperkiste

Anfangs hatte ich ein bisschen Spaß beim Fahren, denn der eingebaute Proleten-Auspuff röhrete in Heidelberg durch den Stadttunnel, was mir an-

fangs diebische Freude bereitete. Aber mit der Zeit taten mir die Anwohner am Tunnelausgang leid. Ich schaltete das Röhren zum Missfallen meines Sohnes immer seltener ein und fand das Teil zunehmend asozial. Immerhin hatte ich ja auch einen erzieherischen Auftrag.

Das Klappern im Kofferraum ließ sich nicht abstellen.

Nach und nach wurde mir das gesamte Fahrzeug immer unangenehmer. Bei einem Werkstattbesuch in Mannheim sagte man mir, dass die Reparatur eines AMG einen erheblich höheren Stundensatz koste, als dies bei einem «normalen Mercedes» der Fall wäre. Der Endpreis lag, falls ich mich korrekt entsinne, etwa ein Drittel oder die Hälfte «über normal», was mir übel aufstieß. Denn mein Fahrzeug war eine ganz normale C-Klasse. AMG: Adieu mein Geld? Ja, so war es wohl. Außerdem muss man auf sogenannte AMG-Spezialisten länger warten, wenn sie überhaupt da sind.



Das Fahrzeug bot außerdem eine aus meiner Sicht schlechte Qualität. Die C-Baureihe 2017 sei insgesamt klapprig, sagte mir ein Techniker. So musste ich an mehreren Stellen die Dämpf- und Filzkleber immer wieder erneuern. Das Schiebedach klapperte ohne Ende, was ich erst nach stundenlanger Untersuchung am Windschott beseitigen konnte. Ein unpertinentes Klappern im Kofferraum blieb hingegen dauerhaft bestehen. Ich hatte sogar meinen Sohn gebeten, hinten herumzukriechen, da ich selbst die Ursache nicht herausfand. Ätzend. Kein Erfolg. Ich kam mir selbst zunehmend gestört vor. Der alte 3er BMW hatte nie solche Macken gehabt. Ich vermisste ihn zunehmend, zumal ich den schönen 6-Zylinder Diesel aus dem Jahr 2010 viel zu günstig verkauft hatte.

Flucht in die Schweiz

Ich hatte irgendwann gehört, dass sich ein Fahrzeug mit einer Notfalltaste ins Mobilfunknetz einbuchen kann. SIM-Karten in einem Smartphone sind ja weltweit ortbar. Das hatte auch mein Auto-mechaniker beiläufig erwähnt. Hinzu kam, dass ich in einem US-Streifen gesehen hatte, dass ein Leasing-Unternehmen ein Fahrzeug über die Notfalltaste auch abschalten konnte. Die Schauspieler in dem Film bettelten über die Notfalltaste beziehungsweise Freisprecheinrichtung den Autoverleiher, einen Kerl mit indischem Akzent, an, dass sie,

obwohl ihre Kreditkarte abgelaufen war, noch ein paar Kilometer weiterfahren dürften. Er war gnädig und schaltete sie frei.

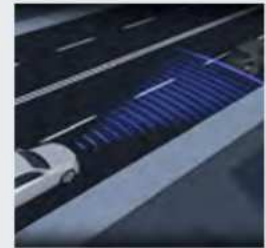
Da ich als Ungeimpfter zunehmend um meine berufliche Karriere im Gesundheitswesen bangen musste, nahm ich während der Corona-Zeit Kontakt zu einem alten Studienkollegen in der Schweiz auf. Zuvor musste ich jedoch sicherstellen, dass meine Fahrt über die Grenze von den Behörden nicht registriert werden würde. Ich kaufte mir dazu eine anonyme holländische SIM-Karte (nur in den Niederlanden noch möglich) und beschäftigte mich mit der Frage, wie ich den AMG aus dem Mobilfunknetz ausbuchen könnte. Ich fuhr wieder zu meiner Mercedes-Werkstatt. Ein Mitarbeiter, der das Problem verstand, sagte mir, dass sich das Fahrzeug über eine sogenannte Hermes-Box in das GSM-Netz einbuche. Man finde sie hinten unter einer Kofferraumabdeckung, die sich einfach über zwei Schrauben lösen ließe. Und so war es auch. Ich fand an besagter Stelle eine zigarrenschachtelgroße Box mit drei Kabeln: ein Netzwerkkabel, ein Antennenkabel und ein Stromanschluss. Auf die Frage, welches ich ziehen sollte, entgegnete mir der freundliche Mechaniker: „Alle drei. Sicher ist sicher.“ Ich zog die Kabel also vor der Schweiz-Fahrt raus. Im Bereich des Tachos leuchtete sofort eine Fehlermeldung in Rot auf: «Notfall nicht verfügbar!»

Der alte 3er BMW hatte nie solche Macken gehabt.

Im Internet hatte ich im Vorfeld bereits einen Codierer gefunden, weil ich mit diesem Problem gerechnet hatte. Codierer für Mercedes sind seltener als für BMW, weshalb ich nach NRW fahren musste. Der Typ dort war sehr nett und verständnisvoll. Er programmierte mir mit seinem Laptop die Fehlermeldung weg, auch den Gurtwarner für 100 Euro, wo ich schon mal da war... Also war ich fit für die Fahrt in die Schweiz und kam unauffällig rein. Keine Quarantäne. Das Auto war vom Mobilfunk-Netz runter, und ich hatte ein altes Handy (kein Smartphone!) aus Holland dabei. Klingt bis hierher wie eine Verbrecher-Story, oder? Ich bin aber nur ein normaler Steuerzahler ohne Vorstrafen, lediglich auf der Flucht vor Repressalien des übergriffigen Staates. Ein Familienvater in Not.

Nach meiner Inkognito-Fahrt in das Land der Berge sah ich keine Notwendigkeit, das Fahrzeug wieder in das Mobilfunknetz einzubuchen. Jetzt nahm die Geschichte aber ihren Lauf. Etwa vier bis sechs Wochen später erhielt ich Post von Mercedes (!). Man mache sich ernsthafte Sorgen um meine Sicherheit.

Vorsicht, Strahlung!



Bei der Abstandsmessung über Radar wird Röntgenstrahlung frei. Nicht einmal eine minimale Verbleibung habe ich im AMG finden können. Auch kein Warnschild für den Monteur. Früher wurde der frontale Radarstrahl im Stand abgeschaltet oder konnte deaktiviert werden. Auch das ist nicht mehr der Fall. Er läuft durch und wird immer mit recht hoher Energie vom Vorderfahrzeug reflektiert.

Das Argument, dass die Strahlung insgesamt im Vergleich zum Militär gering sei, geht nicht auf, da es keine unabhängige Forschung dazu gibt. Es sind jedenfalls mehrere hundert Fälle von Krebs durch Radar bei der Bundeswehr und noch mehr bei der NVA gemeldet und zum Teil anerkannt worden. Warum sollte ich mich permanent auch nur geringen Dosen aussetzen, wenn man darauf verzichten kann?

Abstandsmessung mit Radar. Wer denkt an die Strahlenbelastung?
Foto: moba.i.mercedes-benz.com





Dies ist einer von den insgesamt 32 Satelliten des Global Positioning Systems (GPS) im All, die für die Positionsbestimmung auf der Erde zuständig sind. Foto: Air Force Link

Das Notfall-System sei ausgefallen. Ich möge mich zeitnah in einer Werkstätte melden, um das in Ordnung zu bringen. Auf Kosten des Hauses, versteht sich. Ich habe nicht reagiert. Nach weiteren zwei Monaten kam der nächste Brief: Es sei jetzt aber an der Zeit. Ich solle unverzüglich kommen. Ich ging wieder nicht hin. Es war ja meine Karre.

Nach einem gefühlten halben Jahr kam dann der Knallerbrief. Mir wurde angedroht, dass man das Fahrzeug beim Kraftfahrt-Bundesamt mit dem Ziel der «Außerbetriebsetzung» melden werde. Das Problem für die Gegenseite war jedoch, dass das Fahrzeug noch 2017 erstzugelassen war, was ich beim Ankauf beachtet hatte. Die Verpflichtung, eine Notfalltaste mitzuführen, besteht nämlich erst ab Erstzulassung März 2018. Fahrzeuge, die nach diesem Datum zugelassen sind, verlieren ihre Betriebszulassung, wenn sie nicht ordentlich «on track» in der Mobilfunkeinbindung sind.

Spion an Bord

Mercedes verfügt also über Programme, die schwarze Schafe herausfiltern können. Weiterhin bringt das Unternehmen dann selbst die Kunden, die nicht mitspielen wollen, zur Anzeige. Auch die Einbrecher vom Dresdner Gewölbe waren sich des Problems bewusst und haben die entsprechende Elektronik ausgebaut, was ihnen aber noch mehr zum Verhängnis wurde: Der Hersteller sieht ja sofort, wer sich abkoppelt.

Was kann man über die Notfalltaste alles machen? Messung des Spritverbrauchs, Fahrtendauer, Abhören des Fahrzeuginnenraums, Stilllegen des Fahrzeugs, Erstellen einer CO₂-Bilanz... Kurzum: die totale Überwachung und Kontrolle. Wer vor der Polizei flieht und ein Auto mit Notruftaste hat, wird kurzerhand abgeschaltet. Die Ansage, sich zu ergeben, erfolgt bequem über die Freisprecheinrichtung kurz vor der Abschaltung – etwa vor einer Parkbucht. Dass laut Bild die eCall-Funktion eines Fahrzeugs den Fahrer nach einem Unfall selbst verpfeift, dürfte allgemein bekannt sein.

Wer vor der Polizei flieht, wird kurzerhand abgeschaltet.

Kommen wir zu Abstandswarner und Abstandstempomat: Die Fahrzeugindustrie nennt diese und andere Features «Assistenten». Ich nenne sie schlicht «Nervensägen». Spurhalter, Wachhalter, Pausendränger: dito. Während man den meisten digitalen Müll samt Gurtwarner recht einfach aus den Fahrzeugen rauscodieren kann, ist das mit dem Abstandswarner etwas anderes. Mein Codierer hatte sich geweigert, das zu tun. (Überhaupt sind Codierer außergewöhnlich sonderbare Typen, die es früher gar nicht gab.)

Ich kann mich an Zeiten erinnern, als noch darüber diskutiert wurde, ob Radarwellen gesundheitsschädlich sind oder nicht. Es wurde dann in Dauer-einrichtungen für Geschwindigkeitsmessung auf Bodenplatten oder Laser umgestellt, um die Radarexposition für die Allgemeinheit zu reduzieren. Und heute? Jetzt ist der Radar dauerhaft frontal hinter dem Mercedes-Stern platziert. Okay, das Teil lässt sich ausbauen, und die Fehlermeldung kann man wieder wegcodieren. Man kann auch nur die Sicherung ziehen und den Fehler dann ebenso rauscodieren. Jetzt kommt aber das Problem. Die Fahrzeugdaten («pre- und after-crash») werden in der Airbag-Steuerung abgelegt. Mercedes legt dabei besonders viele Daten freiwillig ab, weil dies angeblich in den USA gefordert werde. Bullshit. Wer also seine Radar-Abstandseinheit deaktiviert und einen Fahrradfahrer umfährt, ist mit Sicherheit dran.

Für mich ist Mercedes fast schon eine faschistische Organisation. Der Konzern koppelt seine Aktivität – auch um zu überleben und dem System zu gefallen – mit der staatlichen Ideologie und setzt sie gegen die Interessen der Kunden und ausschließlich zu deren Nachteil ein, etwa durch Datensammlung über eine verdeckte SIM-Karte. So ein Verhalten eines Herstellers ist mehr als schäbig. Das muss sich der Kunde nicht bieten lassen. ■

Thomas Jäger lebt im Schwäbischen und arbeitet im Gesundheitswesen. Sein Text war eigentlich ein Leserbrief – aber so gut geschrieben, dass wir einen Artikel daraus gemacht haben.



Dossier Seite 40-47

Rechte Friedenspolitik

Mit Donald Trump und Viktor Orban setzen sich zwei international zu Unrecht als Faschisten verunglimpfte Staatsmänner für einen Verhandlungsfrieden im Ukraine-Krieg ein, während unverbesserliche Globalisten unablässig die Kriegstrommel rühren. Wir stellen Ihnen die neuesten Initiativen des rechten Duos vor.



Zwei Männer, eine Mission

— von Daniell Pfohringer

Viktor Orban und Donald Trump wollen den Krieg in der Ukraine auf dem Verhandlungsweg beenden. Auch sonst passt politisch zwischen die beiden kein Blatt Papier.

«Wir haben über Wege gesprochen, Frieden zu schließen. Die gute Nachricht des Tages: Er wird es lösen!» Viktor Orban

Am 12. Juli verließ Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban frühzeitig den NATO-Gipfel in Washington, um nach Florida weiterzureisen. Sein Ziel: Mar-a-Lago in Palm Beach, das berühmte Anwesen des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump, der im November erneut ins Weiße Haus einziehen will. Nach dem Treffen der beiden Antiglobalisten veröffentlichte Orban auf der Plattform X ein gemeinsames Foto. Dazu vermerkte er: «Wir haben über Wege gesprochen, Frieden zu schließen. Die gute Nachricht des Tages: Er wird es lösen!» Gemeint war der Ukraine-Krieg, der jeden Tag weiter eskaliert und kurz davor ist, sich zu einem Flächenbrand auszuweiten.

Der Kriegsgipfel

Maßgeblich beigetragen zur neuerlichen Zuspitzung haben die Beschlüsse des NATO-Gipfels. Brandgefährlich sind sie zuvörderst für Deutschland, denn zu den Plänen des westlichen Militärbündnisses ge-

hört die Einrichtung eines Ukraine-Kommando-zentrums in Wiesbaden. Von dort aus sollen künftig alle Waffenlieferungen und Ausbildungsaktivitäten für Selenskis Streitkräfte koordiniert werden. Nach Angaben des Bundesverteidigungsministeriums soll es «Ende 2024» losgehen. Damit befände sich die Bundesrepublik direkt im Visier möglicher russischer Vergeltungsschläge.

Doch damit nicht genug: Ab 2026 wollen die USA Tomahawk-Marschflugkörper und andere weitreichende Waffen auf deutschem Boden stationieren. Dazu gehören auch Flugabwehrraketen vom Typ SM-6 und noch in der Entwicklung befindliche Überschallwaffen, «die eine deutlich weitere Reichweite haben als gegenwärtige landgestützte Systeme in Europa», wie es seitens der NATO heißt. Die Marschflugkörper, auch als Cruise-Missiles bekannt, sind – wie auch das deutsche Waffensystem Taurus – in der Lage, im Tiefflug weit in russisches Gebiet einzudringen, um etwa Kommandostellen, Bunker oder Radaranlagen zu zerstören. CDU-Bellizist Roderich Kiesewetter kann vollauf zufrieden sein. Schließlich fordert der Oberst a. D. der Bundeswehr, der Mitglied der einflussreichen Trilateralen Kommission ist, «den Krieg nach Russland zu tragen».



Friedensgespräche: Ungarns Ministerpräsident Victor Orban am 12. Juli bei Donald Trump in Florida. Foto: X/Victor Orban

In der Abschlusserklärung des Washingtoner Gipfels versprach man Kiew nicht nur weitere Militärhilfen in Höhe von 40 Milliarden Dollar, man sicherte der Ukraine auch noch zu, dass ihr Weg in die NATO-Mitgliedschaft «irreversibel» sei. Abgesehen davon, dass die Aufnahme eines Landes, das sich in einer militärischen Auseinandersetzung befindet, laut NATO-Statuten – aus gutem Grund – gar nicht zulässig ist, schrillen in Moskau nun erst recht alle Alarmglocken. Putin hat einen Beitritt der Ukraine zum Nordatlantikpakt – anders als eine EU-Mitgliedschaft – wiederholt als rote Linie bezeichnet.

Entsprechend verärgert zeigte sich die ungarische Regierung nach dem Kriegstreffen in den USA. Außenminister Peter Szijjarto, der seinen in Richtung Florida abgereisten Chef am letzten Tag des Gipfels vertrat, warf den anderen Staaten Doppelmoral und Versagen vor. Es sei inkonsistent, dass der Westen den Dialog mit Russland ablehne, während die Regierung in Tel Aviv an einen Tisch mit der Hamas gebracht werden solle. «Sie wollen, dass Israel mit einer terroristischen Organisation verhandelt, um eine Sicherheitskrise zu lösen, während die diplomatischen Kanäle für den Ukraine-Krieg geschlossen sind», beklagte Szijjarto. Zugleich be-

kräftigte er: «Wir werden weiterhin für Dialog und diplomatische Kanäle eintreten, da die derzeitige Strategie der letzten zweieinhalb Jahre ein totaler Fehlschlag war.»

Orbans Friedensmission

Tatsächlich torpedieren die NATO-Beschlüsse die unermüdlichen Versuche Orbans, eine dauerhaft friedliche Lösung des Ukraine-Konflikts herbeizuführen. Zu diesem Zweck war er im Juli auf Friedensmission unterwegs, traf sich zunächst mit dem ukrainischen Präsidenten Selenski in Kiew, danach mit Putin in Moskau und mit Chinas Staatschef Xi Jinping in Peking, dann am Rande eines Gipfels der Turkstaaten in Aserbaidschan mit dem türkischen Präsidenten Erdogan und schließlich mit Trump in Palm Beach.

Den Reisen kommt auch deshalb ein besonderes Gewicht zu, weil Ungarn am 1. Juli turnusmäßig für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft übernommen hat. Dass Orban in dieser Zeit ganz neue Akzente setzen möchte, hat er bereits mit dem offiziellen Motto deutlich gemacht: «Make Europe Great Again!» Das ist der Trump-Slogan, nur auf hiesige Gefilde gemünzt. Oberstes Ziel des 61-Jährigen – dessen Fidesz-Partei vor Kurzem mit Partnern wie der FPÖ, Le Pens Rassemblement National, der PVV des Niederländers Geert Wilders, Salvinis Lega, der spanischen Partei Vox und der ANO-Bewegung des tschechischen Populisten Andrej Babis eine neue Rechtsfraktion im Europaparlament ins Leben gerufen hat – ist ein Ende des gegenseitigen Abschlachtens im Osten.

Obwohl dies voll und ganz in europäischem Interesse wäre, motzten die Spitzen der EU und führenden Politiker aus den Mitgliedsstaaten schon nach Orbans Besuch in Moskau munter drauflos. So ätzte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf X: «Appeasement wird Putin nicht aufhalten. Nur Einigkeit und Entschlossenheit werden den Weg zu einem umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine ebnen.» Kennt man aus Orwells *1984*: «Krieg ist Frieden!» Notabene: Die beiden anderen Lösungen des Big-Brother-Regimes – «Freiheit ist Sklaverei! Unwissenheit ist Stärke!» – könnten auch aus Brüssel kommen.

Die estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas – designierte Nachfolgerin des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell – warf Orban vor, den EU-Ratsvorsitz seines Landes zu «missbrauchen», um «Verwirrung» zu stiften. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zeigte sich vergrätzt und bestritt sogar die Legitimität des Ungarn, Putin als EU-Vertreter aufzusuchen: «Der Europäische Rat wird außenpolitisch von Charles Michel vertreten. Die Haltung der EU ist sehr klar: Wir verurteilen den russischen Angriffs-

«Wir werden weiterhin für Dialog und diplomatische Kanäle eintreten.»

Ungarns Außenminister Szijjarto



Hoffnungsvolles Signal: Am 5. Juli besuchte Orbán als neuer EU-Ratspräsident Putin in Moskau. Foto: IMAGO/ITAR-TASS

Bild oben rechts: Verheerend: Raketen vom US-Typ ATACMS versetzen Urlauber am Schwarzmeer-Strand von Sewastopol in Panik. Foto: IMAGO / ITAR-TASS / Mulch



«Wenn Präsident Biden seine Sätze beendet, verstehe ich nie, was er sagen wollte. Ich glaube, er weiß auch nicht, was er gesagt hat.»

Donald Trump

krieg. Die Ukraine kann sich auf unsere Unterstützung verlassen.» Michel selbst pflichtete ihm bei: «Der rotierende EU-Ratsvorsitz hat kein Mandat, im Namen der EU mit Russland einen Dialog zu führen.»

Orbán selbst verriet in einem langen Interview mit Paul Ronzheimer von der *Bild*-Zeitung Details seiner Unterredung mit Putin. Dabei warnte er: «In den nächsten Monaten wird es an der Front schlimmer werden.» Der Grund: «Es gibt mehr Waffen, und die Russen sind entschlossener. Die Energie der Konfrontation, die Zahl der Toten, die Zahl der Opfer wird also brutaler sein als in den letzten sieben Monaten, obwohl die Zeit davor auch sehr brutal war.» Der Ungar weiter: «Putin kann nicht verlieren, wenn man sich Soldaten, Ausrüstung und Technologie anschaut. Russland zu besiegen, ist ein Gedanke, der schwer vorstellbar ist. Die Wahrscheinlichkeit, dass Russland tatsächlich besiegt werden könnte, ist völlig unkalkulierbar.» Ihm gehe es in dem Konflikt nicht um Parteinahme, sondern um Vermittlung zwischen den entscheidenden Akteuren. Seine Botschaft an Moskau und Kiew: «Leute, wir, die Welt, wollen Frieden, hört auf, euch gegenseitig umzubringen. Lasst uns anfangen zu verhandeln. Oder zumindest zu verstehen, dass es vor Ort keine Lösung gibt.»

Demenz am Atomknopf

Dass Orbán seinen US-Ansprechpartner im ehemaligen – und mit großer Wahrscheinlichkeit – künftigen Präsidenten sieht und nicht im derzeitigen Amtsinhaber, dürfte nicht nur politische Gründe haben. Das erste TV-Duell zwischen Trump und Biden, ausgestrahlt Ende Juni von CNN, hat aller Welt vor Augen geführt, dass Letzterer nicht mehr Herr seiner Sinne ist.

Biden faselte wirres Zeug mit brüchiger, heiserer Stimme, schien oft geistig abwesend und konnte kaum eine Frage vernünftig beantworten. Ein Beispiel: Als er nach seiner Meinung zu Abtreibungen gefragt wurde – laut Meinungsumfragen ein für die Wähler der Demokraten sehr wichtiges Thema –, fing er an, irgendwas von einer Frau zu erzählen, «die gerade ermordet wurde». Trump hingegen wirkte frisch und angriffslustig, aber weitaus beherrschter als bei anderen Fernsehauftritten. Dafür schimpfte Biden – ganz anders als früher – wie ein Rohrspatz, meinte einmal sogar: «Sie haben die Moral einer Hinterhofkatze.» Die Aufnahmen zeigen, wie Trump mehrfach ungläubig zu Biden hinüberschaut, als könne er gar nicht fassen, dass der Amtsinhaber noch verwirrt ist, als er es bisher für möglich gehalten hatte. Als Biden dann wieder irgendetwas faselte, was keinen Sinn ergab, und der Moderator Trump die Möglichkeit zur Antwort gab, konnte der nur ratlos sagen: «Wenn Präsident Biden seine Sätze beendet, verstehe ich nie, was er sagen wollte. Ich glaube, er weiß auch nicht, was er gesagt hat.»

Ob der Mann im Weißen Haus tatsächlich derjenige ist, der das Heft des Handelns in der Hand hält, darf angesichts seines desolaten Zustands bezweifelt werden, zumal Biden auch nach der TV-Debatte weitere Aussetzer hatte. In einem Radio-Interview mit einem Sender aus Philadelphia in seinem Heimatstaat Pennsylvania sagte der mit 81 Jahren älteste Präsident in der Geschichte der USA, dass er sehr stolz sei, «die erste schwarze Frau zu sein, die unter einem schwarzen Präsidenten» diene. Er brachte also gleich zwei Dinge durcheinander: Erstens war er Vize des afroamerikanischen Präsidenten Barack Obama, zweitens hat er selbst mit Kamala Harris eine farbige Vizepräsidentin (und

drittens ist er ein weißer Mann). Bei einem Wahlkampfauftakt in Madison im US-Bundesstaat Wisconsin ein paar Tage später versicherte er seinen Anhängern, dass er Trump «2020 erneut schlagen» werde. Und auch beim NATO-Gipfel patzte Biden: Einmal stellte er Selenski als «Putin» vor, ein anderes Mal erklärte er vor Journalisten: «Schauen Sie, ich hätte Vizepräsident Trump nicht ausgesucht, wenn ich dächte, dass sie nicht qualifiziert ist.» Wieder war Harris gemeint.

Inzwischen mehren sich auch bei den Demokraten die Stimmen, die einen Rückzug Bidens aus dem US-Präsidentenwahlkampf fordern. Doch der beharrt geradezu starrsinnig auf seiner Kandidatur. Auch dies deutet darauf hin, dass derjenige, der momentan an der Spitze der Vereinigten Staaten steht – und noch viel schlimmer: den Atomkoffer unter seinen Fittichen hat – an beginnender Demenz leidet.

Der amerikanische Partner

Ein Grund mehr, auf einen baldigen Machtwechsel in den USA zu hoffen – zumal aus dem Umfeld Trumps nun erstmals konkrete Pläne für einen Verhandlungsfrieden zur Beendigung des Ukraine-Krieges durchgesickert sind (siehe Seite 44 f.). Dass zwischen ihm und Friedensflieger Orban auch sonst politisch kein Blatt Papier passt, zeigt auch ein Interview, das der ungarische Premier Ende Juni dem heimischen *Kossuth Radio* gab. Darin erklärte er unumwunden: «Wenn ich Deutschland heutzutage mit dem Deutschland von vor zehn Jahren vergleiche, muss ich sagen, dass das nicht mehr das Land ist, an dem wir, wie unsere Eltern und Großeltern, uns ein Vorbild nehmen sollen.» Und weiter: «Es schmeckt nicht mehr wie früher, es riecht nicht mehr wie früher.» Damals habe Deutschland noch

in dem Ruf gestanden, die Heimat fleißiger Menschen zu sein. Dies sei inzwischen anders. Orban: «Jetzt ist Deutschland diese bunte, multikulturelle Welt, in der Migranten nicht mehr nur Gäste sind, sondern im Schnellverfahren eingebürgert werden.» Zur Ampel sagte der Ungar: «Diese Koalition in Berlin sieht sich als migrationsfreundlich, sie sind die Vollstrecker des berüchtigten Soros-Plans.» Solche Diagnosen hätte ebenso Trump stellen können.

«Diese Koalition in Berlin sieht sich als migrationsfreundlich, sie sind die Vollstrecker des berüchtigten Soros-Plans.»
Viktor Orban

Von dessen Wahlsieg zeigte sich Orban in einem weiteren Interview mit der *Funke-Mediengruppe* zu «101 Prozent» überzeugt, wobei er betonte: «Der US-Präsident ist der einzige Mensch des Universums, der die entscheidenden beiden Anrufe in Kiew und Moskau machen könnte.» Und er fügte hinzu: «Mir geht es nicht um die Interessen der Ukraine oder Russlands, ich will vor allem, dass der Krieg beendet wird und es einen Waffenstillstand gibt. (...) Am Ende geht es ja um eine neue europäische Sicherheitsarchitektur, in der wir friedlich leben können.» Orban bezeichnete Trump in dem Gespräch einmal mehr als «Mann des Friedens». Denn, so der Ungar: «Er hat keinen einzigen Krieg begonnen.» Auch Europa brauche Politiker von diesem Schlage, «Personen, die das System aufschütteln». Das trifft momentan vor allem auf einen zu: ihn selbst. ■

Der dritte Mann



Neben Viktor Orban ist Brexit-Vorkämpfer Nigel Farage einer der engsten politischen Verbündeten Trumps in Europa. Mit seiner neuen Partei Reform UK feierte der Brite jüngst bei den Parlamentswahlen ein fulminantes Comeback. Die Formation erreichte 14,3 Prozent und zog mit fünf Abgeordneten, darunter Farage selbst, ins Unterhaus ein. Außenpolitisch vertritt der 60-Jährige eine andere Linie als die Tories, vor allem was die Bewertung des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine betrifft. «2014 stand ich im Europaparlament auf und ich sagte, ich zitiere: «Es wird Krieg in der Ukraine geben», so Farage kurz vor der Wahl in einem BBC-Fernsehinterview. «Warum sagte ich das? Mir war klar, dass die endlose Osterweiterung der NATO und der Europäischen Union diesem Mann [zeigt auf ein Bild von Putin] einen Grund gab, seinem Volk zu sagen, «Die kommen uns wieder zu nahe», und in den Krieg zu ziehen.» Auf Nachfrage bekräftigte Farage: Ja, der Westen habe den Einmarsch in der Ukraine 2022 provoziert. Nachdem er deswegen von Vertretern anderer Parteien beschimpft wurde, schrieb er in einem Gastbeitrag für den *Daily Telegraph*: «Die Irrtümer des Westens in der Ukraine waren eine Katastrophe, und ich werde mich nicht dafür entschuldigen, die Wahrheit zu sagen.»

Nigel Farage. Foto: ComposedPix/Shutterstock



Sein Friedensplan

— von Marty McCarthy

Wie will Trump den Krieg in der Ukraine beenden? Zwei neue Dokumente skizzieren erstmals konkrete Vorhaben.

«Wenn ich wieder Präsident bin, beende ich den Krieg binnen 24 Stunden», erklärte Donald Trump bereits im Mai 2023 gegenüber CNN-Moderatorin Kaitlan Collins – und meinte damit den bewaffneten Konflikt zwischen Russland und der Ukraine. Zuvor hatte der Republikaner, der momentan um seine zweite Amtszeit kämpft, in einer Videobotschaft auf dem Youtube-Kanal des Wirtschaftsmagazins *Forbes* gewarnt: «Der Dritte Weltkrieg war noch nie so nah wie heute. Wir müssen jetzt aufräumen mit all den Kriegstreibern, den letzten Globalisten im Tiefen Staat, im Pentagon, im Außenministerium und im nationalen Sicherheitsapparat.» Die «Invasion in der Ukraine» im Februar 2022 «wäre nie passiert, (...) wenn ich euer Präsident gewesen wäre». Nun sei es dringend an der Zeit, für Frieden zu sorgen. Darüber wolle er mit Russlands Präsident Putin nach einem erneuten Einzug ins Weiße Haus umgehend verhandeln.

Bislang konnte man nur rätseln, wie Trump dieses Ziel erreichen möchte, doch vor wenigen Wochen gab es mehrere Veröffentlichungen, die zumindest die Konturen seines Friedensplans erkennen lassen.

Das Kellogg-Fleitz-Papier

Zunächst wäre da ein Strategiepapier, das zwei ehemalige Sicherheitsberater Trumps vorgelegt haben. Das Dokument mit dem Titel «America First, Russia & Ukraine» von Generalleutnant a. D. Keith Kellogg und dem ehemaligen CIA-Analysten Fred Fleitz wurde unlängst vom America First Policy Institute, einem Trump-nahen Thinktank, veröffentlicht. Der Plan skizziert die Grundlagen künftiger Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine – unter der Prämisse einer erneuten Präsidentschaft Trumps. Kellogg amtierte während dessen Zeit im Weißen Haus als Nationaler Sicherheitsberater, Fleitz war Stabschef des Nationalen Sicherheitsrates der Vereinigten Staaten.

Kernforderung ihres gemeinsam verfassten Papiers: Verhandlungsbereitschaft – sowohl seitens Russlands als auch der Ukraine. Wer sich dieser verweigere, habe mit Konsequenzen zu rechnen: Kiew würde jegliche Hilfe gestrichen werden, sollte Selenski nicht bereit sein, sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Moskau würden im Falle einer Ablehnung weitere Waffenlieferungen an die Ukraine angedroht.

Kellogg erklärte dazu: «Wir sagen den Ukrainern: „Ihr müsst an den Tisch kommen. Und wenn ihr nicht an den Tisch kommt, wird die Unterstützung der USA austrocknen.“» Gegenüber Putin werde man betonen: «Wenn Sie nicht an den Tisch kommen, werden wir den Ukrainern alles geben, was sie brauchen, um euch auf dem Schlachtfeld zu töten.» Die Diktion mag einem nicht gefallen, doch unter Militärs ist so ein Sprachgebrauch durchaus nicht unüblich. Das Schweizer Boulevardblatt *Blick* titelte dazu: «So sollen Putin und Selenski zum Frieden geprügelt werden.»

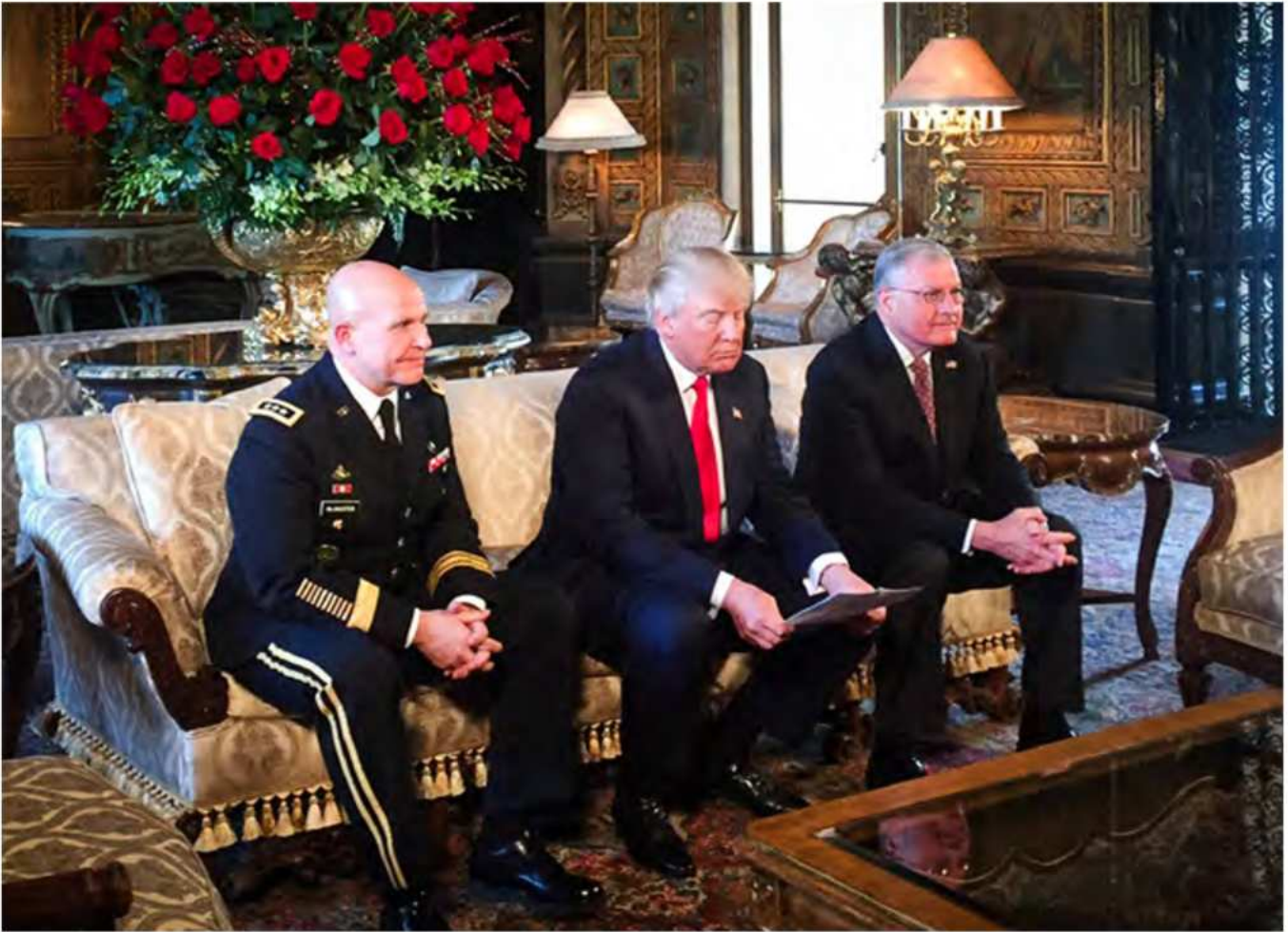
Der Plan von Kellogg und Fleitz, der laut den Autoren von Trump wohlwollend aufgenommen worden sei, sieht als Erstes einen Waffenstillstand entlang der aktuellen Frontlinien mit anschließenden Verhandlungen und einem Friedensvertrag vor – eine spätere Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO wird explizit ausgeschlossen. Stattdessen soll Kiew zusätzliche Sicherheitsgarantien erhalten.

«Der Dritte Weltkrieg war noch nie so nah wie heute. Wir müssen jetzt aufräumen mit all den Kriegstreibern.» Donald Trump

Die Reaktionen auf den Vorstoß fielen unterschiedlich aus. Ein Kreml-Sprecher erklärte, dass Putin für Gespräche weiterhin offen sei. Jeder von einer möglichen künftigen Trump-Regierung vorgeschlagene Friedensplan müsse jedoch «die Realität vor Ort widerspiegeln». Nach derzeitigem Stand fordert Russland nicht nur jegliche Aufgabe von NATO-Ambitionen der Ukraine, sondern beansprucht auch die Gebiete Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson. Kiew fordert hingegen den Abzug aller russischen Truppen aus der Ostukraine. Den Vorschlag von Kellogg und Fleitz, die Kampfhandlungen entlang der aktuellen Frontlinie einzufrieren, bezeichnete der ukrainische Präsidentenberater Mychajlo Podoljak als «seltsam» und erklärte: «Frieden kann nur fair sein und auf der Grundlage des Völkerrechts geschlossen werden.»

Philipp Adorf, USA-Experte am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn, zeigt einen realistischen Blick auf die Lage. «Eine vollkommene Niederlage der Ukraine, die auch als

— Marty McCarthy (*1982) ist Investigativjournalist und arbeitet für verschiedene Medienportale in den USA und Europa. Zu unserer neuen Spezial-Ausgabe «Trump. Sein Leben. Seine Politik. Sein großes Comeback» steuerte er mehrere Beiträge bei.



Niederlage der USA interpretiert werden könnte, würde Trump vermeiden, um nicht selber als Verlierer angesehen zu werden», sagte er dem Schweizer *Blick*. Adorf geht davon aus, dass sich Trump auch aus diesem Grund tatsächlich schnell um ein Ende des Krieges bemühen würde – auch auf Kosten von Gebietsverlusten für die Ukraine.

Der Teilungsplan

Noch brisanter als das Kellogg-Fleitz-Papier ist ein Bericht, den das US-Magazin *Politico* am 2. Juli veröffentlichte. Wiedergegeben sind darin Aussagen zweier republikanischer Sicherheitsexperten aus Trumps Umfeld. Demnach sei dieser im Falle eines Wahlsieges am 5. November bereit, Russland Gebiete in der Ostukraine zu überlassen, wenn Moskau im Gegenzug einen Frieden akzeptiere. Darüber hinaus wolle Trump nach Angaben der beiden anonym bleibenden Fachleute sowohl den Beitritt der Ukraine als auch Georgiens zur NATO verhindern.

Wörtlich heißt es dazu in dem Beitrag von *Politico*: «Eine schnelle Lösung des seit zweieinhalb Jahren andauernden Ukraine-Konflikts dürfte auch in Trumps Plänen für die NATO eine Schlüsselrolle spielen. Als Teil eines bisher nicht veröffentlichten Plans für die Ukraine erwägt der voraussichtliche re-

publikanische Präsidentschaftskandidat ein Abkommen, wonach sich die NATO verpflichtet, nicht weiter nach Osten – insbesondere in die Ukraine und nach Georgien – zu expandieren und mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin darüber zu verhandeln, wie viel ukrainisches Territorium Moskau behalten kann.»

Doch das sind nicht die einzigen grundlegenden Änderungen, die unter einer erneuten Präsidentschaft Trumps zu erwarten sind. Denn offenbar will er, dass sich die USA konventionell-militärisch weitgehend aus Europa zurückziehen. Lediglich der Nuklearschirm soll aufrechterhalten bleiben. *Politico* berichtet unter Berufung auf die beiden US-Militärfachleute: «Den Beamten zufolge würden die USA während einer zweiten Amtszeit Trumps ihren nuklearen Schutzschirm über Europa aufrechterhalten, indem sie ihre Luftstreitkräfte und Stützpunkte in Deutschland, England und der Türkei sowie ihre Seestreitkräfte beibehalten. Unterdessen würde der Großteil der Infanterie, Panzer, Logistik und Artillerie letztlich aus amerikanischen in europäische Hände übergehen.»

Das ist exakt das Gegenteil dessen, was auf dem jüngsten NATO-Gipfel in Washington beschlossen wurde. ■

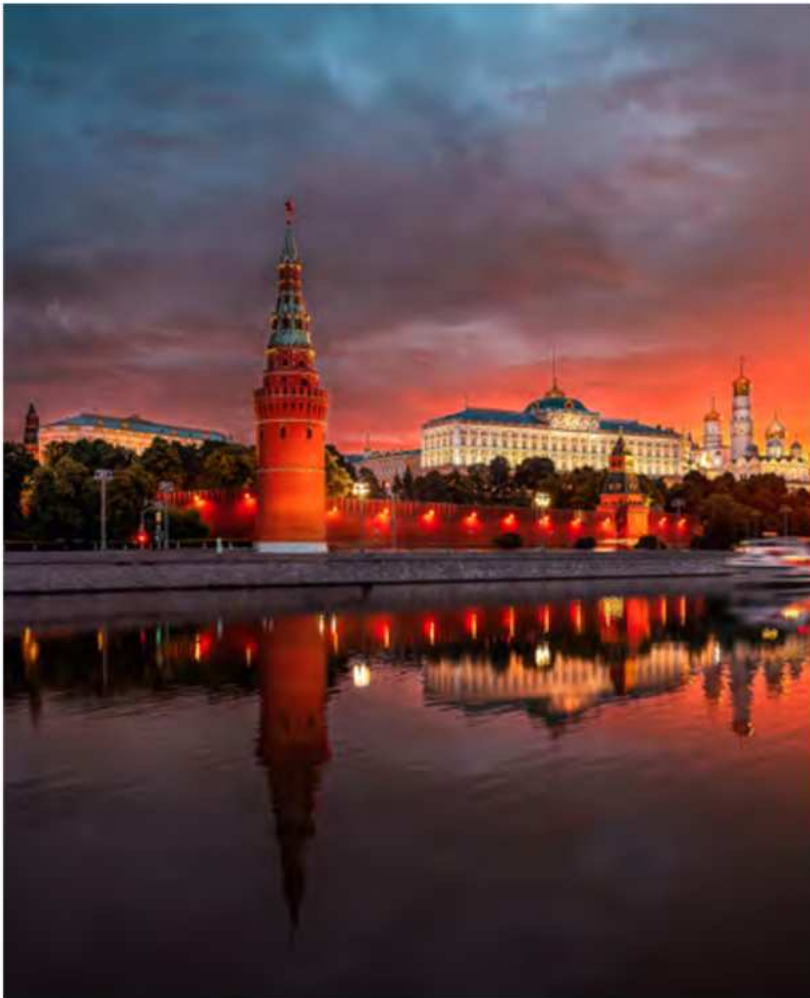
Trump, flankiert von seinem Nationalen Sicherheitsberater H. R. McMaster (li.) und dessen Vorgänger Keith Kellogg, nach dem der aktuelle Friedensplan für die Ukraine benannt ist. Foto: imago/ZUMA Press

Trump will laut Experten mit Putin verhandeln, «wie viel ukrainisches Territorium Moskau behalten kann».

Ein Amerikaner in Moskau

_ von Daniell Pföhringer

Trump setzte sich schon in den 1980er Jahren für nukleare Abrüstung und Entspannung ein. Daher ist er genau der richtige Mann, um den Ukraine-Krieg zu beenden.



Blick auf den Kreml. Foto: Anastasia Mazureva/Shutterstock

Trump warb
1987 in ganz-
seitigen Anzeigen
für ein Ende des
Wettrüstens.

Moskau, 4. Juli 1987: Während in den USA der Nationalfeiertag zelebriert wird, steigt ein New Yorker Immobilienunternehmer auf dem Flughafen Scheremetjewo aus seiner Maschine. Er ist auf Einladung des sowjetischen Botschafters Juri Dubinin angereist, um mit dem Klassenfeind ein Joint Venture für den Bau von Luxushotels zu vereinbaren. Der KGB hatte großes Interesse an dem «aufstrebenden Geschäftsmann», zitiert der britische Journalist Luke Harding den russischen Geheimdienst-Überläufer Viktor Suworow in seinem 2017 erschienenen Buch *Verrat*.

Derartige «Typen mit Zukunft» habe man gerne in die UdSSR eingeladen und ihnen «Partys mit hübschen Mädchen, Saunabesuche und wer weiß was noch alles» geboten, so Suworow. Die Etablis-

ments, in denen man die West-Gäste unterbrachte, seien verwandt und mit Kameras ausgestattet gewesen. Das sei auch bei dem vom KGB betriebenen Hotel National nahe dem Roten Platz so gewesen. Dort bezog auch der Geschäftsmann aus New York sein Quartier.

Der Hotel-Deal kam letztlich nicht zustande. Doch die Moskau-Reise von 1987 sollte den Amerikaner 30 Jahre später wieder einholen. Harding konstruiert daraus den Beginn einer persönlichen Abhängigkeit von Russland – aufgrund möglicherweise kompromittierenden Materials, das damals im Hotel aufgenommen worden sein könnte. Der Name des Gastes: Donald Trump.

Für Carters Entspannungspolitik

Die Story hat einen Haken: Trump wurde bei dem Trip in die Sowjetunion von seiner damaligen Ehefrau Ivana begleitet. Dass er damals in eine Honigfalle getappt sein könnte, ist also überaus unwahrscheinlich. «Aber auffällig ist gleichwohl, dass Trump kurz darauf sein Interesse an einer Präsidentschaftskandidatur öffentlich ankündigte», schrieb Ansgar Graw 2017 in einem Beitrag für die *Welt*. «Und am 2. September 1987 schaltete der Milliardär, der zuvor nicht durch außenpolitische Expertise aufgefallen war, für 94.801 Dollar ganzseitige Anzeigen in *New York Times*, *Washington Post* und *Boston Globe*, in denen er die Außen- und Sicherheitspolitik von Präsident Ronald Reagan scharf kritisierte.»

Hier irrt Graw, denn bereits 1984 hatte Trump bei verschiedenen Gelegenheiten die nukleare Abrüstung als das für ihn wichtigste politische Thema bezeichnet. Sein Onkel John G. Trump, ein angesehener Physiker, hatte ihn für die Gefahr eines weltweiten Atomkriegs sensibilisiert. In den Anzeigen, die der spätere US-Präsident drei Jahre danach schaltete, setzte er sich denn auch primär für ein Ende des Wettrüstens ein. 1986 hatte der New Yorker Baulöwe zudem den Friedensnobelpreisträger Bernard Lown in den Trump Tower eingeladen und ihm eröffnet, als Ami-Botschafter in der UdSSR den Kalten Krieg «innerhalb einer Stunde» beenden zu können. Ob man hier schon von Expertise sprechen kann, sei dahingestellt, vollkommen unbeleckt in außenpolitischen Fragen war Trump jedoch eindeutig nicht. Großes Interesse daran hatte er auf jeden Fall.

Man sollte dabei bedenken, dass der Immobilien-Tycoon zu dieser Zeit noch als moderater Republikaner galt – mit Sympathien für den Demokraten Jimmy

Carter, der als US-Präsident 1979 mit Sowjet-Diktator Leonid Breschnew das SALT-II-Abkommen ausgehandelt hatte. Dieser sah eine Begrenzung strategischer Atomwaffen auf beiden Seiten vor.

Der Vertrag war ein kurzes Zeichen der Entspannung, bevor es kurz darauf zu einem neuen Wettrüsten kam. Im selben Jahr brachte sich Ronald Reagan als Präsidentschaftskandidat der Republikaner in Stellung. Im US-Senat stockte derweil die Ratifizierung von SALT II, und mit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan im Dezember 1979 bat selbst Carter den Senat, das Abkommen auf Eis zu legen. Im selben Monat wurde der NATO-Doppelbeschluss zur Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa gefasst, falls die Sowjetunion ihre gegen Europa gerichteten SS-20 Raketen nicht abziehen würde.

«Ich würde liebend gern mit
Russland gut klarkommen.»

Donald Trump

Trump war deswegen in größter Sorge. Zur US-Präsidentschaftswahl 1980 unterstützte er Carter mit Geldspenden, doch der verlor dann haushoch gegen seinen populären Kontrahenten Reagan. Dennoch zeigte sich der New Yorker Immobilienunternehmer schon zu dieser Zeit als «politisches Chamäleon», wie Michael Kranish und Marc Fisher in ihrer 2019 in deutscher Übersetzung erschienenen Biografie *Die Wahrheit über Trump* schreiben. Denn während er persönlich an Carter spendete, half er zugleich Reagan, Geld für dessen Kampagne einzutreiben. Der vormalige Schauspieler bewarb sich seinerzeit mit dem eingängigen Slogan «Let's Make America Great Again» um den Chefsessel im Weißen Haus. Das kommt einem irgendwie bekannt vor...

Guter Draht zu Putin

Schon im ersten Jahr seiner Präsidentschaft sah sich Trump mit Vorwürfen konfrontiert, er habe seine seit den späten 1980er Jahren aufgebauten Russland-Kontakte genutzt, um Wahlkampfhilfe gegen seine Kontrahentin Hillary Clinton zu erhalten. Das Gerücht, Moskau besitze Kompromat und könnte ihn damit erpressen, kam wieder auf. Vor allem aber betrachteten viele das gute Verhältnis zu seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin mit Argwohn. Bereits 2007 hatte er in einer TV-Sendung von CNN geschwärmt: «Sehen Sie sich Putin an – was er mit Russland macht. (...) Ob man ihn mag oder nicht: Er leistet großartige Arbeit, das Image Russlands wieder aufzubauen und auch Russland selbst. Punkt.» Im November 2016, gut zwei Wochen nach seiner Wahl

zum Präsidenten, bekundete Trump in einem Interview mit der *New York Times*: «Ich würde liebend gern mit Russland gut klarkommen, und ich denke, die würden liebend gern mit uns gut klarkommen. Es ist in unserem gegenseitigen Interesse.»

Das FBI ermittelte 2017 gegen Trump wegen angeblicher Einflussnahme Moskaus auf den Wahlkampf ein Jahr zuvor. Der Präsident feuerte daraufhin FBI-Direktor James Comey, der dann mit seinem Buch *Größer als das Amt* (2018) einen Rachezug startete und Trump als einen «Mann ohne Moral» bezeichnete, der «ohne jede Bindung an die Wahrheit und die Werte unserer Demokratie» handle. Der Präsident habe von ihm verlangt, in Sachen Russlandaffäre die Unabhängigkeit der Justiz zu untergraben. «Ich erwarte Loyalität», soll er seinem damaligen FBI-Chef eingebläut haben. Der Geschasste verglich ihn daraufhin mit einem Mafiaboss.

Zwei Jahre später folgte die Entlastung Trumps: In seinem Bericht kam Sonderstaatsanwalt Robert Mueller zu dem Schluss, dass es keinerlei Belege für eine geheime Kooperation zwischen Trumps Wahlkampfstab und Moskau im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2016 gebe. Die Gegner des Republikaners wollen sich damit nicht zufriedengeben und verweisen auf angebliche Justizbehinderungen. Doch auch dafür ließen sich keinerlei Nachweise finden.

Mit Blick auf den Ukraine-Krieg keimt nun bei vielen die berechtigte Hoffnung auf, ein Machtwechsel in Washington könnte endlich Frieden bringen. Denn für Trump steht Entspannungspolitik immer noch ganz oben auf der Agenda. ■

Achtziger-Trump

«Am nächsten Abend trafen wir uns auf einen Drink. Es gab da nur ein kleines Problem. Ich trinke nicht (...). Ich erinnere mich, dass ich mich fragte, ob alle erfolgreichen Leute in Manhattan wohl solche Säufer sind. Ich fand heraus, dass das der Fall war. Das verschaffte mir einen großen Vorteil.» (*The Art of the Deal*, 1987)

«Ein gebildeter Schwarzer hat einen enormen Vorteil gegenüber einem gebildeten Weißen in Bezug auf den Arbeitsmarkt. Wenn ich heute losstarten würde, täte ich das gerne als gebildeter Schwarzer, weil ich wirklich glaube, dass sie heutzutage tatsächlich einen Vorteil haben.» (Interview mit Bryant Gumbel, 1989)

«Wer hat so viel geleistet wie ich? Niemand in New York hat mehr getan als ich.» (*Time*, 16.1.1989)

«Ich liebe es, Feinde zu haben. Ich bekämpfe meine Feinde. Ich mag es, meine Feinde zu vernichten.» (*Time*, 16.1.1989)

Trump und Putin am Rande eines APEC-Treffens in Vietnam im November 2017. Foto: picture alliance / ZUMAPRESS.com



DEMOKRATISCHER WIDERSTAND



KOMM ZU DEN BESTEN! *Komm zu uns!* © Seite 15

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 175, Samstag, 25. Mai 2024 bundesweit Verkaufpreis 2,50 Euro; ~~Umsatzsteuer~~ 1,50 Euro mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an Sodenkamp & Lenz - IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange

EMA: ÜBER 25.000 TOTGESPRITZTE • ÜBER 660.000 SCHWERE NEBENWIRKUNGEN



...die Ableitung zum Weltkrieg mit Übung und bei einer großen Wehrflecker der Herrschenden, um damit den De-facto-Kollaps des US-Dollars zu überlegen? Das was Verarmung und Niedergang als »grüne Transformation« zu verkaufen? – Viele Menschen helfen bei diesem »kleineren Übel«. Doch Kriege und Terror gegen die Völker sind keine die Weltlichkeit. Auch hier in der BRD geschahen seit über vier Jahren zwei nicht vermeintliche Verbrechen. Die Täter: Regierungsmitglieder, Konzernmagnaten, Lobbyisten und ihre willigen Vollstrecker. Doch das Volk beginnt, sich zu wehren. Das ist die Zukunft der neuen deutschen Friedens- und Demokratiabewegung.

Der US-Komplex rüstet auf, die BRD soll mitmachen. Zum »Mindset« in der »Zeitenwende« Von Dr. Christine Born

Aufrüstung ist das Gebot der Stunde und »der Faktor Zeit hat erste Priorität«, um Deutschland »kriegstüchtig« zu machen, so der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius im Gespräch mit Sandra Maischberger in der ARD am 24. April 2024. Nach Einschätzung des Verteidigungsministers hat Deutschland für die Aufrüstung fünf bis acht Jahre Zeit. Er sei sich ziemlich sicher, dass ein Angriff Russlands nicht unmittelbar bevorstehe.

In der Rüstungsproduktion »geben wir Gas«.

Für die »Wiederherstellung der Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr« brauche es dreistellige Milliardenbeträge Steuergeld. Ein »sozialer Kahlschlag« sei jedoch nicht in seinem Sinne, betonte der SPD-Politiker. Eine Wiedereinführung der Wehrpflicht – möglicherweise auch für Frauen – sei in Planung. 2011 war die allgemeine Wehrpflicht ausgesetzt worden. Die Abgeordnete Agnes Malczak von Bündnis 90/Die Grünen betonte damals, dass es ihrer Fraktion lieber gewesen wäre, die Wehrpflicht ganz abzuschaffen. Die »Zeitenwende« und das veränderte »Mindset« (Denkweise; red.) zeigen sich an diesem Beispiel ganz deutlich. Von der

Friedensorientierung der Grünen ist mittlerweile kaum etwas übrig. Pistorius erwähnte das Wort »Frieden« im Gespräch ganze zwei Mal: »Wir tun immer noch so, als wenn wir in Friedenszeiten leben würden.« Und noch einmal in seiner Beurteilung der »Schandfleckfrage« von Rolf Mützenich.

TERRITORIALES FÜHRUNGSKOMMANDO DER BUNDESWEHR

»Die Aufstellung des Territoriales Führungskommandos der Bundeswehr (TerrFÜKdoBw) im September 2022 ist eines der Ergebnisse der Zeitenwende.« Mit dem TerrFÜKdoBw

für die Landesverteidigung will die Bundeswehr auch schneller auf Krisen reagieren können. Es brauche Kräfte, die gegebenenfalls schnell für einen nationalen Krisenstab bereitstehen. »Damit werde auch Erkenntnissen aus der Arbeit des Corona-Krisenstabes im Bundeskanzleramt Rechnung getragen, so das BMVg.« Generalmajor Carsten Breuer ist erster Befehlshaber des TerrFÜKdoBw. Er leitete zuletzt den Corona-Krisenstab im Bundeskanzleramt. – Die Bundeswehrreform geht jedoch noch weiter in Richtung Zentralisierung, und es ist bereits von einem »Operativen Führungskommando« die Rede.

© Fortsetzung Seite 9

3 »SICK LIES« New York Post schreibt jetzt beim Demokratischen Widerstand ab

6 DEMOTERMIN Die neue deutsche Friedens- und Demokratiebewegung

10 BAUERN STEHEN AUF Kommt der Partisanenkampf des Volkes gegen Krieg und Verarmung?

14 REGENBOGENZIRKUS Weltmeister Berthold nimmt jungen Fußballer Camara in Schutz

NICHTOHNEUNS.DE

Schon jetzt ist sie eine der einflussreichsten Zeitungen in der deutschen Geschichte. Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand entstand ab März 2020 aus einem Flugblatt und wurde zur Wochenzeitung mit Vollredaktion und mittlerweile über 30 Millionen echt verbreiteten Exemplaren in bis Redaktionsschluss des Nancy-Magazins 180 Ausgaben. Auf dem Bild: Titelseite #DW175 vom 25. Mai 2024. An vielen Kiosken bestellbar und via DemokratischerWiderstand.de

Beruf: Digitale Verführerin

von Sophia Fuchs

Sie sind die Gaukler des Internet-Zeitalters: sogenannte Influencer. Millionen junger Menschen sind in ihrem Bann – bis die Falle schließlich zuschnappt.

Es war einmal eine Zeit, da gab es keine Handys. Statt in den sogenannten sozialen Medien fanden Begegnungen im echten Leben statt: ein Plausch mit den Nachbarn, der sonntägliche Gang in die Kirche, beim Einkauf auf dem Markt. So begab es sich, dass ein junger Mann namens Friedrich Schiller im Jahr 1797 eine Geschichte an die Öffentlichkeit brachte: die Ballade «Der Handschuh». Sie handelt von einem tapferen Ritter und einer edlen Hofdame. Die beiden verfolgen einen Kampf zwischen Wildtieren in einer Arena, als Kunigunde ihren Handschuh mitten ins Gemetzel fallen lässt. Sie fordert den Ritter Delorges auf, ihn als Beweis seiner Liebe zurückzuholen. Ohne zu zögern, betritt dieser die Manege, begibt sich zwischen die mörderischen Katzen und holt das gute Stück. Unversehrt kehrt er zurück, und alle sind von seiner Tapferkeit schwer beeindruckt, auch Kunigunde. Doch der Ritter schleudert ihr die edle Lederarbeit geradewegs ins Gesicht und verzichtet auf ihren Dank.

Schon bald war die Heldengeschichte in aller Munde und sorgte für Aufregung und Begeisterung

unter dem Volk. Was für ein Held, dieser Ritter Delorges! Und die Botschaft erst! Da sieht man es, Hochmut kommt vor dem Fall, liebe Kunigunde. Kinder spielten die Ballade nach, Erwachsene diskutierten sie. Letztlich ging Schillers Erzählung sogar in die Literaturgeschichte ein.

Die Internet-Barbies

300 Jahre später... Eine junge Frau sitzt in ihrem modernen Wohnzimmer und lächelt in die Kamera. Sie könnte auch eine Prinzessin sein – rein äußerlich. Langes blondes Haar, ein hübsches Gesicht, schlank, perfekt geschminkt. Es handelt sich um Julia Fröhlich oder auch xLaeta, wie sie sich auf Youtube nennt. Und sie möchte ebenfalls etwas mit der Öffentlichkeit teilen... «Hi, in meinem heutigen Video packen wir Pakete aus. Ich zeige euch, was man als Influencerin gratis zugeschickt bekommt, (...) und auch einige private Bestellungen von mir.»

Innerhalb kürzester Zeit wird das Video, das sich ausschließlich um Julias private Post dreht, über

Auf ihrem Kanal erfährt man Sensationelles: was es bei ihr zu essen gibt.

Auf Europas größter Beauty-Convention treffen sich die wichtigsten Influencerinnen der Szene, hier zu sehen: xLaeta aka Julia Maria, September 2019. Foto: imago images/Stefan Zeitz



Die Ausnahmen



Es gibt auch empfehlenswerte Influencer. Mit über 400.000 Abonnenten zeigt Leo von Ketzler der Neuzzeit, dass noch Hoffnung besteht: Hoffnung auf eine junge Generation, die nicht blind dem Mainstream folgt. Auf seinem Kanal klärt der junge Berliner über den Ukraine-Krieg auf, befragt Leute auf der Straße und gibt wichtige Denkanstöße zu den Themen Gender und Transsexualität. Auch seine Kollegin Eingollan bietet mit 130.000 Abonnenten den Systemmariotten Paroli.

Leo vom Youtube-Kanal Ketzler der Neuzzeit. Foto: youtube.com/@KetzlerDerNeuzzeit

Ach, du meine Güte! Der Coachella-Look von RTL-Moderatorin Lola Weippert. Foto: instagram/lolaweippert

30.000 Mal geklickt. Aber nicht nur ihre Pakete scheinen die Zuschauer zu interessieren: Egal ob «Holt euch das nicht! Größte Beauty-Flops aus der Drogerie» oder «Ich teste Tiktok-Hype-Produkte» (was für ein Wort), ihre Kurzfilme werden tausendfach aufgerufen. Ihr erfolgreichstes Video («Was du tust, aber nicht sagst») wurde sage und schreibe 4,1 Millionen Mal angesehen. Somit zählt die 28-Jährige zu den erfolgreichsten Internetstars Deutschlands. Doch wie heißt das Sprichwort noch so schön? Klasse statt Masse? In die Geschichte eingehen wird Julia mit ihren Unterhaltungsvideos jedenfalls mit Sicherheit nicht. Da hatte Schiller im 17. Jahrhundert mehr auf dem Kasten. Im Gegensatz zum damaligen Dichter hat sie weder ein Meisterwerk erschaffen noch eine wichtige Botschaft vermittelt, geschweige denn die Menschen in ihren Bann gezogen.

An jedem veröffentlichten Foto verdient sie satte 1.300 Euro.

Dennoch haben Julia und Schiller etwas gemeinsam: Beide waren – beziehungsweise sind – in ihrer jeweiligen Zeit Beeinflusser ihres Publikums. Auf Neudeutsch: Influencer. Durch ihre Bekanntheit und Reichweite haben ihre Taten und ihr Handeln einen enormen Einfluss auf die Gesellschaft. So gesehen sind Influencer kein Phänomen der heutigen Zeit. Es hat sie schon immer gegeben. Ob Jesus, Gandhi, Shakespeare oder die Dichterfürsten aus Weimar –

sie alle waren Beeinflusser. Vor allem aber waren sie starke Persönlichkeiten, was man von Julia nicht unbedingt behaupten kann. Ihr geht es vor allem um eines: sich selbst. Damit ist sie keine Besonderheit.

Influencerinnen wie sie gibt es in den sozialen Medien wie Sand am Meer. Ein bisschen Schminkschminki hier, ein buntes Vorschaubildchen da und noch irgendein völlig belangloses Thema – fertig ist die perfekte (und austauschbare) Digital-Ikone des 21. Jahrhunderts. Noch nicht genug bekommen von den Internet-Barbies? Dann ist Dagi Bee vielleicht die Richtige. Blond, von oben bis unten in Markenklamotten gehüllt und mit reichlich Make-up im Gesicht, unterhält sie ebenfalls ihre Zuschauer (zumeist Zuschauerinnen) über die Plattform Youtube. Die Ikone der Selbstinszenierung, die eigentlich Dagmara heißt, gehört zu den bekanntesten Influencern überhaupt mit sage und schreibe 3,92 Millionen (!) Abonnenten. Was bei ihr so auf den Teller kommt, ob ihr Sohn Nelio (gibt es den Namen überhaupt?) schon krabbeln kann, wann es mit ihrem Mann zum ersten Mal gefunkt hat – all das erfährt man auf ihrem Kanal. Menschen, die kein eigenes Leben haben, verfolgen ersatzweise das digitalisierte einer Fremden. Mütter setzen ihre Kleinkinder vor den Laptop, damit sie selbst Zeit dafür haben, anderen Müttern beim Spielen mit ihren Kindern im Internet zuzuschauen.

Likes, Klicks und Existenzängste

Aber man muss auch ehrlich sein: Influencer zu sein ist kein Zuckerschlecken. Zumindest nicht, wenn man kein großer Freund von Handys ist. Die müssen nämlich ständig parat sein, um das ganze Leben festzuhalten. Der Besuch beim Friseur, ein Einkauf bei H&M und so weiter. Aus diesem Grund hat der Instagram-Promi Julia, nicht zu verwechseln mit XLaeta, ihren verlässlichen Job als Friseurin hingeschmissen, um sich ganz ihrer wichtigen Internet-Karriere widmen zu können. Die Arbeit soll sich auszahlen, mittlerweile kann sie von den Werbeeinnahmen ihres Insta-Profiles gut leben. Denn an jedem veröffentlichten Foto verdient die junge Mutter satte 1.300 Euro und lockt damit zahlreiche Abonnenten in die Konsumfalle. Da dürfe sie sich schon mal den ein oder anderen Mädelsabend auf Mallorca gönnen, findet Julia. Im Gegenzug allerdings bedeutet das, ständig für seine Fans präsent zu sein: Nachrichten beantworten, Bilder posten, Videos drehen und so weiter. Ansonsten laufen einem die Fans – oder besser: die zahlenden Kunden – ruckzuck davon. Es gab wohl aber auch schon «Phasen, in denen man vielleicht nicht so viel gepostet hat – weil man gelebt hat oder so», berichtet die Trendsetterin dem ZDF in einem Interview. Häufig dürfe das aber nicht vorkommen, denn würden die Abonnentenzahlen sinken, stiegen die Existenzängste. Julia ist schließlich



alleinerziehend: Einen Mann gebe es zwar schon, der würde sich wohl auch gut kümmern, aber sie ist eben diejenige, die Geld ranschaffen muss.

Falsche Vorbilder

Das sind sie also, die Beeinflusser unserer Zeit. Arrogant, aufreizend, austauschbar. Was zählt, sind nicht länger ein Mehrwert für die Gesellschaft oder eine wichtige Botschaft, sondern Kooperationen mit Firmen, Aufmerksamkeit, Werbung und Geld. Während Schiller etwas erschuf, das Jahrhunderte später noch bekannt ist, haben die Influencer von heute nichts Besseres zu tun, als ihr materialistisches Privatleben in Szene zu setzen und zu verkaufen.

Damals ging es um Mut, Tapferkeit und Treue, heute geht es um Unterhaltung. Und ums Untenhalten. Wie das funktioniert, zeigt eine Influencerin in einem kurzen Reaktionsvideo zu einer Party auf Sylt, auf der «Deutschland den Deutschen, Ausländer raus» gesungen wurde: «Ich schäme mich einfach so sehr, eine deutsche Kartoffel zu sein», schnieft die junge Frau unter Tränen in die Kamera. «Unsere Vergangenheit, wir haben so viel Scheiße gebaut. (...) Schämt euch wirklich.» Ende der Botschaft. Lola Weippert, die eigentlich als Moderatorin auftritt, ist ein perfektes Beispiel dafür, wie über die sozialen Medien politische Meinungsmache betrieben wird. Doch Lola ist nur eine von vielen Marionetten des Systems.

«Ich schäme mich einfach so sehr,
eine deutsche Kartoffel zu sein.»
Influencerin Lola

Ein weiteres Beispiel gefällig? Sashka, die eigentlich Alexandra heißt und 859.000 Abonnenten auf Youtube hat, dreht bevorzugt Videos über gesellschaftliche Skandale, so eben auch über die bereits erwähnte Sylt-Party. Statt auf das Thema an sich einzugehen (Woher kommt die Abneigung gegen Migranten? Haben wir ein Problem mit Ausländern? Spitzt sich die Lage im Land zu?), rät sie ihren Zuschauern, nach den bösen Rechten zu fahnden, um sie anzuzeigen oder gegen sie zu hetzen. Auch Lola Weippert bekommt in ihrem Video eine Bühne geboten: Ihr Geheule sei zwar «etwas übertrieben», aber die Botschaft stimme schon.

Alicia Joe, ebenfalls sehr erfolgreich mit 655.000 Abonnenten, geht da noch etwas weiter. Sie firmiert als Immanuela Kant, gibt sich superkritisch und total objektiv. Ihr Motto: «Man kann mit allen Menschen reden (...), sofern sich deren Meinungen



im demokratischen Meinungsspektrum befinden.» Und wer das definiert, wissen wir ja. Womöglich ist das der Grund, weshalb sie mit ihrem Video «Wie euch rechte Youtuber manipulieren», eine Hetzkampagne gegen Widerständler wie Ketzler der Neuzeit und Eingollan gestartet hat.

Wer noch nicht genug hat, kann sich gerne noch durch den Kanal von Desy klicken. Die junge Dame (natürlich ebenfalls völlig unparteiisch) will in einem ihrer Videos aufdecken, warum «alle Unternehmen plötzlich woke sein wollen». Bevor sich jemand Hoffnung macht: Nein, sie hinterfragt nicht die Ideologie der Wokeness. Sie bemängelt lediglich, dass die ganzen Konzerne den Regenbogenquatsch nur mitmachen, um bei den Leuten gut anzukommen. In Wahrheit seien auch sie nämlich böse Rechte (oder so ähnlich).

Youtube-Stars fesseln ihre jungen Zuschauer nicht nur stundenlang an den Bildschirm, sondern ziehen ihnen auch noch das Geld aus der Tasche. Laut aktuellen Zahlen hat jeder fünfte Deutsche schon mal ein Produkt auf «Empfehlung» eines Influencers gekauft. Das Fraunhofer-Institut schockte zu Jahresanfang mit einer Studie zum Thema: Demnach gaben mehr als die Hälfte der 1.000 befragten Jugendlichen innerhalb der letzten sechs Monate bis zu 50 Euro für beworbene Artikel aus. Die Influencer selbst freuen sich über klingelnde Kassen: Ab 500.000 Abonnenten auf Youtube winken – je nachdem, wie oft ihre Videos und vor allem die darin enthaltene Werbung geklickt wird – gerne mal 30.000 Euro pro Monat. ■

Dagi Bee ließ ihre Follower zunächst abstimmen, wie sie sich verändert hat, bevor sie sich mit dem neuen Look präsentierte. Tipp: Es ist die Haarfarbe, ein relativ sanftes Kupferblond. 50.000 Fans lagen richtig ... Foto: instagram/dagibee



Youtuberin Alicia Joe. Foto: X/aliciajoe

*_ Sophia Fuchs (*2002) war bis zur Geburt ihres Kindes COMPACT-Redakteurin und schreibt weiterhin für uns zu gesellschaftspolitischen Themen. In COMPACT 5/2024 zog sie Bilanz über das Staatsversagen im Ahrtal.*



Der Überläufer

_ von Ilia Rivkin

Unser Autor befindet sich derzeit in Donezk im russischen Donbass. Dort unterhielt er sich mit einem ukrainischen Deserteur. Dessen Augenzeugenberichte von der Front hat er protokolliert – sie sind detailliert und in vielerlei Hinsicht überraschend.

Ein ukrainischer Soldat in einem Graben an der Front. Foto: IMAGO/Le Pictorium

Am dritten Kriegstag [26. Februar 2022] wurde ich wegen vermeintlich «pro-russischer Äußerungen» entlassen und als «Spion» gebrandmarkt. Der Geheimdienst SBU durchsuchte mein Haus, aber zum Glück verlief alles glimpflich. Der örtliche Polizist, dem ich kurz vorher bei der Renovierung geholfen hatte, zahlte die Kautions und bürgte für mich. Er meinte, ich solle einfach den Mund halten, dann ließen sie mich in Ruhe.

Im Sommer 2022 erhielt ich die ersten drei Einberufungsbescheide und verbrannte sie. Am 22. Dezember wurde ich an einer Straßensperre angehalten. Ein Verkehrspolizist nahm meine Daten auf und stellte mir einen Einberufungsbescheid aus.

Nach der ersten Musterung wurde ich aus gesundheitlichen Gründen freigestellt, aber bei der zweiten erklärten sie mich plötzlich für dienstfähig. Als Journalisten unseren Übungsplatz in der Nähe von Bila Zerkwa besuchten, hielten sie uns vom Lager fern. Nur das Kommando durfte mit den Presseleuten sprechen. Sie erzählten ihnen, wir seien eine Freiwilligenbrigade, doch keiner von uns war freiwillig dort.

Ausbildung in Grafenwöhr

Nach zweieinhalb Monaten auf dem Schießplatz erhielten wir Nachricht, dass wir nach Deutschland gehen würden, um von der NATO ausgebildet zu werden. Einen Monat und zwei Wochen verbrachten wir auf dem Stützpunkt Grafenwöhr in Bayern. Unsere Reise führte uns per Bus durch Polen, wo wir Zivilkleidung trugen und unsere Militäruniformen in Rucksäcken verstauten. Überall wurden wir von Amerikanern eskortiert und empfangen.

Als wir ankamen, trafen sich unsere Kommandeure mit den NATO-Offizieren. Die fragten schnippisch, mit welcher Ausstattung wir angereist waren, denn sie hatten bereits ihre gesamte Ausrüstung abgegeben. Es stellte sich heraus, dass nur zwei Bradley-Panzer für eine Kompanie von 120 Mann zur Verfügung standen.

In Grafenwöhr brachten uns Männer mit Kriegserfahrung aus dem Nahen Osten und Afghanistan bei, wie man kämpft. Doch diese Methoden waren offensichtlich nicht geeignet, um der russischen Armee zu begegnen. Auf dem Stützpunkt gab es auch ein Sortierzentrum, wo unsere Soldaten mit Donbass-Erfahrung separat befragt wurden. Die amerikanischen Ausbilder waren sehr daran interessiert, die Feinheiten der russischen Taktiken zu erfahren.

Was wir in Grafenwöhr gelernt hatten, erwies sich als nutzlos.

Nach anderthalb Monaten machten wir uns auf den Rückweg. Zunächst landeten wir wieder am Einsatzort in der Nähe von Bila Zerkwa, wo wir weitere drei bis vier Wochen blieben. Es wurde schnell klar, dass wir erneut taktisches Training brauchten. Was wir in Deutschland gelernt hatten, erwies sich als nutzlos.

Es gab eine Übung: Wir positionierten uns im Feld und bildeten eine Kreisverteidigung, während ein Offizier mit Spähern aufklären ging. Ich sagte zu ihm: «In 15 Minuten werden uns die Drohnen entdecken, und die Artillerie wird zuschlagen.» Er erwiderte: «Ich verstehe, aber ich habe eine Vorgehensweise, an die Sie sich halten müssen.»

Als wir zum Schießstand gingen, erklärte ich, dass mir fünfzehn Patronen nicht ausreichten: «Geben Sie mir fünfzehn Schachteln. Ich kann das Ziel nicht sehen. Ich muss mit dem Maschinengewehr länger üben, weil ich nicht erkennen kann, wohin die Kugel geht. Meine Sehkraft ist schlecht.» Der Ausbilder sagte: «An der Front wirst du es lernen.» Unser Ausbildungsprogramm war viel zu kurz. Was wir in sechs Monaten lernen sollten, haben wir in einer Woche durchgezogen.

Unsere Soldaten stürzten sich dort sofort auf die Drogen: Badesalz und Speed.

Eines Tages rief mich meine Mutter an und sagte, dass sie die Nummer meines älteren Bruders habe. Ich rief Telegram auf, gab seine Nummer ein und begann, mit ihm zu schreiben. Mein Bruder diente in der Volksmiliz der [russischen] Donezker Volksrepublik und bat mich, für ihn Informationen zu sammeln. Über Messenger berichtete ich ihm, was ich gesehen hatte: Standort unserer Truppen, Zahlen, Aktivitäten, Zugehörigkeit zu einer Einheit, Waffen.

Die Sturmeinheiten, die vorne kämpften, starben schnell, und es gab nie genug von ihnen. Wir wurden aufgeteilt. Ein Teil blieb beim Nachschub, der größere Teil wurde zu den Sturmtruppen versetzt. Auch ich ging dorthin, aber was für ein Stürmer war ich schon? Ich sagte den Leuten, dass wir zur Schlachtbank geführt würden. Wir waren alt und müde. Ein bisschen Adrenalin hilft, aber wenn die Erschöpfung eintritt, ist man machtlos.

An der Front

Wir wurden nach Kupjansk geschickt, wo die 92. Brigade die Linien hielt. Dort stieß ich auf westliche Söldner, darunter Amerikaner, Polen, Leute aus Tai-

wan und Letten. Alle trugen Multicam-Uniformen, andere Uniformen sah ich nicht. Die Söldner kämpften Seite an Seite mit den ukrainischen Jungs. Die 92. Brigade war top ausgerüstet mit Artillerie, Panzern, gepanzerten Transportern, Mörsern und einem Satellitenaufklärungsterminal.

Die Satellitendaten wurden in Echtzeit auf einem speziellen Tablet aktualisiert. Sobald das Mörserfeuer von der gegnerischen Seite einsetzte, überprüfte die junge Dolmetscherin sofort die Informationen auf dem Tablet. Bei Annäherung der Russen kamen die Kämpfer aus ihren Kellern hervor, nahmen Feuerpositionen ein und begannen mit dem Unterdrückungsfeuer. Ihre Granatwerfer waren bereits vorbereitet und einsatzbereit. Sie wussten genau, wann und wohin sie feuern mussten.

Eine Stunde später checkte die Dolmetscherin erneut das Tablet und stellte fest, dass die Gruppe sich zurückgezogen hatte – es gab Tote und Verwundete. Ihr außergewöhnlich hoher Informationsstand beeindruckte mich sehr.

Als wir an unserem Einsatzort ankamen, wurden wir einen Tag früher als geplant an die Front geschickt. Der Befehl des Kommandos lautete, dass wir unsere Stellungen aufsuchen sollten. Wir waren unerfahren, wussten nicht, was echter Kampf oder Explosionen sind. Die Übungssprengladungen zählten nicht. Die 92. Brigade, die vor uns dort stationiert gewesen war, sollte uns alle Feinheiten und Details zeigen, denn sie hatte bereits Kampferfahrung. Wir verteilten uns, hatten jedoch keinen Zugang zu den Informationen, die unsere Vorgänger hinterlassen hatten. Sie waren alle in Kellern stationiert und verfügten über mindestens drei Drohnen, die rund um die Uhr die Umgebung in einer Tiefe von 50 Kilometern überwachten. Eine Drohne pro Gefechtsstellung. Als die Brigade abzog, nahmen sie alles mit.

Ich rief nach Kettensägen, Äxten und Schaufeln. Die freiwilligen Helfer antworteten lapidar: «Wir haben nichts, holt es euch selbst.» Egal wie viel Geld für die Ukraine gesammelt wird, es verschwindet im Nirgendwo. Zehn Säcke Brot brachten sie und meinten, das würde für einen Monat reichen. Das Brot stand zwei Tage da und verschimmelte. Ich fragte, was wir tun sollten. Alles mussten wir selbst kaufen, von unserem eigenen Geld. Als ich Handschuhe anzog, riss der Stoff sofort an meinen Fingern. Die Schuhe waren für den Winter gut, doch hier im Sommer nutzlos.

Auf dem Weg zu den Stellungen wurden wir zuerst zum Verteilungszentrum gebracht; ein Panzerwagen kam, um uns abzuholen. Unsere Jungs stürzten sich dort sofort auf die Drogen: Sie rauchten Badesalz und nahmen Speed, um wach zu bleiben.



Spannende Lektüre: Alle Reise-reportagen unseres Autors finden Sie in diesem Buch. Erhältlich unter compact-shop.de. Foto: Jung-europa-Verlag

Ilja Rjwkin, russischer Dramaturg und Journalist, lebt in Berlin und spricht fließend Deutsch. Zuletzt hat er sein Buch «Russendämmerung» veröffentlicht – eine Sammlung von Reisereportagen aus dem Gebiet der früheren Sowjetunion (erhältlich unter compact-shop.de).



Ukrainisches Rekrutierungsplakat: Zu Beginn des Krieges meldeten sich noch Männer freiwillig. Heute fehlen Soldaten, und Kiew setzt zunehmend auf Zwangsmethoden.
Foto: IMAGO/ZUMA Wire

Anzeige

Die russischen Soldaten näherten sich so geschickt, dass wir sie nicht sahen. Einer wurde 150 Meter von uns entfernt getötet. Der Kommandant befahl mir: «Geh und hol die Trophäe.» Ich ging nachts raus und schaute nach: Die Schutzweste und der Helm lagen da, aber keine Leiche! Ein anderes Mal wurde eine russische Drohne abgeschossen, die wohl teuer war. Plötzlich war sie verschwunden. Irgendjemand hatte sie unbemerkt weggebracht.

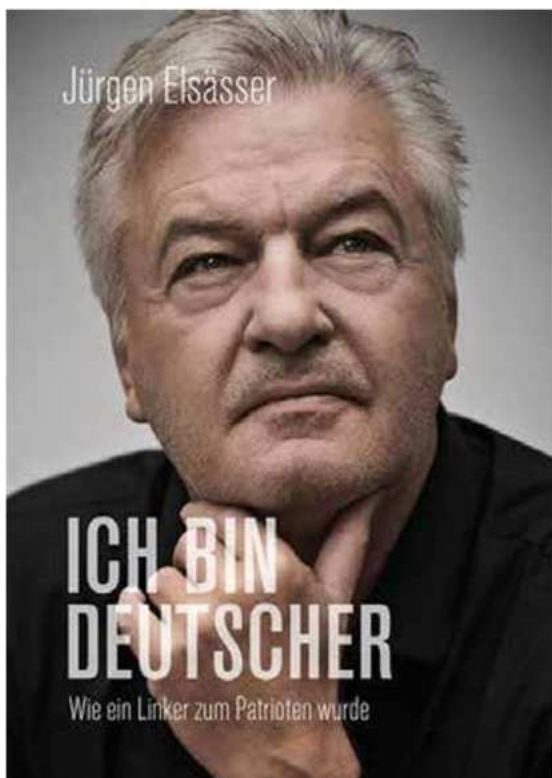
Die russischen Soldaten nahmen mich auf wie einen Kameraden.

Als Unteroffizier hatte ich die Aufgabe, eine Gruppe zu führen und Markierungen zu setzen. Zwei Drohnen standen uns zur Verfügung, doch eine ging während eines Einsatzes verloren, und die andere wurde durch feindliche elektronische Kampfführung abgeschossen. Die Einsatzzeit der Drohnen wurde drastisch eingeschränkt. Oft mussten wir selbst zu den Stellungen gehen und mit einem Fernglas Beobachtungen durchführen. Das war äußerst riskant, denn jede längere Nutzung des Fernglases konnte unsere Position verraten und zu feindlichem Mörserfeuer führen.

In der ersten Woche herrschte Ruhe und Gelassenheit. Doch nachdem wir ein paar Drohnen abgeschossen hatten, richtete sich die Feuerkraft gezielt gegen unsere Stellungen. Zuvor waren es nur Tief- und Überflüge gewesen. Plötzlich kreiste jedoch eine spezielle Drohne mit einem Lautsprecher über uns und forderte uns zur Kapitulation auf. Während sie ihre Runden zog, herrschte einen halben Tag lang völlige Ruhe.

Das Ende

Als die Russen erfuhren, dass die 92. Brigade abgezogen war und wir unerfahrenen Kämpfer die Stellungen besetzt hielten, stürmten sie unsere Positionen. Es kam zum ersten Gefecht. Meine Kameraden zogen sich zurück. Ich ließ mein Maschinengewehr fallen und entschied, mich zu ergeben. Uns war eingetrichtert worden, es sei besser, sich nicht zu ergeben, denn die «Orks» [Schimpfname für Russen, Anspielung auf die tumben Barbarenkrieger aus *Der Herr der Ringe*] würden foltern und Köpfe abschneiden. Doch in meinem Fall kam alles anders: Die russischen Soldaten nahmen mich auf wie einen Kameraden. Als ich gefangen genommen wurde, eröffnete die ukrainische Seite das Feuer auf uns, um sicherzustellen, dass ich nicht als Gefangener überleben würde. Aber ich habe überlebt. ■



EIN GROßER JOURNALIST HAT SEINE AUTOBIOGRAPHIE VORGELEGT

JÜRGEN ELSÄSSER: «ICH BIN DEUTSCHER»

Die große Autobiographie von COMPACT-Chef Jürgen Elsässer – eine faszinierende Reise durch die letzten 50 Jahre, vom Kalten Krieg über die Wiedervereinigung bis zum Great Reset. Viele Personen der Zeitgeschichte hat Elsässer persönlich kennengelernt, mit ihnen zusammengearbeitet, gestritten, sie interviewt: Jürgen Trittin, Slobodan Milošević, Hermann Gremliza, Oskar Lafontaine, Mahmud Ahmadinedschad, Ken Jebsen, Frauke Petry, Günter Gaus, Sahra Wagenknecht, Björn Höcke, Daniel Goldhagen, Peter Scholl-Latour, Alice Weidel, Götz Kubitschek, Martin Sellner, Michel Friedman, Oliver Janich, Xavier Naidoo, Egon Bahr.

Nur Elsässer erlebte aus nächster Nähe, wie die Linken ihre Ideale verrieten und sich mit den Eliten verbündeten – und wie die AfD im Morast des Parlamentarismus an Boden verlor. In der Freiheitsbewegung gegen die Corona-Diktatur sieht er die Chance für einen neuen revolutionären Aufbruch.

«Der deutsche Stephen Bannon.» (Der Spiegel über Elsässer)

«Für Jürgen Elsässer ist das Andersdenken Prinzip. Hauptsache, gegen den Mainstream.» (Rolling Stone)

Hardcover 580 Seiten | ISBN: 978-3-89706-818-6 | Kai Homilius Verlag



Tütensuppen mit Fledermaus

Auch wenn Politiker sich gegen die Corona-Aufarbeitung sperren: Zombie- und Trashfilmer erledigen diesen Job bereits seit Jahren.

Regime sturmreif geschossen

Der Preis der Republik geht an die Journalistin Aya Velázquez.

Laudatio von Anselm Lenz

Mit der Veröffentlichung der ungeschwärzten RKI-Protokolle in der vergangenen Woche setzte die Journalistin Aya Velázquez einen Schlusstrich unter das Lügenregime.

Es ist einer der ganz großen Coups des Widerstandes, der erhebliche Wirkungstreffer im pervers lügenden Mainstream erzielt. Aus den ungeschwärzten RKI-Protokollen gehen die politisch Hauptverantwortlichen in der BRD und die willigen Vollstrecker des terroristischen Angriffs auf uns Menschen zweifelsfrei hervor: Es sind die Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU; a.D.) und Karl Lauterbach (SPD; amtierend).

Gemeinsam mit dem Prof. Dr. oec. publ. Stefan Homburg, Preisträger der Republik, und dem Buchautor Bastian Barucker präsentierte die zentrale Rechercheurin Aya Velázquez per einer gut aufbereiteten Online-Seite die gesamten RKI-Protokolle plus 1.800 Seiten Zusatzmaterial. Seither

arbeitet ein Schwarm von Zehntausenden Lesern die kruden Lügen des Regimes am Originalmaterial heraus. Die frühere DW-Redakteurin Velázquez hat damit nach ihrem großen DW-Originalbeitrag »China und der Great Reset« (#DW28 vom 27. November 2020), und ihrem Dokumentarfilm (DW berichtete), ihre dritte relevante Leistung in den zurückliegenden vier Jahren vorgelegt. Schon weit mehr und vor allem viel wirksamer, als alles, was so manch Alternativ-Sternchen und V-Männchen zu Wege bringt. Allein dafür gebührt Aya Velázquez Dank, Achtung und der Preis der Republik!

»Falscher Fuffz'ger«? Nein, glaube ich nicht. Velázquez ist einfach zu intelligent für das Regime und manchmal für sich selbst. Ihr »altlinks« motiviertes Einzelgängertum führt leider auch dazu, dass Velázquez einzelne Aufklärer wie den Preisträger der Republik, Professor Dr. med. Sucharit Bhakdi, Demonstrationen und sogar die No. 1 – den DW – immer mal wieder verteufelt. Aber aus ihrer unaufgeräumten Sektierer-Ecke bringt sie doch immer wieder mal einen echt genialen Coup zustande: Chapeau! (Dieser Text ist eine Übernahme aus #DW181 vom 3. August 2024, DemokratischerWiderstand.de)

*Szene aus »Corona Zombies«:
Ein abscheuliches Virus sucht die
Menschheit heim – und macht aus
seinen Opfern grausame, anste-
ckende und menschenfressende
Monster. Foto: rottentomatoes.com*

Bei Corona fühlten
sie sich an ihre
Horrorfilme
erinnert.



*Demonstrantin der
Demokratiebewegung
im Mai 2024 in Berlin*

SEIT 28. MÄRZ 2020...

... geht die neue deutsche Friedens- und Demokratiebewegung bundesweit und fast jeden Tag auf die Straße, siehe Nicht-OhneUns.de.

Ihre Ziele sind positiv, volksnah, durchführbar und realistisch.

DER FÜNF-PUNKTE- PLAN

Die Ziele der labellosen Demokratiebewegung lauten seit 28. März 2020

1. SOFORTIGES ENDE DER CORONA-MASSNAHMEN AUCH IN DEUTSCHLAND.

2. WIEDEREINHALTUNG DES GRUNDGESETZES, DES NÜRNBERGER KODEXES & DES MENSCHENRECHTES IN WORTLAUT UND SINN.

3. NEUWAHLEN, BRECHUNG DES PARTEIENPRIVILEGS, IMPERATIVES MANDAT.

4. VOLKSENTSCHEIDUNG ÜBER ALLE GRUNDLEGENDEN ANGELEGENHEITEN (FRIEDEN, WÄHRUNG, WHO USW.).

5. VERFASSUNGSENERNEUERUNG AUF BASIS DES GRUNDGESETZES MIT WIRTSCHAFTS- & SOZIALCHARTA AUS DEM VOLK SELBST.

Fotos: Georgi Belickin / DW



«Hawk Tuah!»

von Michael Kumpmann

Ein Internet ohne Memes ist heutzutage undenkbar. Doch oft verbirgt sich hinter den bekannten Bildern eine Geschichte, auf die kaum einer kommen würde.

Vor wenigen Wochen gelangte Hailey Welch aus Nashville, Tennessee, zu unerwarteter Berühmtheit. Die 21-jährige Blondine war abends mit ihrer Freundin unterwegs, als sie von dem Youtuber DMarloww (*Tim & Dee TV*) bei einer Straßenumfrage angequatscht wurde. Der Interviewer wollte von den beiden Damen wissen, mit welchem Trick sie einen Mann im Bett um den Verstand bringen können. Während ihre Freundin rumdruckste, platzte es aus Hailey heraus: «Aaah, you gotta give 'em that hawk tuah and spit on that thang, you get me?» (Du musst ihnen dieses «Hawk Tuah» geben und auf das Ding spucken, kapiert?). DMarloww verstand nichts – sie solle ihm das mal zeigen. Gesagt, getan: Die junge Frau wiederholte den wortmalerischen Ausdruck und tat dabei so, als spucke sie auf das Mikro. Nun raffte der Influencer, was gemeint war und fing schallend an zu lachen.

Das Video verbreitete sich innerhalb kürzester Zeit viral im Netz. *Tim & Dee TV* ist ein Youtube-Kanal mit gerade einmal 42.100 Abonnenten, die dort veröffentlichten Clips kommen durchschnittlich auf 70.000 Views, gute auch mal auf 130.000. Doch «Hawk Tuah!» haben binnen zwei Wochen allein auf Youtube über fünf Millionen Nutzer angesehen. Shorts bei Tiktok kommen auf noch mehr Zugriffe. Inzwischen gibt es auch tausende von Memes (im

Internet verbreitete Bilder mit humorvollen oder sarkastischen Inhalten), die auf der Szene mit dem sympathischen Südstaaten-Girl basieren. Auch Rechte sind auf den Zug aufgesprungen – nutzen Hailey-Memes als Statement gegen Feminismus und die LGBTQ-Szene. Warum? Das Video wurde im Juni aufgenommen, den die Schwulen- und Lesbenlobby als «Pride Month» feiert. Und das, was die junge Frau aus Nashville vorgemacht hat, ist an Heteronormativität wohl kaum zu übertreffen.

Doch auch die US-Demokraten versuchten die junge Frau, die als Angestellte in einer Federbettenfabrik arbeitete, für ihre Zwecke zu nutzen, da sie meinten, aus einer anderen Interviewpassage eine Aussage gegen Donald Trump herauszuhören. Weit gefehlt! Zwar sei Hailey keine ausgewiesene Anhängerin der Republikaner, aber auch keine Gegnerin. Sie würde ihm halt nur keinen Blowjob geben, stellte sie später klar.

Doomer, Boomer und Coomer

Die Geschichte zeigt, wie Memes entstehen – und einen neuen Sinn bekommen können. Ein anderes Beispiel ist Wojak, auch bekannt als Feels Guy. Diese Darstellung eines glatzköpfigen Mannes mittleren Alters wirkt niedergeschlagen und trau-

Das Video mit Hailey Welch wurde binnen zwei Wochen über fünf Millionen Mal angesehen.

*Kult-Video: Hailey demonstriert mal, wie sie das meint.
Foto: Screenshot Youtube*



Merchandise



Die riesengroße Verbreitung des «Hawk Tuah»-Videos ist vor allem in der Persönlichkeit von Hailey Welch begründet: Sie sieht gut aus, wirkt ungemein sympathisch, hat ein ansteckendes Lachen, einen kräftigen Südstaatenakzent, Charisma und ein freches, ungezwungenes Auftreten. Und natürlich gilt auch hier: Sex sells. Der Clip verbreitete sich in Windeseile – und fast ebenso schnell gab es zahlreiche Merchandise-Artikel wie Kappen oder T-Shirts mit dem lautmalerischen Ausdruck. Den will sich die junge Frau nun als eigenständige Marke schützen lassen. Der Verkauf wird über eine Bekleidungsfirma in Tennessee laufen, die damit schon ohne Lizenz in den ersten Wochen über 65.000 Dollar erwirtschaftet hat. Davon bekommt Welch schon mal einen gehörigen Teil ab.

«Hawk Tuah» zum Anziehen. Foto: Red Bubble

Bild unten links: Präsidialer Frosch: Pepe als Trump. Foto: X

Bild unten rechts: Gleichförmig: Der NPC aka Schlafschaf. Foto: X

rig, weil er sich in einer ungünstigen Lebenssituation befindet und sein Dasein als unterbezahlter Lohnsklave fristet. Sein Leid erträgt er tapfer. Auf dem Youtube-Kanal *Meme Analysis* wird der Feels Guy als Chiffre für das apollonische Prinzip interpretiert – ein ästhetisches Konzept Nietzsches, das auf Ordnung und Pflichtgefühl basiert und den Intellekt über körperliche Bedürfnisse stellt. In der rechten Internet-Blase hingegen steht Wojak zumeist für den sogenannten Doomer. Von der Mentalität her ist er das Gegenstück zum Boomer. Während Letzterer die Gegenwart und das politische System großartig findet, ist der Doomer ein Pessimist, der alles in schwarzen Farben malt. Der Bloomer wiederum ist ein vormaliger Doomer, der seine negative Weltansicht überwinden konnte. Der Coomer hingegen ist ein Boomer, der Frauen im Netz mit penetranten sexuellen Anspielungen nervt.

Aus Wojak entstand 2016 das Meme des NPC – eigentlich ein Begriff aus der Gamer-Szene, der einen Nichtspielercharakter bezeichnet, also eine Figur, die vom System gesteuert wird. Im politischen Kontext bedeutet das: eine Person, die sich von den Herrschenden willfährig lenken lässt, voll auf Linie ist. Oft wird dieses Meme mit den Lieblingssymbolen des linkliberalen Mainstreams versehen, etwa Regenbogenfahnen oder Ukraine-Flaggen. Der NPC wiederholt stupide Floskeln wie «Alle Wissenschaftler stimmen überein» (etwa in Bezug auf Corona oder den Klimawandel) und ist nicht in der Lage, eigene Gedanken – die womöglich von der erwünschten Meinung abweichen könnten – zu formulieren.

Pepe in Kekistan

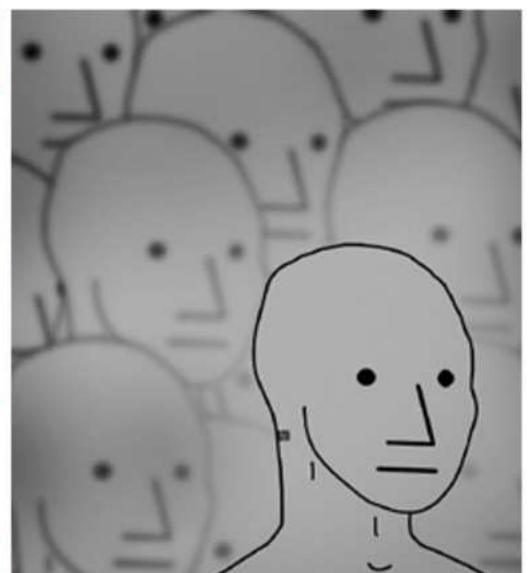
Ganz anders drauf ist Pepe der Frosch. Dabei handelt es sich um eine ursprünglich unpolitische Figur, die 2005 von dem US-Cartoonisten Matt Furie erfunden wurde. 2008 gab es in seinem Comic eine Szene, die

die anthropomorphe Amphibie zum Meme machte: Pepe sitzt erleichtert auf dem Klo und sagt: «Das fühlt sich gut an, Mann!» Zu dieser Zeit warb sogar die Fast-Food-Kette Wendy's mit der grünen Figur, die witzig, aber auch reichlich chaotisch ist. In der Meme-Welt wurde Pepe damit als Gegenstück zum überernsten Wojak bekannt.

Der ursprünglich unpolitische Frosch gilt mittlerweile als «Hasssymbol».

Etwa ab 2015 entdeckten Konservative und Rechte den ulkigen Frosch als Symbol. Um eventuellen Copyright-Klagen vorzubeugen, machte man ihn etwas dicker und nannte ihn Groyper. Von Alt-Right und Trump-Unterstützern wurde er im US-Präsidentenwahlkampf 2016 exzessiv eingesetzt – weswegen ihn die Anti-Defamation League später zum «Hasssymbol» erklärte. Rechte Nerds haben dann herausgefunden, dass es im Alten Ägypten eine Froschgottheit namens Kek gab. Er galt als Wächter zur Ebene des Urchaos (Keku-semau) und trug auch den Beinamen «Lichtbringer» (also quasi Luzifer). Witzigerweise gibt es eine mit Hieroglyphen versehene Statue zu Ehren dieses Gottes, auf der eines der Schriftzeichen einem Menschen ähnelt, der vor einem Computer sitzt. Man verband diese altägyptischen Motive mit Pepe und entwarf eine Idealwelt namens Kekistan – als Gegenentwurf zum bunten Regenbogenland der Woken.

Zur Hymne des neurechten Gottes Kek wurde der Achtziger-Popsong «Shadilay» der Italo-Band P.E.P.E. (!) auserkoren. Auf dem Cover der Single waren seinerzeit ein Frosch mit Zauberstab und die



Worte «Magischer Klang» abgebildet. Das Lied hat einen kryptischen Text mit okkult anmutenden Anspielungen, manche Zeilen wirken sogar wie Propezeiungen über das Internet. So kommen etwa «elektronische Videoclips» vor, die erst anderthalb Jahrzehnte später mit Youtube, Tiktok & Co. zum Allgemeingut wurden.

Rechte Nerds stellten irgendwann eine Verbindung zwischen Kek und der von dem Cyberpunk-Philosophen Nick Land vertretenen Idee des Akzelerationismus her. Die besagt im Wesentlichen, dass man den Niedergang der gegenwärtigen Weltordnung nicht stoppen, sondern durch das Schüren von Instabilität und Chaos noch beschleunigen sollte. Der Frosch passt ebenso zu Alexander Dugin, der den magischen Chaosstern als Symbol seiner Eurasischen Bewegung nutzt und der Rechten in seinem Buch *Die Vierte Politische Theorie* empfiehlt, nicht mehr auf der Seite der Ordnung zu stehen und diese bewahren zu wollen, sondern sich dem (Ur-)Chaos als rettender Kraft zuzuwenden. In diesem Sinne wäre Wojak ein Idiot, der sich an ein dem Untergang geweihtes System klammert, während Pepe die Verkörperung des schöpferischen Chaos ist, das eine neue Ordnung gebiert.

Cooler Katzen, harte Hunde

Neben solch politisch eindeutigen Figuren gibt es zahlreiche Memes, die allgemein gebräuchlich sind, jedoch mitunter auch in rechtem Kontext auftauchen. Populär ist etwa das «Frau schreit Katze an»-Bild. Die Collage ist zusammengebastelt aus einer Szene der TV-Serie *The Real Housewives from L.A.* (eine wütende Darstellerin, die vorwurfsvoll auf etwas zeigt) sowie einem Foto des Tumblr-Users Deadbeforedeath, der seine Katze an einem gedeckten Tisch mit Gemüse aufgenommen hat, wobei sein Haustier etwas schräg dreinschaut. In der Regel wird dieses Meme eingesetzt, um übertriebene Hysterie über etwas darzustellen, das einen selbst völlig kalt lässt.

Wojak erträgt tapfer sein Leid, ohne aufzubegehren.

Sehr bekannt ist auch «Hide the Pain Harold». Dahinter verbirgt sich der ungarische Rentner Andras Arato, der als Model für Stockfoto-Anbieter arbeitet. Am bekanntesten ist das Motiv, auf dem er mit einer Tasse Kaffee am Laptop zu sehen ist. Sein Markenzeichen ist ein Lächeln, das gequält wirkt – darum auch «hide the pain»: verstecke den Schmerz. Das Meme kann als «Gute Miene zum bösen Spiel» verstanden werden. Ähnlich bekannt ist der «Distracted Boyfriend», ebenfalls ein Stock-Foto: Ein junger



Mann läuft mit seiner Freundin durch die Straße, guckt aber einer anderen Frau hinterher, während seine Liebste ihn deswegen giftig anschaut. Im politischen Kontext kann dieses Meme etwa so beschriftet sein: Der Mann ist die CDU, seine Freundin ist die FDP, er liebäugelt aber schon mit der anderen Frau, den Grünen.

Dumm gelaufen: «Wenn Du ein neues Memes zum Verschicken an deine Kumpel findest - aber gar keine hast.» Foto: imaflip.com

Unbeabsichtigte Berühmtheit erlangte auch Doge – ein Hund der Rasse Shiba, der von der japanischen Kindergärtnerin Atsuko Sato aus dem Tierheim geholt wurde. Sato machte Fotos von ihrem Vierbeiner und veröffentlichte 2010 diese Bilder auf ihrem privaten Blog. Im selben Jahr teilte jemand Fotos von dem Hund auf dem Netzwerk Reddit. Viele fanden den kleinen Kerl so niedlich, dass bald eine Unterkategorie für Doge-Memes eingerichtet wurde. Bekannteste Abwandlungen ist Swole Doge: Hier ist der Hund übertrieben muskulös dargestellt, während ihm ein traurig dreinblickender kleiner Kläffer gegenübersteht. Damit soll der Gegensatz zwischen (auch ideologischer) Kernigkeit und Schwächlichkeit aufgezeigt werden.

Als Doge vor wenigen Monaten im Alter von 18 Jahren an Krebs starb, löste dies in der Internet-Gemeinde weltweit Bestürzung aus. Es gab sogar Trauerfeiern im sogenannten Real Life, also außerhalb der virtuellen Welt. Es gibt wohl kaum einen besseren Beleg dafür, wie wirkmächtig Memes inzwischen sind. ■

– Michael Kumpmann (*1987) arbeitet als Informatiker und Programmierer. Er befasst sich darüber hinaus mit philosophischen Themen sowie Kulturphänomenen und ist Autor zahlreicher Artikel in verschiedenen Publikationen. In COMPACT 6/2024 schrieb er über den japanischen Kult-Manga «Berserk».



Rebellen mit dem Pinsel

— von Rudolf Seitner

Deutsche Künstler, die nicht mit den Wölfen heulen, lassen sich beinahe an einer Hand abzählen. Umso wichtiger, die rare Spezies der Kulturdissidenten angemessen zu würdigen.

Altdeutsche Schriftkunst: Der Kalligrafie- und Aktionskünstler Wolf PMS gilt als eines der wichtigsten Nachwuchstalente der nonkonformen Kunstszene. Foto: hydra-comics.de

Der in COMPACT 6/2024 vorgestellte surrealistische Maler Georg Buhl ist eine positive Ausnahme in der ansonsten linksverstrahlten BRD-Kunstszene. Aber er ist glücklicherweise nicht die einzige. Am bekanntesten dürfte wohl Neo Rauch sein, einer der weltweit angesehensten deutschen Gegenwartskünstler. Bislang schrammte er an der Ächtung in Buntland immer gerade noch so vorbei, aber womöglich ist dieser Meister der Neuen Leipziger Schule einfach «too big to fail», zumal er vor allem in den USA seine Bewunderer hat. Dort stört man sich kaum an gelegentlichen politisch inkorrekten Äußerungen. Womöglich übt das auf viele Amerikaner sogar einen zusätzlichen Reiz aus.

Der Osten leuchtet

Doch warum gilt uns Rauch als Dissident? *Spiegel*-Feuilletonist Georg Diez nannte ihn 2018 einen «rechten Maler», unter anderem, weil er sich erdreistet hatte, mit Blick auf die Migrationskrise anzumahnen, dass Empathie nicht dazu führen dürfe, «dass wir unser Handeln von Gesinnungsethik leiten lassen. Die drückt uns in den Gestus des moralisch Hochstehenden hinein, der nicht fragen darf, welche Folgen seine Bereitschaft zu einschränkungslo-

ser Hilfe in zehn oder zwanzig Jahren haben wird.» Einen weiteren Versuch, Rauch entsprechend zu framen, unternahm 2019 der Kunsthistoriker Wolfgang Ullrich, worauf der Betroffene mit seinem satirischen Gemälde *Der Anbräuner* reagierte. Bestätigt dürften sich seine Gegner gefühlt haben, als er 2023 gegenüber der *Neuen Zürcher Zeitung* seine Liebe zu Deutschland bekundete, das er «nicht in guten Händen» sieht. Zudem meinte er, als Maler müsse man konservativ sein.

Sein Kollege Axel Krause schwamm vor einigen Jahren im bundesdeutschen Kunstbetrieb noch wie ein Fisch im Wasser. Er war in Leipzig Schüler Arno Rinks gewesen, zur Wendezeit hatte er sich ein Atelier mit Rauch geteilt. Seither gab es gleich mehrere respektable Einzelausstellungen, sogar in Südkorea. Sein Schaffen wird ebenfalls der Neuen Leipziger Schule zugerechnet, wobei Eingeweihte darin eher eine Marketing- denn eine ernst zu nehmende Stil-kategorie sehen. Am ehesten kann Krauses Werk dem magischen Realismus zugerechnet werden. Der Künstler schafft mit hoher Präzision und Klarheit eine fremdartige Atmosphäre, die an Meister der 1920er Jahre wie Alexander Kanoldt oder Georg Schrimpf erinnert, an die *Pittura metafisica* von Giorgio de Chirico und vielleicht ein wenig auch an den Amerikaner Edward Hopper.

Zum Verstoßenen wurde Krause ebenfalls wegen seiner Kritik an der Merkel'schen Migrationspolitik.

Neo Rauch
bekundete seine
Liebe zu Deutsch-
land, das er «nicht
in guten Händen»
sieht.

Komplett zum Paria der Kulturschickeria geriet er jedoch 2018, als er Mitglied des Kuratoriums der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung wurde. Dies führte zum Zerwürfnis mit seinem Leipziger Galeristen und zu reichlich polemischen Angriffen in der Kunstwelt. Bemerkenswert ist daran vielleicht nur, dass bislang kaum jemand ernstlich versucht hat, Krause als schlechten Künstler darzustellen – dies wäre wohl eine zu undankbare Aufgabe.

Prägung in der Diktatur

Von Krause lässt sich wunderbar zu Sebastian Hennig aus Radebeul überleiten, denn dieser verfasste nicht nur den Begleittext zu dessen jüngstem Bildband, sondern ist auch selbst als Kunstmaler tätig, wobei sein Schaffen zu weiten Teilen der Freilichtmalerei zuzurechnen ist, allerdings eher expressiv als impressionistisch bestimmt. Hennig – den Lesern von COMPACT als gelegentlicher Autor bekannt – ist auch ein wahrer Köhner der deutschen Sprache und ein ebenso scharf- wie tiefsinniger Denker, was seine Buchveröffentlichungen beweisen. Genannt seien hier seine – trotz des eigenen Glaubensbekenntnisses zum Islam – entschieden sympathisierende Pegida-Chronik *Spaziergänge über den Horizont*, sein Wanderbuch *Unterwegs in Dunkeldeutschland* oder seine Gespräche mit Björn Höcke, veröffentlicht in *Nie zweimal in denselben Fluss*. Seit Kurzem ist der leidenschaftliche Wanderer wieder vermehrt als Maler aktiv und hat anscheinend zu einem gereiften Individualstil mit einer betont kraftvollen Farbsprache gefunden.

Ein weiterer Rebell mit Pinsel ist Stefan Klinkigt. Aktuell lebt er in Dresden, bereits Mitte der 1980er Jahre war er als Maler und Grafiker tätig – in den letzten Jahren der DDR aus politischen Gründen jedoch mit einem Berufsverbot belegt und ausgiebig von der Stasi observiert. Der gebürtige Stolpener ist wohl eher Liberaler als Kernpatriot, schreibt des Öfteren für die *Achse des Guten*, doch seine Erfahrungen in der SED-Diktatur machen ihn zu einem Widersacher des neuen Totalitarismus linksgrüner Prägung mit dessen diversen Auswüchsen, seien es die offenen Grenzen, seien es Hygiene-Diktatur oder Klima-Kult. In den letzten Jahren hat Klinkigt vor allem als Karikaturist mit seiner sogenannten Galerie des Grauens Aufmerksamkeit erregt, wobei er Gestalten wie Baerbock, Drostens oder Lauterbach in all ihrer gefährlichen Dürftigkeit darstellt.

Olaf Ulbricht teilt mit ihm nicht nur den Wohnort, sondern ist auch politisch dem liberalkonservativen Spektrum zuzurechnen. Künstlerisch ist er ein Vertreter der Naiven Malerei und als solcher international erfolgreich. Seine Bilder schaffen es auch schon mal in Ausstellungen in Spanien, Taiwan oder Südkorea oder in einen *Weltbild*-Kunstkalender. In sei-

nen Werken sind kaum politische Botschaften zu erkennen, es geht um die Liebe zur Natur und der Menschen zueinander, um Träume von einer besseren Welt. Doch der Sachse fremdelt eindeutig mit dem linken Mainstream und erkennt Propaganda auch dort, wo sie eher subtil daherkommt. Auch wenn Ulbricht in der Regel eher moderate Töne anstimmt, ist er doch Teil des dissidenten Künstlermilieus.



Axel Krause vor seinem Werk *Sternstunde*, 2019. Foto: CCO, Wikimedia Commons

Wolf PMS verbindet Street Art mit Kalligrafie.

Es ist kaum verwunderlich, dass sich deutsche Künstler, die sich dem neototalitären Zeitgeist verweigern, vornehmlich im Osten der Republik – namentlich in Leipzig und Dresden – zu finden sind. Im Westen mag man es angepasster. Dass der junge Rebell Wolf PMS die sächsische Landeshauptstadt zum Pflaster seiner Straßenkunstaktionen wählte, ist daher nur konsequent. Er ist kein Maler im engeren Sinne, weiß aber sehr wohl mit dem Pinsel umzugehen. Der aus NRW stammende Künstler war lange in der Graffiti-Szene unterwegs, hatte aber – anders als die meisten Vertreter dieses Metiers – stets sein Herz am rechten Fleck. Sein Kürzel PMS steht für «politisch motivierte Schriftkunst».

Stilistisch verleugnet er seine Wurzeln in der sogenannten Street Art nicht, verbindet sie jedoch mit altdeutscher Schriftkunst und Inspirationen fernöstlicher Kalligrafie – all das ergibt die neue Stilrich-

Unverkennbar: Das grüne Duo für Liebhaber bitterböser Satire. Foto: www.klinkigt.net



Posthume Verfehlung



Nicht nur die Kunst der Gegenwart, auch jene der Vergangenheit muss sich immer häufiger an den politischen Vorstellungen heutiger Machthaber messen lassen. Während kommunistische Kulturschaffende überall kritiklos gezeigt werden können, landen Künstler wie Arno Breker, die auch im Dritten Reich tätig waren oder denen eine Nähe zum Nationalsozialismus nachgesagt wird, im Giftschränk beziehungsweise werden nur noch «kritisch kommentiert» ausgestellt. Das betrifft auch jene, die selbst in die Mühlen des NS-Regimes gerieten, etwa Alexander Kanoldt oder Emil Nolde. Selbst ein Paul Gauguin wird mittlerweile lieber als «kolonialer Ausbeuter» beschimpft denn als Künstler gewürdigt.

Arno Breker in seinem Düsseldorfer Atelier, 1972. Foto: Jos43, CC BY-SA 2.5, Wikimedia Commons

Mit im Boot unser Chefredakteur: «Ahrtal» von Georg Buhl nach der Flutkatastrophe.

„Rudolf Seitner studierte Germanistik und Südostasienwissenschaften, Schwerpunkt Vietnam. Er ist als freier Journalist und Musiker tätig und lebt in Berlin. In COMPACT 4/2024 schrieb er über seine Reise durch Vietnam.

tung Kalligrafie, wie er sie nennt. Man trifft Wolf PMS unter anderem bei identitären Kulturmesen, und er genießt eine besondere Förderung durch die Vorfeldinitiative Ein Prozent, die ihn für ein Filmprojekt ein ganzes Jahr lang begleitet hat.

Jenseits der Alpen

Und wie sieht es im deutschsprachigen Umland aus? In Österreich ist Odin Wiesinger geradezu eine Institution, vor allem in burschenschaftlichen und freiheitlichen Kreisen. Er ist Lieblingsmaler des einstigen blauen Präsidentschaftskandidaten Norbert Hofer, und FPÖ-Chef Herbert Kickl höchstselbst überreichte im vergangenen Jahr der AfD-Bundessprecherin Alice Weidel bei ihrem Besuch in Österreich die Wiesinger-Radierung *Rossebändiger* als Geschenk. Zudem sandten ihn die Freiheitlichen in den Kulturbeirat Oberösterreichs.

«Kurz gesagt, ist das zum überwiegenden Teil für mich die Diktatur des Hässlichen.»

Odin Wiesinger

Wiesinger malt und zeichnet realistisch, bevorzugt, wie seine Gegner sagen würden, geradezu typisch deutschtümelnde Themen wie das studentische Verbindungsleben, Soldatentum, nordisch-mythologische Motive oder idyllische Landschaften – was an sich schon eine Provokation für die links dominierte Kulturszene bedeutet. Auch sonst nimmt er kein Blatt vor den Mund, bezeichnet Deutschland gera-

dewegs als «von Marionetten regiert», und bereits 1998 fand er in einem Interview harsche Worte bezüglich der «gegenwärtigen offiziellen Kunstszene». O-Ton Wiesinger: «Kurz gesagt, ist das zum überwiegenden Teil für mich die Diktatur des Hässlichen, Minderwertigen, Würde- und Maßlosen! Verschüttete und verschmierte Farbe nach Art der Primaten in der Malerei, Pornografie und Gestammel auf den Bühnen.»

Der Schweizer Roman Wachter ist ebenfalls kein Unbekannter im Kulturbetrieb. Im Gegensatz zu Wiesinger, der sich betont antimodern gibt, zieht der Künstler aus Basel seine stilistische Inspiration vornehmlich aus dem Verismus, jener derb-politischen Unterströmung der Neuen Sachlichkeit, wie sie in der Weimarer Republik von den eher links orientierten Meisterzeichnern Otto Dix und George Grosz zur Blüte gebracht wurde. Während Letztgenannte jedoch zu ihrer Zeit wüste Attacken gegen Militär und konservatives Bürgertum führten, verspottet Wachter mit ähnlich karikaturhaften Stilmitteln die linksgrüne Gutmenschen-Schickeria und deren verlogenen Moralismus. So zeigt sich im Wachter-Gemälde *Der Untertan* die titelgebende Figur als woker BRD-Zombie mit Antifa-Fahne, rosafarbenem Fairtrade-Top und der Liberallala-Postille *Die Zeit* unter der Gürteltasche – bereit, die neuesten Anweisungen seines anonymen Herrn, dargestellt durch eine Hand mit ausgestrecktem Zeigefinger, entgegenzunehmen...

So verschieden all diese Künstler auch sind – sie beweisen, dass es sehr wohl möglich ist, schöpferisch tätig zu sein, ohne das Wohlwollen eines zunehmend linkstotalitären Staates zu genießen. Mag die Kunst noch so oft «mit dem Brote gehen», nicht jeder ihrer Vertreter ist charakterlos und obrigkeitshörig. ■



Tragödien und Triumphe

_ von Jürgen Elsässer

Wladimir Putins Geschichtsbuch bietet eine konzise Übersicht über eine 1.000-jährige Epoche, die noch nicht zu Ende ist: Das Riesenreich im Osten musste sich immer wieder der Aggressionen aus dem Westen erwehren.

«Wer die Gegenwart beherrscht, beherrscht die Vergangenheit. Und wer die Vergangenheit beherrscht, beherrscht die Zukunft.» Das ist die Devise des Big Brother in George Orwells Dystopie *1984*. Nach diesem Vorbild verfahren heute die Machthaber in der BRD und im gesamten Westen: Die Geschichte wird mit Hochdruck umgeschrieben, um Russland von seinen Anfängen an als Feind des Abendlandes zu dämonisieren. Wladimir Putins Reden und Artikel zu historischen Themen, von COMPACT in mühevoller Kleinarbeit gesammelt und originalgetreu übersetzt, ermöglichen uns, dieser Indoktrination zu widerstehen.

Für uns Deutsche ist sein Rückblick von besonderem Interesse. Putin beschreibt das gemeinsame Schicksal unserer beiden Völker so: «Zwischen Russland und Amerika liegen Ozeane. Zwischen Russland und Deutschland liegt die große Geschichte. Das schrieb der deutsche Historiker Michael Stürmer. Ich möchte dazu feststellen, dass die Geschichte genauso wie die Ozeane nicht nur trennt, sondern auch verbindet. Es ist wichtig, diese Geschichte richtig zu deuten. Wie ein guter westlicher Nachbar verkörperte Deutschland für Russen oft Europa, die europäische Kultur, das technische Denkvermögen und kaufmännisches Geschick.»

Wenn der russische Präsident über Geschichte spricht, ist die *Bild*-Zeitung oft schwer empört. Zum Beispiel zu Anfang dieses Jahres: «Putin schockt mit irrem Hitler-Lob. (...) Eine Aussage Putins stach jedoch ganz besonders hervor: Er stellte sich hinter Nazi-Diktator Adolf Hitler. (...) Putins absurde Behauptung: Hitler hatte keine andere Wahl, als 1939 Polen zu überfallen und somit den Zweiten Weltkrieg zu beginnen, weil Polen das Nazi-Reich provoziert und Hitlers legitime Forderungen abgelehnt habe.»

Polen als Aggressor

Die *Bild* hat zwar nicht ganz verstanden, was sie da verzerrt zusammenfasst – aber immerhin so viel ist richtig: Putin hat die Geschichte des Zweiten Weltkrieges ganz anders geschildert, als man sie uns im Westen erzählt. Das trifft auf fast alles zu, was wir in dieser COMPACT-Edition aus der Feder des bedeutendsten Staatsmanns unserer Tage zusam-

mengetragen haben. Seine *Geschichte Russlands* umfasst eine über tausendjährige Epoche von den Anfängen der Rus über die Invasion der Mongolen und Katharina die Große bis zu Stalin und Selenki. Deutlich wird: Seit den Angriffen der Polen auf Kiew und Moskau vor bald 500 Jahren muss sich das Riesenreich immer wieder der Begehrlichkeiten aus dem Westen erwehren – und die Attacken kulminierten oft in kriegerischem Tauziehen um die ukrainischen Territorien.

Der heutige Staatsname ist übrigens das Kondensat eines Nationsverständnisses, das in Putins Ausführungen immer wieder durchscheint: Nach dem Untergang der Sowjetunion entstand nicht die Russische Föderation, wie es in westlichen Medien verkürzend heißt, sondern die Russländische Föderation (Rossijskaja Federazija). Sie ist zwar von den Russen als größtem Volk geprägt, umfasst aber eine Vielzahl an Nationalitäten, Stämmen und Religionen, die im Verlauf historischer Kämpfe zusammengewachsen sind. Die historisch gewachsene Vielfalt unterscheidet sich sowohl von völkischen Reinheitsfiktionen, wie sie die faschistische Rechte pflegt, als auch vom Multikulti-Wahn der heutigen Linken, die die Nationen über politisch erzwungene Masseneinwanderung Kulturfremder auflösen will. ■

1.000 Jahre auf 76 Seiten

Inhaltsverzeichnis von Wladimir Putin, *Geschichte Russlands*:

- 1. Kapitel:**
Verständnis von Nation und Geschichte
- 2. Kapitel:**
Die Rus, das altrussische Reich
- 3. Kapitel:**
Im Kampf mit Großpolen
- 4. Kapitel:**
Die deutsche Zarin und die Krim
- 5. Kapitel:**
Die Erfindung der Ukraine
- 6. Kapitel:**
Die Geburtsfehler der Sowjetunion
- 7. Kapitel:**
Vom Versailler zum Münchner Diktat
- 8. Kapitel:**
Stalin und der Zweite Weltkrieg
- 9. Kapitel:**
Der Zerfall der Sowjetunion
- 10. Kapitel:**
Wie der neue Krieg begann

Unsere Putin-Edition gibt es unter compact-shop.de. Foto: COMPACT

«Putin schockt mit irrem Hitler-Lob.»

Bild

Hartlages BRD-Sprech _ Besser erklären



_ Manfred Kleine-Hartlage ist Publizist und Diplom-Sozialwissenschaftler. Die Serie ist an sein Buch «BRD-Sprech» angelehnt. Zu bestellen unter compact-shop.de.

Wann immer sich das Kartell der Altparteien bei Wahlen eine seiner verdienten (leider aber noch lange nicht hinreichend saftigen) Ohrfeigen abgeholt hat, finden seine Politiker, man müsse «den Menschen» die eigene Politik «besser erklären».

Was ja nur heißen kann, dass die Wähler diese segenreiche Politik nicht *verstanden* haben; dass sie sich also aus unerfindlichen Gründen nicht beglückt und bereichert fühlen, wenn sie keine bezahlbare Wohnung finden, dafür aber die höchsten Strompreise der Welt zu entrichten haben, jederzeit gewärtigen müssen, zum Opfer von Messerstechern und Gruppenvergewaltigern zu werden, mit ihren drückenden Steuern korrupte Potentaten in der Ukraine und anderswo zu finanzieren haben und obendrein damit rechnen müssen, dass sie oder ihre Kinder auf Geheiß militaristischer Maulhelden – die selbst nie eine Uniform getragen haben – für den Endsieg über Russland verheizt werden.

Ach, hätte man es ihnen doch nur besser erklärt!

Das ist BRD-Tantensprache in Reinkultur: ein Idiom, das irgendwie «fürsorglich» und «selbstkritisch» klingen soll, dabei aber die Aggressivität, Selbstgerechtigkeit und Arroganz seiner Sprecher kaum notdürftig bemäntelt.

Ihre eigene Politik – das ist der Kern dieser Formulierung – ist niemals falsch und darf deshalb auch nicht geändert, muss nur «besser erklärt» werden. Das ist ihre Krisendiagnose und Ursachenanalyse

in einem Land, in dem diese ihre Politik von sämtlichen etablierten Massenmedien täglich rund um die Uhr so gründlich «erklärt» wird, dass jeder Fernsehzuschauer, den man morgens um drei aus dem Schlaf risse, die dafür benutzten Phrasen und Textbausteine vorwärts und rückwärts herunterbeten könnte.

Mit ihrer Wortwahl demütigen sie den Wähler, Leser und Zuschauer gleich doppelt.

Mit ihrer Wortwahl demütigen sie den Wähler, Leser und Zuschauer gleich doppelt: zum einen durch die Unterstellung, er sei zu dumm, ihre Politik zu verstehen, zum anderen durch das herablassende Zugeständnis, *er könne* ja überhaupt nur verstehen, was man ihm gut genug erkläre. Auf Deutsch also: Er sei ein unmündiges Kind, das auf aufgeklärte Quasi-Eltern angewiesen sei und von diesen «mitgenommen» und «abgeholt» werden müsse – auch dies zwei stehende Redensarten aus dem Tantendeutsch: *Der kleine Otto Normalverbraucher kann im Bälleparadies abgeholt werden* – ob er will oder nicht.

Auf einem anderen Blatt steht, dass es in unserem Land tatsächlich gar nicht so wenige Menschen gibt, die in der Tat ein regressives Bedürfnis nach scheinbar allwissenden Ersatzealtern haben, denen sie jedes Ammenmärchen abkaufen, und die sich ängstlich von jedem Menschen abwenden, der es nicht tut und dadurch ihre heile autoritäre Welt gefährdet. Zu welchem Maß an Bösartigkeit der Typ des aggressiven Untertanen fähig ist, davon legt die Geschichte zweier totalitärer Diktaturen im zwanzigsten Jahrhundert beredtes Zeugnis ab. Wer immer aber geglaubt hatte, dieser Typus sei verschwunden, wurde spätestens in der Coronakrise eines Schlechteren belehrt.

Die haarsträubende Selbstüberschätzung einer politischen Klasse, die sich für unfehlbar hält, obwohl sie zu einem erheblichen Teil aus Versagern besteht, wäre ohne diesen Untertanentypus gar nicht möglich. Wer ihrer Unfehlbarkeitsfiktion, einer für beide Seiten unentbehrlichen Lebenslüge, widerspricht und sich selbst dann noch hartleibig zeigt, wenn man sie ihm *besser erklärt* – nun, der muss eben *abgeholt* und *mitgenommen* werden.

Notfalls vom Staatsschutz. ■

Kann bestimmt gut erklären: ARD-Nachrichtensprecherin Aline Abboud moderiert bei den «Medientagen München», die unter dem Motto «Intelligence» stattfanden. Im Hintergrund die Fernsehfiguren Ernie und Bert aus der «Sesamstrasse», 25.10.2023. Foto: picture alliance / epd-bild



Hampels Rückblick _ Amis français

Die Meldungen von jenseits des Rheins sind nach der Parlamentswahl keine guten. Frankreichs politische Kräfte sind dreigespalten und so zerstritten, dass es kaum zu einer Koalition auf kleinstem Nenner kommen dürfte. Präsident Emmanuel Macron muss also die nächsten drei Jahre mit wechselnden Mehrheiten in der Nationalversammlung überleben. Frankreich, der zweite große Player auf dem westeuropäischen Kontinent, scheint gelähmt.

Meine persönliche Beziehung zu unseren Nachbarn war immer zwiespältig. Einerseits ärgert mich die wirtschaftlich unbegründete Vormachtstellung der Franzosen, andererseits halte ich den Bestand der deutsch-französischen Achse für unabdingbar, wenn Westeuropa weiterhin in Frieden und Stabilität leben möchte.

Was für ein Unterschied zu den Tagen des Mauerfalls. Da spielte ein Präsident François Mitterrand geradezu vierhändig auf dem politischen Klavier, um aus dem deutschen Einigungsprozess das Maximum für sein Land herauszuschlagen. Hellhörig machte mich schon im Frühjahr 1988 eine Äußerung seines Vertrauten und damaligen EG-Präsidenten Jacques Delors mir gegenüber in Brüssel. «Die Deutschen werden wieder ein Land werden wollen, und diesmal werden keine sowjetischen Panzer mehr rollen.» Hui, ging es mir durch den Kopf, die «amis français» sind aber fix im Vorausdenken.

Dabei startete Frankreichs Abwehrschlacht gegen die Wiedervereinigung erst mal mit einer vehementen Fehleinschätzung. Mitterrand begab sich in jenen Tagen nach Moskau, Prag und Warschau, um die Möglichkeiten einer antideutschen Allianz zu sondieren. Höhepunkt seiner Reisen war dann sein Staatsbesuch in Ostberlin und Leipzig zu Jahresende 1989 – nicht abgesprochen mit Bonn. Helmut Kohl tobte. Wohl auch deshalb ließ er später bei der Pressekonferenz nach seinem «Privattreffen» mit Mitterrand im Freihaus Brenner über dem Tegernsee mehrfach meine Fragen zu. Ich nutzte die Chance und grillte den Präsidenten ob seiner anachronistischen Einkreisungsversuche, die meiner Meinung nach nur noch Vergangenheitspolitik waren. Mitterrand versuchte sich herauszureden. Hinter mir in der Pressekonferenz saßen die französischen TV-Kollegen und amüsierten sich köstlich, dass ihr François so in die Mangel genommen wurde. «Encore une question» – Los, noch eine Frage –, zischte es von hinten. In Mitterrands Antworten aber erkannte ich, dass der Sozialist längst einen Kurswechsel vollzogen hatte. Seiner Erkenntnis, dass er, selbst zusammen mit den Briten, die deutsche Einheit nicht auf-



François Mitterrand und Michail Gorbatschow mit ihren Ehefrauen bei einem Treffen im Kreml. Foto: imago / itar-tass

halten konnte, folgte der Wunsch, den Preis für das französische Oui möglichst hochzutreiben. Und das gelang ihm perfekt. Deutschland, das zuvor noch nach einer gemeinsamen Atomwaffenpolitik gestrebt hatte, gab dieses Anliegen auf. Ebenso ließ man den Wunsch der Heimatvertriebenen fallen, die Frage der Ostgebiete offenzuhalten, und garantierte die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze. Krönung des Ganzen war dann Kohls Zustimmung (von Außenminister Genscher geschickt vorbereitet) zur Schaffung der Währungsunion und der Einführung des Euro. Damit hatte Mitterrand Deutschland die europäischen Fesseln angelegt. In Paris kommentierte ein Blatt: «Das ist wie Versailles ohne Krieg – die Deutschen zahlen.»

«Das ist wie Versailles ohne Krieg.»

In den Jahren danach ging der Raubzug weiter. Wer erinnert sich noch an den großen deutschen Pharma-Riesen, die Hoechst AG in Frankfurt? Heute ist der Laden französisch und heißt Sanofi-Aventis. Die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie kam mit ESA und Airbus vollständig unter französische Kontrolle. Paris bestimmt heute beim deutschen U-Boot- und Panzerbau mit, sitzt mit Nicolas Walewski bei Heckler & Koch im Aufsichtsrat. Ich traf den Franzosen unlängst bei einem Sommerempfang. «Mitterrand galt zwar als extrem korrupt», sagte er, «aber was war das für ein Top-Player in der Politik.» Alles für Frankreich eben! ■



_ Armin-Paul Hampel (*1957) war für RTL und Sat.1 Parlamentskorrespondent in Bonn, bevor er 1991 als Chefreporter zum MDR ging. Ab 1999 arbeitete er als Parlamentskorrespondent des neuen ARD-Hauptstadtstudios in Berlin. Hampel war fünf Jahre lang Landesvorsitzender der AfD-Niedersachsen und außenpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion.

Sellners Revolution _ Wir sind die Guten!



Blumen und Kerzen zum Gedenken an Philippos T., der am 23.6.2024 an dieser Stelle im Kurpark Bad Oeynhausen im Alter von 20 Jahren starb, getötet von einem 18-jährigen Syrer, der als Flüchtling nach Deutschland kam, Bad Oeynhausen, 7.7.2024. Foto: IMAGO/Sven Simon

Nach dem grauenhaften Mord an Philippos in Bad Oeynhausen schockierte mich folgende Aussage seines Onkels am meisten: «Wir müssen Flagge zeigen. Auch wenn meine Familie derzeit trauert – sollte es gewünscht sein und es eine Gegendemo gegen Rechts geben, kommen wir. Wir müssen Rechts zurückdrängen.»

Als ich das zum ersten Mal las, war ich sprachlos. Wie kann ein Mensch so herzlos und verboht sein? Rasch dämmerte mir die Erkenntnis: Könnte es sein, dass auch die schrecklichsten Einzelfälle bei überzeugten Ideologen nichts bewirken? Der rechte Autor Alexander Kurtagic sagte dazu: «Gegen den Panzer der egalitaristischen Grundmoral prallen alle Fakten, alle Tatsachen, alle Statistiken und rationalen Argumente ab wie Sandkörner.» Viele haben diese Erfahrung schon gemacht: Es gelingt einfach nicht, das Gegenüber mit Fakten zu überzeugen. Das reale Scheitern einer Idee führt bei Fanatikern oft zur Radikalisierung. So reagieren auch Angehörige von Sekten auf rationale Kritik. Fast tausend Endzeitgläubige waren 1978 in Jonestown/Guyana bereit, für ihren bizarren Guru Jim Jones in den Tod zu gehen. Ebenso sind Millionen von Anhängern des Multikulturalismus bereit, Morde und Vergewaltigungen hinzunehmen.

Bedeutet dies, dass ein großer Teil des Volkes niemals aufwachen wird, egal wie viele Anschläge und Vergewaltigungen noch folgen? Eine zweite Erkenntnis zeigt uns einen Ausweg aus dem Dilemma: Die irrationale Haltung unserer Gegner baut ausschließlich auf Moral. Obwohl die Migrationspolitik

vor aller Augen scheitert, glauben sie, es sei unsere ethische Pflicht, die Grenzen weiter offenzuhalten. Sie wollen auf der «richtigen Seite der Geschichte» stehen, wollen keine Nazis sein. Wir müssen genau auf dieser Ebene mit ihnen kommunizieren und sie in ihrem eigenen Feld schlagen. Was heißt das konkret? Wir müssen die moralische Überlegenheit der Remigration beweisen. Sie ist nicht nur für Deutsche und Europäer, sondern auch für die Herkunftsländer der Migranten und am Ende für die ganze Welt die bessere Option. Nur so erreichen wir auch jene, denen patriotische Instinkte aberzogen worden sind. Dazu müssen wir uns gar nicht besonders anstrengen, denn Remigration ist tatsächlich die moralisch überlegene Alternative!

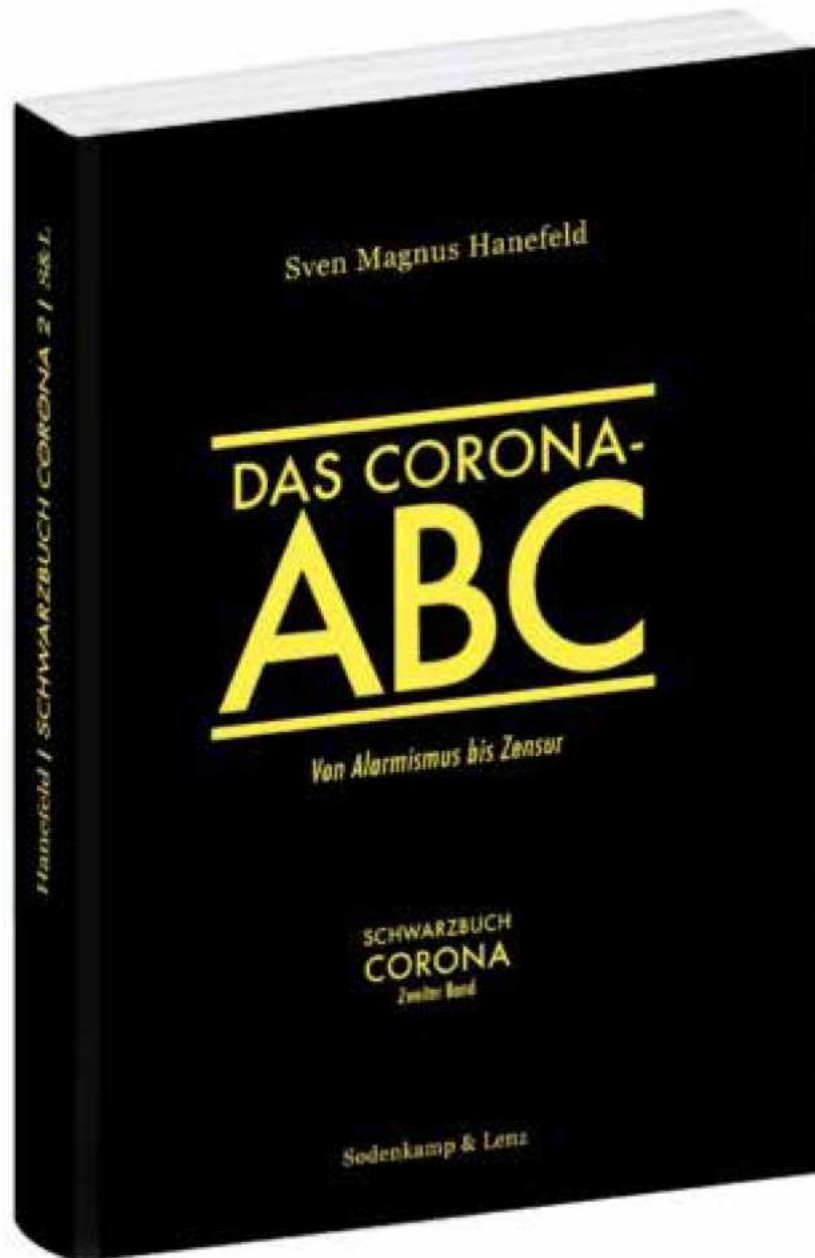
Das reale Scheitern einer Idee führt bei Fanatikern oft zur Radikalisierung.

Die derzeitigen Migrationsströme ändern nämlich nichts an Korruption und Armut in den Herkunftsländern. Massenmigration stabilisiert ein Weltssystem, in dem das reiche Zentrum Rohstoffe und Humanressourcen aus der ärmlichen, perspektivlosen Peripherie importiert. Damit verstärkt Auswanderung die Ursachen der Massenmigration. Indem wir die Grenzen offenhalten, halten wir die Herkunftsländer in Armut, denn der Massenexodus bewirkt einen sogenannten Brain Drain. Jeder echte Spezialist, der zwischen den vielen Versorgungssuchenden nach Europa kommt, fehlt in seinem Heimatland zehnfach. Äthiopien verlor in den letzten zehn Jahren drei Viertel seiner echten Fachkräfte. Schon im Jahr 2000 arbeiteten drei Viertel der in Mosambik ausgebildeten Ärzte im Ausland. «70 Prozent der Ärzte verlassen Afrika», so Justinian Kateera, Leiter des Institute of Public Policy Research, eines ugandischen Thinktanks: «In London gibt es mehr liberianische Ärzte als in ganz Liberia.»

Remigration bedeutet auch Hilfe vor Ort. Wir wollen in den Auswanderungsländern selbst Perspektiven schaffen, sodass Menschen sich gar nicht erst auf die – oft tödliche – Reise machen. Nicht wir, sondern die Migrationsbefürworter wollen einen ausbeuterischen und zerstörerischen Globalismus am Leben halten. Wir dagegen haben recht, wir sind die Guten. Wenn wir das besser vermitteln könnten, würden wir viele der linken Ideologen zum Nachdenken bringen. ■



_ Martin Sellner: Der COMPACT-Kolumnist, Kopf der Identitären Bewegung, nennt die Dinge mutig beim Namen. Brandaktuell ist unsere neue Edition «Sellner: Geheimplan – Was ich wirklich will» (100 Seiten, 9,90 Euro), zu bestellen unter compact-shop.de.



»Von A bis Z finden sich mal kurz, mal sehr ausführlich erklärt nahezu alle Begrifflichkeiten, mit denen wir seit März 2020 konfrontiert werden. – Dieses Corona-ABC ist wichtig, es ist hilfreich, es macht Spaß und es füllt eine Lücke in der bisherigen kritischen Literatur zur angeblichen »epidemischen Lage von nationaler Tragweite«, die im März 2020 aus heiterem Himmel und ohne jedwede Gesetzesbegründung in Paragraph 5 des Infektionsschutzgesetzes verankert und im November 2021 wieder »abgeschafft« wurde.« – So die renommierte Fachanwältin für Medizinrecht Beate Bahner im eigens zu diesem Band verfassten Nachwort.

Seit dem Frühjahr 2020 sollen wir mit Zumutungen und Lügen unter dem Stichwort »Corona« überrumpelt werden. Der Autor Sven Magnus Hanefeld bringt mit seinem umfangreichen Corona-ABC Klarheit in den Nebel aus ideologischen Begriffen und unwissenschaftlicher Propaganda und scheut nicht davor zurück, maßgebliche Akteure beider Seiten zu benennen. Ein Nachschlagewerk, das mehr als zwei Jahre Corona-Regime festhält, Hintergründe erhellt, Sprachverwirrungen auflöst und den Mächtigen im Hinterzimmer in die Karten schaut.

Bestellbar überall im Buchhandel und auf SodenkampLenz.de

*»Wir werden siegen,
weil wir tiefgründiger
sind«*



ANONYM